



Umweltethik, Architektur & Städtebau:

Wie wollen wir das

Zusammen-Leben gestalten?

40

Neues aus dem Europaparlament:

Klaus Buchner übergibt

sein ÖDP-Mandat an Manuela Ripa

48

Das ÖDP-Journal

Nr. 183 August 2020

Ökologie Politik



AGRARWENDE

UMSCHAU

Ökolumne: Corona und der Klimaschutz	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: AGRARWENDE

Krankenhauskeime „Wir brauchen eine artgerechte ökologische Tierhaltung“ Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP	8
Artenschutz Volksbegehren „Weg von der Flächenförderung!“ Interview mit Agnes Becker	12
Über Mathias Binswangers „Mehr Wohlstand durch weniger Agrar-Freihandel“ Warum Landwirtschaft im eigenen Land? von Theo Sarikas	15
Handel „Solidarität unter Landwirten ist schwierig“ Interview mit Dr. Peter Manusch	16
Bäuerliche Landwirtschaft Gemeinsam für eine neue Agrarpolitik von Josef Schmid	18
Lobbyismus Verflechtungen des Bauernverbands von Dr. Christine Tölle-Nolting	22
Boden „Ohne Humusaufbau wird die Welternährung nicht möglich sein“ Interview mit Stefan Schwarzer	24
Solidarische Landwirtschaft Positive Zeichen setzen! von Rüdiger Sinn	26
Lebensmittelbranche Verbrauchersicht und Wirklichkeit von Jens-Eberhard Jahn	30
Marktmechanismen contra Umweltschutz Zwischen allen Stühlen von Christoph Raabs	32
Forstwirtschaft „Wir müssen Tempo und Qualität des Waldumbaus deutlich erhöhen“ Interview mit Erwin Engeßer	36

BAUEN & VERKEHR

Umweltethik, Architektur & Städtebau „Wie wollen wir das Zusammen-Leben gestalten?“ Interview mit Dr. Martin Düchs	40
---	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Christoph Raabs	46
Neues aus dem Bundesverband von Claudius Moseler	47
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner und Manuela Ripa	48
Landesverbände	54
Bundesarbeitskreise	64
Presseticker	65
Impressum	67

Liebe Leserinnen und Leser,



die Corona-Pandemie und unsere Wirtschaft haben eins gemeinsam: Sie wachsen exponentiell. Ihre Kurven beginnen flach und wirken zunächst recht harmlos, doch mit der Zeit entfalten sie eine ungeheure, nur schwer zu stoppende Dynamik. Die Corona-Pandemie zu stoppen, gelang aufgrund eines breiten politischen Konsens unter großen Anstrengungen und Opfern. Unser Wirtschaftswachstum zu stoppen – dafür gibt es bislang noch keinen politischen Konsens. Ganz im Gegenteil. Dabei sind die Kollateralschäden wie Klimaerwärmung, Luftverschmutzung und Umweltzerstörung unübersehbar. Doch sie werden achselzuckend in Kauf genommen, denn Wachstum gilt als alternativlos.

Auch die heutige Landwirtschaft gehört zur Wirtschaft. Und auch sie unterliegt einem fatalen Wachstumszwang. „Wachse oder weiche!“ gilt hier seit Jahrzehnten als Motto. Die Kollateralschäden: Artensterben, Höfesterben, Massentierhaltung, Fleischfabriken. Gerade in der Landwirtschaft wird offensichtlich, was für eine zerstörerische Wirkung Wachstum hat – für die Natur, für die Tiere, für uns Menschen. Das wird von der breiten Öffentlichkeit, den Medien und der Politik immer mehr erkannt, wie das von der ÖDP Bayern initiierte Artenschutz-Volksbegehren deutlich zeigte.

Gerade in der Landwirtschaft muss das Wachstumsdogma gründlich hinterfragt werden, denn hier scheinen die Grenzen des Wachstums bereits erreicht zu sein. Zumindest die Grenzen des für Mensch, Tier und Natur zumutbaren Wachstums. Es braucht neue Konzepte. Qualität statt Quantität muss das Ziel sein. Die Qualität der Produkte, aber auch die Qualität der Produktion. Wobei in der Landwirtschaft glücklicherweise beide zusammenhängen: Eine naturnahe Produktion liefert bessere Produkte als eine industrialisierte. Allerdings auch weniger Produkte, was jedoch angesichts von Überproduktion und Exporten zu Dumpingpreisen kein Problem darstellen sollte.

Der Vernunft leuchtet die Notwendigkeit einer Neukonzeption unserer Agrarpolitik ein. Doch es gibt auch starke Widerstände – vor allem vom mächtigen Bauernverband, der eng mit der Industrie und großen Handelsunternehmen verbandelt ist. Er repräsentiert jedoch nicht die ganze Branche. Die Interessen kleiner Höfe, die den Irrsinn der aktuellen Entwicklung nicht mehr mitmachen wollen, vertritt die „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL). Deren Positionen finden Sie zusammen mit vielen anderen lesenswerten Artikeln und Interviews in diesem Heft.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünscht Ihnen

Ihr

Günther Hartmann
Verantwortlicher Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Corona und der Klimaschutz

Ausgebrochen ist die Corona-Pandemie Mitte November 2019 in Wuhan auf einem Markt für Wildtiere. Vermutlich ist dort das Virus von malaiischen Schuppenartigen auf den Menschen übergegangen. Seit Ende Dezember 2019 wusste man in China, dass sich ein neuer SARS-ähnlicher Erreger von Mensch zu Mensch ausbreitet. Am 20. Januar 2020 meldete China diese Information an die WHO. Am 23. Januar wurde Wuhan isoliert, doch da hatte sich das Virus bereits global ausgebreitet. Inzwischen wurde durch die Untersuchung von Abwasserproben festgestellt, dass das Virus in Mailand und Turin bereits seit Dezember 2019 und in Bologna seit Januar 2020 kursierte. Es konnte sich über Monate hinweg unerkannt in Norditalien ausbreiten. Der erste Infizierte wurde in Italien erst am 20. Februar entdeckt.

Viele Neuinfizierte bemerken von der Krankheit fast nichts, verbreiten sie aber weiter. Erst nach einer Woche kommt es bei etwa 10 % der Infizierten zu einer starken Erkrankung. Daher weiß man nirgendwo genau, wie hoch die Durchseuchung der Bevölkerung mit dem Virus ist. Die Krankheit schadet besonders Menschen mit Vorerkrankungen. Und die entstehen vor allem in Gebieten mit hoher Luftverschmutzung. Weitere Pandemien drohen.

Der Welthandel geht stark zurück, in den Häfen stapeln sich die Container, Flugzeuge bleiben am

Boden. Die Industrie entdeckt wieder die Vorzüge der Lagerhaltung und der Produktion vor Ort. Viele versuchen ihre Arbeit von zu Hause aus abzuwickeln. Eltern sind damit beschäftigt, ihre Kinder zu Hause beim Lernen zu unterstützen. Für viele Selbstständige gingen die Geschäfte stark zurück. Vielen Künst-

großen Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels werden nun zur Überwindung der Corona-Krise umgelenkt. Ursula von der Leyen sagt: „Wir werden investieren, was immer notwendig ist.“ Die Spitzen von Frankreich, Italien und Tschechien fordern, den „Green Deal“ in einen „Wachstumspakt“ umzuwandeln. Das Geld kann aber nur einmal ausgegeben werden.

Die EU-Kommission schlägt nun zusätzliche EU-Steuern vor, die die Internalisierung externer Umweltkosten voranbringen würden, z.B. eine CO₂-Grenzsteuer oder eine Plastiksteuer. Das wäre sinnvoll, wurde aber bisher immer von Mitgliedsstaaten verhindert. Nun

Sinnvoll wären staatliche gezielte Anschubfinanzierungen für Forschungsprojekte.

lern, Einzelhändlern und Gastronomen droht die Pleite. Und das Ladensterben geht weiter.

Bundeswirtschaftsminister Olaf Scholz (SPD) will die Krise nun mit einem „Wumms“ bekämpfen. Die Zunahme der Verschuldung um 500 Mrd. Euro wird dafür in Kauf genommen. Die Umsatzsteuer wird gesenkt. Doch in der Praxis ist eine breite Subventionierung nie aufgegangen. Sie führt nur zu wirtschaftlichen Strohfeuern. Sinnvoller wären staatliche gezielte Anschubfinanzierungen für Forschungsprojekte in kleinen und mittleren Unternehmen.

Deutschland übernimmt für die zweite Jahreshälfte den Vorsitz im Rat der EU. Damit wird es in besonderer Weise die Themensetzung der EU bestimmen. Der groß angekündigte „Green Deal“ rückte in den letzten Monaten allerdings in den Hintergrund und die angekündigten

hat man sich auf einen Wiederaufbaufonds geeinigt, der Zuschüsse vergeben soll. Dafür sollen die EU-Staaten mehr Geld nach Brüssel überweisen. Das ist immer noch besser als die Einführung von Coronabonds oder die Finanzierung über den ESM, die beide die Schuldenlast an den Finanzmärkten ausweiten und beim ESM zu Auflagen für die Schuldnerstaaten führen können.

Die Erfahrung dieser Pandemie sollte für uns eine Warnung sein. Die Forschung an SARS-Impfstoffen und Medikamenten für Menschen und Tiere sollte nicht aus finanziellen Gründen eingestellt werden, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Die langfristige Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss durch gemeinsames entschlossenes Handeln überwunden werden. Deshalb ist das EU-Wiederaufbauprogramm an klare ökologische Vorgaben zu knüpfen.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Corona: Waschen mit Seife zerstört Virus-Hülle

Die Hände mit Seife zu waschen, entfernt nicht nur Viren, sondern kann diese auch effektiv zerstören. So hat das Virus SARS-CoV-2 eine Hülle, die unter anderem aus Lipidmolekülen besteht und sogenannte „Spikes“



Foto: sjaevoljubovskij/pixabay.com

besitzt, mit denen das Virus an eine Zelle andocken kann. Und nur dadurch kann es überhaupt infektiös sein. Seife greift den Lipidanteil der Hülle an. Ähnlich wie beim Geschirrspülen Fett mit Spülmittel gelöst wird, zerstört die Seife die Hülle des Virus. Die Erbinformation des Virus wird bei seiner Zerstörung freigelegt, doch diese ist nicht mehr infektiös und wird über Ribonukleasen genannte Enzyme schnell abgebaut. Der Mensch hat jede Menge Ribonukleasen auf den Händen und an den Körperöffnungen. Das ist zur Virenabwehr hilfreich – aber nur unter der Voraussetzung, dass das Virus von keiner Hülle mehr umgeben ist.

» www.t1p.de/vri3

Wasserstoff: Bundesregierung beschließt Strategie

Auf eine Nationale Wasserstoffstrategie hat sich die Bundesregierung geeinigt. Während heute verwendeter Wasserstoff vor allem auf Erdgas basiert, wird grüner Wasserstoff mithilfe von erneuerbarem Strom und dem Elektrolyseverfahren aus Wasser gewonnen und stellt damit die klimafreundlichste Wasserstoffoption dar. Mit der neuen Strategie bekennt sich die Bundesregierung auch dazu, den Aufbau eines internationalen Wasserstoffmarkts voranzutreiben. Die Deutsche Umwelthilfe (DHU) fordert, die Hintertür für blauen Wasserstoff aus fossilem Erdgas zu schließen.

» www.t1p.de/x3rz

Fukushima: Radioaktives Wasser soll in Pazifik

Über 1 Mio. Kubikmeter radioaktiv verseuchtes Wasser wird in Fukushima in riesigen Tanks gelagert. Dieses Wasser soll nun im Pazifik entsorgt werden. Mehr als 8 Jahre nach der Atomkatastrophe hat die japanische Regierung das Desaster noch nicht im Griff. Nach der Katastrophe im Jahr 2011, bei der es in drei Reaktoren durch Ausfall der Kühlung zu Kernschmelzen kam, mussten die Brennstäbe wegen der Nachzerfallswärme weiter gekühlt werden. Dieses Wasser wurde aber nicht in den Kreislauf gepumpt, sondern in unzähligen Tanks am Kraftwerksgelände gelagert. Doch der Lagerplatz wird knapp und die Tanks sind teilweise undicht und verseuchen das Grundwasser radioaktiv.

» www.t1p.de/kkck

Bienengift Thiacloprid: ab 2021 in der EU verboten

Die EU beschloss, den Einsatz des Neonicotinoids Thiacloprid zu verbieten. Nur noch ein Jahr darf das Gift jetzt verwendet werden. Das Verbot kommt spät, aber die EU hat endlich erkannt, dass es hochtoxisch für Bestäuber ist. Die schädliche Wirkung auf das Nervensystem von Insekten und auch auf Säugetiere ist nachgewiesen. In Deutschland sind aktuell zwei Pflan-



Foto: rostichep/pixabay.com

zenschutzmittel mit Thiacloprid zugelassen: die Insektizide „Biscaya“ und „Calypso“ von Bayer. Sie wirken gegen beißende und saugende Insekten und werden im Acker-, Obst- und Gemüseanbau sowie im Zierpflanzenanbau gespritzt. Ein 15-Millionstel Gramm reicht aus, um eine Honigbiene erheblich zu schädigen oder gar zu töten. Bei den empfindlicheren Wildbienen ist vermutlich schon eine geringere Menge kritisch. Und bei Menschen gilt der Stoff als „möglicherweise krebserregend“.

» www.t1p.de/fmhr

Meeresströmungen: starke Verschiebungen polwärts

Die großen, windgetriebenen Strömungssysteme der Ozeane haben sich in den zurückliegenden 40 Jahren mit hohem Tempo Richtung Pol verschoben. Zu diesem Ergebnis kommen Forscher des Alfred-Wegener-Instituts Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI), nachdem sie globale Langzeit-Satellitendaten zur Meeresoberflächentemperatur und zur Höhe des Meeresspiegels ausgewertet haben. Die neuen Forschungsergebnisse erweitern Wissen aus früheren Studien, wonach sich vor allem die östlichen und westlichen Randströme der großen Ozeanwirbel polwärts verlagern. Gravierende Temperaturveränderungen gab es bisher unter anderem im Golf von Maine, was zum Abwandern der Kabeljaubestände führte. Ähnliche Beobachtungen machten Wissenschaftler auch vor der Ostküste Uruguays und Argentiniens, wo sich der Brasilstrom allmählich Richtung Süden verschiebt. Die Verlagerung der großen subtropischen Ozeanwirbel führt dazu, dass sich die nährstoffarmen Meeresregionen ausweiten und die Produktivität



Foto: TheOtherKevin/pixabay.com

regierung. Die meisten Agrar-Vogelarten leiden unter der Intensivierung der Landwirtschaft. Immer größere Felder, die Ausweitung des Mais- und Rapsanbaus, weniger Restflächen wie Feldraine und Wegränder und der Wegfall von Brachflächen machen ihnen zu schaffen. Durch den großflächigen Einsatz von Pestiziden und Dünger gibt es keinen Platz mehr für Wildkräuter oder Insekten. So finden Feldvögel weniger Nahrung und Brutplätze. Als Agrar-Vogelarten werden alle Arten bezeichnet, die in offenen Lebensräumen vorkommen, die in irgendeiner Form landwirtschaftlich genutzt werden, also vor allem Felder, Wiesen und Weiden. Diese Flächen machen den Großteil unserer Landschaft aus, nämlich aktuell fast 51%. Das Braunkehlchen verlor 57% seines Bestands seit 1980, die Feldlerche 55%, der Kiebitz 93%, das Rebhuhn 91%. Es fällt auf, dass unter den Vögeln, die sich von Insekten ernähren, besonders viele Arten Verluste zu verzeichnen haben.

» www.tlp.de/mnc6

Feinstaub: möglicherweise Einfluss auf Corona-Verlauf

Mehrere in den letzten Monaten veröffentlichte Studien weisen darauf hin, dass eine hohe Luftverschmutzung – vor allem eine hohe Feinstaubbelastung – ein wichtiger Faktor sein könnte, ob eine Corona-Infektion lebensgefährlich wird. Statistisch auffällig ist eine starke Korrelation zwischen Corona-Todesfällen und der Luftqualität. Das beweist jedoch noch keinen faktischen Zusammenhang, sondern kann auch Zufall sein. Medizinische Studien müssten nun zeigen, ob es bei den Corona-Toten Schädigungen gab, die auf starke Luftverschmutzung zurückzuführen sind.

» www.heise.de/-4707898



Foto: Pexels/pixabay.com

der Weltmeere insgesamt abnimmt. Die Verlagerung der großen Strömungsringe könnte den Anfang eines grundlegenden Wandels der Weltmeere darstellen.

» www.tlp.de/w4im

Vögel: Bestände auf Wiesen und Feldern verschwinden

Seit 1980 hat der Bestand an Feldvögeln in Deutschland um 34% abgenommen. Das sind über 10 Mio. Brutpaare weniger. Der Gesamtbestand in Wäldern und Siedlungen ist dagegen im gleichen Zeitraum weitgehend stabil geblieben. Dies ergibt sich aus den Daten des neuen Nationalen Vogelschutzberichts der Bundes-

Bücher

Wirtschaftstheorie & Wirklichkeit

Maja Göpel
Unsere Welt neu denken
Eine Einladung
Ullstein, Februar 2020
208 Seiten, 17,99 Euro
978-3-550-20079-3



Das Buch will dazu anregen, die „Scheinwelt der Ökonomie“, die sich gerne als wissenschaftlich, universell gültig und alternativlos bezeichnet, kritisch zu hinterfragen. Dazu werden ihre Geschichte und ihre Theorien dargestellt. Theorien, die größtenteils aus dem 19. Jahrhundert stammen, wo die Rahmenbedingungen noch völlig andere waren: „Während der Menschheit lange sehr viel Planet für wenig Menschen gegenüberstand, gibt es heute für immer mehr Menschen immer weniger Planet.“ Ein entschlossenes Umsteuern ist deshalb notwendig. Dazu braucht es ein neues Modell mit dem Leitbild Nachhaltigkeit. Ein spannendes, gut lesbares Plädoyer für eine Generalüberholung unseres Wirtschaftssystems. (gh)

Massenmedien & Manipulation

Birk Meinhardt
Wie ich meine Zeitung verlor
Ein Jahrbuch
Das Neue Berlin, Juni 2020
144 Seiten, 15,00 Euro
978-3-360-01362-0



Was denken sich Journalisten, wenn sie einen Artikel schreiben? Was treibt sie an? Welches Denken und welche Haltungen transportieren sie? Wie funktioniert der heutige Medienbetrieb? Was läuft alles falsch? Und warum? Ein Insider packt aus, ein zweifacher Egon-Erwin-Kisch-Preisträger und ehemaliges Aushängeschild der „Süddeutschen“. Er erzählt anhand seiner beruflichen Erfahrung, warum er die renommierte Zeitung 2017 enttäuscht verließ. So durfte er z.B. 2004, fünf Jahre vor der Finanzkrise, einen aus heutiger Sicht seherischen Artikel über das riskante Investment-Banking der Deutschen Bank und dessen Folgen nicht veröffentlichen, weil das Wirtschaftsressort intervenierte. (gh)

Klimaerwärmung & Kurskorrektur

Sven Plöger
Zieht euch warm an, es wird heiß
Den Klimawandel verstehen und aus der Krise für die Welt von morgen lernen
Westend, Juni 2020
320 Seiten, 19,95 Euro
978-3-86489-286-8



Die Klimaerwärmung verändert das Wetter: Lange Trockenphasen und Starkregen treten immer häufiger auf. Die Folgen: Missernten, Waldschäden, Waldbrände, Überschwemmungen, kollabierende Ökosysteme. Der ARD-Wetterexperte erklärt kompetent, verständlich und gut lesbar die komplexen Zusammenhänge und zeigt sowohl die globalen als auch die regionalen Auswirkungen. Er gibt schlüssige Antworten auf die Behauptungen sogenannter „Klimaskeptiker“. Und er macht deutlich, was zu tun ist, um das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen. Dazu müsste die Einsparung an CO₂-Emissionen jedes Jahr so groß sein wie beim Corona-Shutdown. Was zeigt: Es wäre möglich. Allerdings müssen wir dafür unsere Wirtschaft konsequent umbauen. Und sofort damit anfangen. (gh)

Erdgeschichte, Erde & Ernährung

Peter Laufmann
Der Boden
Das Universum unter unseren Füßen
C. Bertelsmann, März 2020
192 Seiten, 18,00 Euro
978-3-570-10406-4



Die Medien berichten intensiv über die Pandemie und die Klimaerwärmung, doch die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind sehr viel komplexer. CO₂, Corona & Co. stellen nur Puzzleteilchen im Gesamtbild dar. Wenig mediale Aufmerksamkeit erhält dabei ein im wahrsten Sinne des Wortes fundamentaler Aspekt: der Boden. Das Buch informiert gut verständlich über dieses vielschichtige Thema: über die unterschiedlichen Bodenarten, ihre Entstehung, ihre Zusammensetzung, über das Leben darin. Und über die Beziehung des Menschen zu ihm – als Gestalter, Nutzer, Zerstörer. Es wird klar: Ohne Boden können wir nicht leben. Aber unsere Böden sind stark gefährdet. Es gibt jedoch Möglichkeiten, Böden nachhaltig zu nutzen. Und sogar sie wiederherzustellen. (ub)

Krankenhauskeime

„Wir brauchen eine artgerechte ökologische Tierhaltung“

Zur Corona-Pandemie wurden täglich neue Zahlen über Infektionen und Todesfälle veröffentlicht. Kaum wahrgenommen werden seit Jahren die Zahlen über die Infektionen und Todesfälle aufgrund sogenannter „Krankenhauskeime“. Sie werden achselzuckend hingenommen, dabei sind die Zahlen erschreckend hoch. Jahr für Jahr. Eine ihrer Ursachen ist die Massentierhaltung.

Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Buchner, wie viele Menschen sterben jährlich an sogenannten „Krankenhauskeimen“?

Prof. Dr. Klaus Buchner: Das Robert-Koch-Institut berichtet – Stand November 2019 – von bis zu 600.000 Krankenhausinfektionen jährlich in Deutschland. Die dadurch verursachten Todesfälle werden mit 10.000 bis 20.000 angegeben. Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene geht von mindestens 1 Mio. Infektionen und mindestens 30.000 Todesfällen pro Jahr aus. Der Ökonom Jim O’Neill hat im Auftrag der britischen Regierung errechnet und im Mai 2016 in

Warum wird das einfach so hingenommen?

Das frage ich mich auch. Warnende Hinweise von Experten gibt es seit Jahrzehnten reichlich. Die Problematik antibiotikaresistenter Keime – in der Klinik werden sie dann irreführenderweise „Krankenhauskeime“ genannt – hat bereits der Entdecker des Penicillins, Alexander Fleming, 1945 in seiner Nobelpreisrede betont und warnte vor übermäßiger und fahrlässiger Verwendung: Es bestehe die Gefahr, dass die Bakterien lernen, resistent gegen Penicillin zu werden, und diese resistenten Bakterien könnten dann andere Menschen infizieren,



Foto: Mandy Büttner

Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, studierte Physik, promovierte im Bereich Kernphysik und war anschließend wissenschaftlich tätig, von 1973 bis 2006 als Mathematikprofessor an der TU München. Für seine Forschungsarbeit erhielt er zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 und 2019 als ÖDP-Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament. Dort ist er als Mitglied der Fraktion Grüne/EFA in zahlreichen Ausschüssen, Unterausschüssen und Delegationen aktiv.

www.klaus-buchner.eu

Antibiotika einer der Grundpfeiler sind, die es ermöglichen, dass wir länger und gesünder leben, und von

denen die moderne Medizin profitiert – dass aber, wenn jetzt nicht schnell und koordiniert gehandelt wird, sich die Welt in eine postantibiotische Ära bewegt, in der gewöhnliche Infektionen und kleine Verletzungen, die für Jahrzehnte behandelbar waren, wieder tödlich sein können. Man muss sich daher schon fragen, warum trotzdem seit Jahren die notwendigen Maßnahmen nicht zügig genug angegangen

Tier durch die skandalöse Massentierhaltung. Der häufigste resistente Killerkeim weltweit ist der sogenannte „MRSA-Keim“. Dieser wird meist als „der Krankenhauskeim“ tituliert, da er für sehr viele Todesfälle von Schwerkranken in den Kliniken verantwortlich ist, da nun mal Schwerkranken letztendlich in der Klinik behandelt werden. Mittlerweile gibt es allerdings zunehmend eine weitere Zahl von anderen, noch

„Der Ausdruck ‚Krankenhauskeim‘ ist irreführend, da er impliziert, er würde im Krankenhaus entstehen, was jedoch nur zum Teil der Fall ist.“

und auch umgesetzt werden. Das Phänomen ist allerdings typisch für alle schleichenden Probleme. Im Vordergrund steht der rücksichtslose Lobbyismus und Profit von Großkonzernen. Menschen und das gesamte Ökosystem werden sehenden Auges an die Wand gefahren. Das Gleiche beobachten wir ja auch beim Vorgehen gegenüber dem Klimawandel. Die Treibhausgas-Problematik ist seit den 1960er-Jahren bekannt, wird jedoch ausgesessen, bis die Katastrophen dann voll zuschlagen und kaum oder gar nicht mehr beherrschbar sind. Es handelt sich um ein gesamtpolitisches Versagen, wie das berühmte Drei-Affen-Motiv „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“ sehr anschaulich darstellt.

Woher kommt der Name „Krankenhauskeim“?

Der Ausdruck ist irreführend, da er impliziert, er würde im Krankenhaus entstehen, was jedoch nur zum Teil der Fall ist. Viele Patienten kommen bereits mit den Keimen in die Klinik – von einem anderen Menschen erworben oder verursacht durch die Übertragung vom

schlimmeren antibiotikaresistenten Keimen, mit denen sich Menschen infizieren und zu Tode kommen.

Wie entstehen diese antibiotikaresistenten Keime?

Es handelt sich hierbei um Bakterien, die sich im Laufe von Jahren gegen Antibiotika „gewehrt“ haben, durch Anpassung und Veränderung ihrer Erbanlagen, bis letztendlich kein Antibiotikum mehr gegen sie wirksam ist. Diese Unwirksamkeit bezeichnet man als Antibiotikare-

ONLINETIPP

Klaus Buchner MdEP
Agrarwende jetzt!
 Petition „Gegen Massentierhaltung & für ein EU-weites Qualitäts-Siegel“
www.agrarwende-jetzt.de

sistenz. Sie bezieht sich also auf das Bakterium und nicht auf Mensch oder Tier. Bakterien vermehren sich prinzipiell ganz rasant, durch Zellteilung verdoppeln sie sich im 30-Minuten-Takt. Alle Erbanlagen, inklusive der erworbenen Antibiotikaresistenzen, werden in Windeseile an immer mehr Bakterien weitergegeben. Die Ursache der Resistenzentwicklung bei Bakterien liegt also in der natürlichen allmählichen Anpassung gegenüber Antibiotika. Werden nun Antibiotika – wie seit Jahrzehnten üblich – falsch und unnötig massiv eingesetzt, explodiert die natürliche Resistenzentwicklung ins Unermessliche und ist nicht mehr beherrschbar. Die Situation mit den Antibiotikaresistenzen läuft somit komplett aus

„Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene geht von mindestens 1 Mio. Infektionen und mindestens 30.000 Todesfällen pro Jahr aus.“

seinem Bericht veröffentlicht, dass heute weltweit jedes Jahr 700.000 Menschen an multiresistenten Keimen sterben. Wenn nicht zügig einschneidende politische Maßnahmen getroffen werden, prognostiziert O’Neill in seinem Bericht 10 Mio. Todesfälle pro Jahr weltweit. Die Zahlen sind also sehr hoch.

ohne dass Penicillin helfen kann. Seit Jahrzehnten ist diese bereits 1945 geäußerte Gefahr längst bei allen Antibiotika in zunehmend erschreckendem Ausmaß fatale Wirklichkeit geworden – mit erheblichen Todesfolgen. Keiji Fukuda, Generaldirektor für Gesundheitssicherheit der WHO, betont, dass wirksame



Foto: Uschi Dreilucker/pixelio.de

In der Massentierhaltung werden den Tieren auch massenhaft Antibiotika verabreicht – prophylaktisch, um in den riesigen Ställen das Ausbreiten von Krankheiten zu vermeiden. Langfristig werden die Keime aber gegen die gängigen Antibiotika resistent.

dem Ruder. Dass als wesentliche Ursache der Resistenzen die exzessive prophylaktische Gabe von Antibiotika an gesunde Tiere in der Tiermast von Lobbyisten der Industrie kleingeredet wird, ist unerträglich, ebenso die politische Tatenlosigkeit. Seit Jahren werden in unzähligen Untersuchungen von Fleischproben exzessive Mengen von diversen antibiotikaresistenten Bakterien nachgewiesen, teilweise bis zu 90%. Der Nachweis des MRSA-Keims im Nasenabstrich von Menschen ist bei Tierärzten mit bis zu 45% und bei Schweinehaltern mit 80–90% massiv höher als bei der Durchschnittsbevölkerung, wo er unter 5% liegt. Damit ist doch ganz klar, wo die Resistenzen vorwiegend entstehen. Es ist die „Rache aus dem Tierstall“.

Wie lässt sich diese verhängnisvolle Entwicklung stoppen?

Der inflationäre Einsatz von Antibiotika muss aufhören! Überfällig ist ein sofortiges Verbot für die Gabe von Reserveantibiotika an gesunde Tiere. Wir dürfen nicht auf die wirksamsten Medikamente für Schwerkranke verzichten. Denken Sie an Colistin, ein hochpotentes Reserveantibiotikum, mit dem Mukoviszidose-Kranke behandelt werden. Dieses Colistin wird unter anderem auch in der Hähnchenmast eingesetzt. Das ist geradezu obszön. Resistenzen wurden bereits

„Der inflationäre Einsatz von Antibiotika muss aufhören! Überfällig ist ein Verbot für die Gabe von Reserveantibiotika an gesunde Tiere.“

nachgewiesen. Wir brauchen eine konsequente Ursachenbekämpfung sowohl in der Humanmedizin als auch in der industriellen Tierzucht. In der Humanmedizin werden Antibiotika sehr häufig falsch ange-

wandt, unter anderem bei Virusinfektionen, wo sie gar keine Wirkung haben und nur Schaden anrichten können – denn Antibiotika sind nur bei bakteriellen Infektionen wirksam. Ebenfalls in der Humanmedizin werden häufig Antibiotika prophylaktisch und nicht zielgerecht, d.h. ohne Labortests eingesetzt. Das



Prof. Dr. Klaus Buchner kämpft im Europaparlament gegen Massentierhaltung und macht auf den Zusammenhang von prophylaktischer Antibiotika-Verabreichung und dem Entstehen resistenter Keime aufmerksam.

muss gestoppt werden. Die katastrophale industrielle Tierzucht in ihrer jetzigen Form muss sehr rasch zurückgefahren und letztendlich abgeschafft werden. Wir müssen und können auf industriell produziertes, mit resistenten Keimen belastetes

Billigfleisch verzichten und auch seltener Fleisch essen. Wir müssen zu einer artgerechten ökologischen Tierhaltung finden. Dann erübrigt sich der tonnenweise prophylaktische Einsatz von Antibiotika. Da-

für müsste sich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner stark machen, anstatt es den Billigfleisch-Produzenten recht zu machen. Doch wir sehen auch ein enormes Umdenken in der Bevölkerung hin zu gesunden Nahrungsmitteln und zu guter Tierhaltung. Sogar die Discounter haben vor der

Politik mit einer Kennzeichnung zu besserer Tierhaltung reagiert. Aber das reicht nicht. Ich fordere ein einheitliches, verbindliches und EU-weites Siegel für alle Tierprodukte, um unsere deutschen Landwirte nicht zu benachteiligen. Wir wollen mit klarer Kennzeichnung über Art der Tierhaltung, Einsatz von Antibiotika und Art des Tierfutters informiert werden: Kommt es aus gentechnischen Monokulturen, z.B. aus Südamerika? Wurde es mit Pestiziden behandelt? Wir wollen außerdem eine deutliche bildliche Darstellung der Tierhaltung auf den Verpackungen. Die fröhlichen Schweine, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern gezeigt werden, sind ein Hohn.

Welche Umweltprobleme werden durch die Industrialisierung der Landwirtschaft noch erzeugt?

Die Probleme sind immens! Fleisch ist mittlerweile Lebensmittelverschwender Nummer 1. Der größte Teil der Äcker weltweit dient der Tierfutterproduktion für die Mas-

„Die katastrophale industrielle Tierzucht in ihrer jetzigen Form muss sehr rasch zurückgefahren und letztendlich abgeschafft werden.“

sentierhaltung anstatt der Nahrungsmittelproduktion für den Menschen – und das oft mit gentechnischen Monokulturen. Monokulturen und Herbizide zerstören die Böden. Das führt zum massiven Sterben der für das Ökosystem lebensnotwendigen Organismen, Wildbienen und anderen Insekten, Würmer etc. Überdüngung und Gülle vergiften das Boden- und Grundwasser. Zudem ist der Agrarbereich für 30–40% unserer Klimagas-Emissionen verantwortlich. Und nicht zu vergessen die erheblichen sozialen Probleme, die der Strukturwandel weg von der klein- und mittelständischen hin zur großindustriellen Landwirtschaft mit sich bringt. Auf den Feldern und in den Schlachthöfen herrschen unsägliche Arbeitsbedingungen – wie gerade jetzt während der Corona-Pandemie offensichtlich wurde.

Gibt es Gegenbewegungen, die auf eine allgemeine Kurskorrektur hoffen lassen?

Die größte und wichtigste Gegenbewegung sind die Wählerinnen und Wähler! Politiker reagieren auf den Druck der Bevölkerung und wollen ihre Stimmen. Wir sehen, wie die Jugendbewegung „Fridays for Future“ wirkt, auch bei der Elterngeneration. Wer für ein besseres

Klima kämpft, kämpft auch gegen die Massentierhaltung als einen der Hauptverursacher klimaschädlicher Entwicklungen. Wir haben starke Non-Profit-Organisationen. Die Anti-Atomkraft-Bewegung hat auch einen langen Atem gebraucht. Wir müssen uns einsetzen für unse-

re Welt. Wir müssen laut sagen, was uns nicht passt, sonst werden wir nicht gehört. Und selbstverständlich fordere ich dazu auf, die ÖDP zu wählen, welche sich massiv für unsere Umwelt einsetzt. Das erfolgreichste bayerische Volksbegehren war „Rettet die Bienen“. Das zeigt, wie sehr die Menschen in unserem

„Wir sollten auf industriell produziertes, mit resistenten Keimen belastetes Billigfleisch verzichten und auch seltener Fleisch essen.“

Land ein Umdenken wünschen. Eine Agrarwende, welche Landwirte bei der Umsetzung zu ökologischer Landwirtschaft deutlich unterstützt, ist vonnöten – und nicht die Verteilung von jährlich 60 Mrd. Euro Subventionen nach dem Gießkannenprinzip, also nach Fläche.

Welche Rolle spielt die EU-Kommission? Und welche das EU-Parlament?

Die EU-Kommission hatte schon 2011 einen Aktionsplan zu Antibiotikaresistenzen veröffentlicht. Und das EU-Parlament hat 2018 nach jahrelangen Verhandlungen ein Maßnahmenpaket beschlossen, um Antibiotikaresistenzen zu reduzieren. Beispielsweise sollen Reserveantibiotika

BUCHTIPP

Klaus Buchner
Diktatur der Märkte
Aufbruch in die sozio-ökologische Wende
Tectum, Sept. 2018
180 Seiten, 19,95 Euro
978-3-8288-4161-1



ab 2021 in der Tierhaltung verboten werden. Und auch die prophylaktische Behandlung soll deutlich eingeschränkt werden. Doch das ist viel zu wenig und viel zu langsam. In Anbetracht der rasant zunehmenden Antibiotikaresistenzen, der vielen Toten und der zunehmend katastrophalen Entwicklung muss das schneller gehen. Und natürlich dann auch kontrolliert und bei Nichtbeachtung bestraft werden. Doch das funktioniert schon jetzt nicht. Der

angekündigte „Green Deal“ und „Farm to Fork“ sind zwar gute Vorsätze, die Umsetzung allerdings viel zu zögerlich aufgrund der Brisanz. Hinzu kommt, dass die Lobbyverbände wegen der Corona-Pandemie bereits stark drängen, die angestrebten Dinge nicht sofort umzusetzen und weiter zu verschieben. Ich kann nur hoffen, dass Gier und Profit nicht weiter die Oberhand behalten.

Herr Prof. Buchner, besten Dank für das interessante Gespräch.

Manuela Ripa, die am 15. Juli 2020 das ÖDP-Mandat im Europaparlament von Klaus Buchner übernahm, wird die Kampagne fortführen. Fragen zur Kampagne bitte an Angelika Demmerschmidt: demmerschmidt@klausbuchner.eu

Artenschutz-Volksbegehren

„Weg von der Flächenförderung!“

Wir erleben gerade das größte Artensterben seit den Dinosauriern. Doch der Widerstand wächst. Das von der ÖDP initiierte Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ war das erfolgreichste in der bayerischen Geschichte. Das Maßnahmenpaket betrifft natürlich auch die Landwirtschaft. Der Bauernverband protestierte. Warum eigentlich?

Interview mit Agnes Becker

ÖkologiePolitik: Frau Becker, was haben Sie mit dem Artenschutz-Volksbegehren in Bayern erreicht?

Agnes Becker: Mit über 1,7 Mio. Unterschriften konnten wir das Thema auf die politische Agenda zwingen. Mächtig beeindruckt

Aufnahme des Naturschutzes in die Ausbildung von Land- und Forstwirten.

Was sollte nun noch geschehen?

Nun müssen wir genau aufpassen, dass dieser Erfolg nicht verwässert wird. Um überprüfen zu

„Es gibt eine erschreckende Parallelität zwischen Artensterben und Höfesterben.“

vom Votum des Volkes nahm der Landtag den Gesetzesvorschlag des ÖDP-Volksbegehrens mit großer Mehrheit unverändert an – wohl auch aus Furcht vor einer Niederlage bei einer Volksentscheid. Unser Gesetz sieht vor: die Schaffung eines Biotopverbunds, die Erhaltung

können, ob die Staatsregierung die Einhaltung und Umsetzung der neuen Gesetze erfolgreich vorantreibt, entwickelte die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) im Auftrag des Volksbegehren-Trägerkreises eine Methode, mit der sich dies wis-



Agnes Becker, J Jahrgang 1980, erlernte nach dem Abitur zunächst den Schreinerberuf und studierte anschließend Tiermedizin. Im Bayerischen Wald betreibt sie eine kleine, biologische Nebenerwerbslandwirtschaft mit 5 ha Grünland und 8 ha Wald. In Teilzeit arbeitet sie für den ÖDP-Landesverband Bayern. Der ÖDP trat sie 1997 bei. Seit 2009 ist sie stellvertretende Landesvorsitzende in Bayern und seit 2014 Mitglied des Bundesvorstands. 2018 initiierte sie in Bayern das Volksbegehren Artenvielfalt.

agnes.becker@oedp-bayern.de

ren müssen. Über Jahrzehnte war „Wachse oder weiche!“ die einheitliche Botschaft von Bauernverband und CSU an die Landwirte. Der sogenannte „Strukturwandel“ ist in Wahrheit ein knallharter Verdrängungskampf. Wenn einer wächst,

von Hecken, Bäumen und kleinen Gewässern in der Landwirtschaft, die Schaffung blühender Randstreifen an Gewässern 3. Ordnung, der massive Ausbau ökologischer Landwirtschaft, die Umwandlung von 10% aller Wiesen in Blühwiesen, die pestizidfreie Bewirtschaftung aller staatlichen Flächen und die

senschaftlich fundiert beurteilen lässt. Demnächst erwarten wir erste Ergebnisse.

Hängen Artensterben und Höfesterben zusammen?

Da gibt es tatsächlich eine erschreckende Parallelität. In den vergangenen 20 Jahren haben allein in Bayern 50.000 Bauernhöfe zuspere-

müssen andere weichen. Und die Überlebenden werden zu immer mehr Leistung um jeden Preis gezwungen, sollen für den Weltmarkt produzieren, immer größere Höfe bewirtschaften und billiger arbeiten. Gegen diese auch noch mit Steuergeldern befeuerte Entwicklung protestieren wir jedes Jahr zusammen mit vielen Landwirten bei den „Wir haben es satt“-Demos. Denn sie hat furchtbare Folgen – auch für die noch aktiven Bauern.



Foto: MabelAmber/pixabay.com

Und für Natur, Insekten, Bodenbrüter, Achtung vor dem Nutztier als Lebewesen oder für die Würde des arbeitenden Menschen ist da kein Platz. Ich wäre glücklich, wenn noch mehr Landwirte ver-

in Zukunft angreifen! Es waren viele, von der Öffentlichkeit oft kaum wahrgenommene Einzelentscheidungen. Die weitgehende Entkopplung der Anzahl der Nutztiere von der vorhandenen landwirtschaftlichen Fläche z.B. eröffnete der Massentierhaltung Tür und Tor. Verantwortlich für diese Entscheidung war 2005 übrigens der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer von der CSU. Zahlen, die sich jeder merken sollte: 1/5 der Be-

triebe erhält durch die Flächenprämien 4/5 der EU-Fördergelder, 4/5 der Betriebe können sich um den Rest balgen. Die Fördergelder sind weder pro Betrieb gedeckelt, noch degressiv gestaltet, was die Entste-

„Ich wäre glücklich, würden noch mehr Landwirte verstehen, dass ihre Feinde nicht in der ÖDP oder in Natur- und Tierschutzverbänden sitzen.“

hen würden, dass ihre Feinde nicht ÖDP, Natur- und Tierschützer sind, sondern ganz woanders sitzen.

Warum hat sich die Situation so ungut entwickelt?

Durch die völlig verfehlte Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte auf allen Ebenen. Diese werden wir auch

immer größerer Betriebe vorantreibt.

Was sollte sich auf Länder- und Bundesebene ändern?

Die meisten Entscheidungen werden in Brüssel getroffen, aber eben nicht alle – und da haben wir angepackt. Ich freue mich riesig darüber,

ONLINETIPPS

Europäische Bürgerinitiative
„Bienen und Bauern retten!“
www.savebeesandfarmers.eu/deu

Deutsche Protestkampagne
„Wir haben es satt!“
www.wir-haben-es-satt.de

Bayerisches Volksbegehren
„Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“
www.volksbegehren-artenvielfalt.de

Niedersächsisches Volksbegehren
„Artenvielfalt“
www.artenvielfalt-niedersachsen.jetzt

Baden-württembergisches Volksbegehren
„Artenschutz – Rettet die Bienen!“
www.volksbegehren-artenschutz.de

Brandenburgisches Volksbegehren
„Artenvielfalt retten! Zukunft sichern!“
www.artenvielfalt-brandenburg.de

dass wir in anderen Bundesländern den Anstoß für ähnliche Initiativen geliefert haben. Viel Zähigkeit und Erfolg wünsche ich denen!

Was sollte sich auf der europäischen Ebene ändern?

Wir brauchen eine grundlegende Änderung der EU-Direktzahlungen. Bisher werden diese hauptsächlich an der Fläche der Betriebe bemessen. Der Besitz von Fläche ist aber ohnehin ein Privileg und sollte nicht noch gefördert werden. Entscheidend muss sein, was auf der Fläche gemacht wird. Oder nicht mehr gemacht wird. Dringend besser finanziell honoriert werden müssen

die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für das Gemeinwohl – egal ob im Bereich Klimaschutz, Erhalt

ernverband, dessen Vertreter mit der Agroindustrie bestens verbandelt sind, sorgt dafür, dass selbst kleins-

im Bayerischen Landtag, sagte mir bei unserem ersten Gespräch: „Wissen Sie, Frau Becker, ich bin schon so lange im politischen Geschäft, dass ich mir erlaube, Ihnen eine Erkenntnis weiterzugeben: Alle wichtigen gesellschaftlichen Prozesse wurden immer von unten angestoßen. Nie von oben. Und Sie und das Volksbegehren sind jetzt eine solche Bewegung von unten.“ Die ÖDP ist die Partei der Bewegung von unten. Direkte Demokratie liegt sozusagen

„Die Feinde der Landwirte sitzen in ihrer eigenen ‚Berufsvertretung‘, die mit Agrar- und Lebensmittelkonzernen engstens verbandelt ist.“

der Artenvielfalt, Boden-, Gewässer- oder Tierschutz. Öffentliches Geld nur noch für gesellschaftliche Leistungen! Deshalb unterstützt die ÖDP die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“. Bitte unbedingt unterschreiben!

Welche Widerstände gibt es? Und warum?

Obwohl ich noch niemand getroffen habe, der mit dem jetzigen System zufrieden ist, sind die Beharrungskräfte enorm. Die unheilige Allianz zwischen Politik und Bau-

te Umschichtungen der Gelder weg von der Flächenprämie hin zur Gemeinwohlorientierung immer wie-

„Der Besitz von Fläche ist ohnehin ein Privileg und braucht nicht noch gefördert werden. Entscheidend muss sein, was auf der Fläche gemacht wird.“

der massiv blockiert werden. Alois Glück, Landtagspräsident a.D. und Moderator des Runden Tisches zum Volksbegehren „Rettet die Bienen!“

in unseren Genen. Lasst uns weiterkämpfen! Es gibt viel zu tun!

Frau Becker, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Foto: Johannes Selmansberger

Noch immer ist das Interesse der Medien für das Artenschutz-Volksbegehren groß. Im Juni 2020 wird Agnes Becker dazu vom BR-Team der Redaktion „Unkraut“ interviewt.

Über Mathias Binswangers
„Mehr Wohlstand durch weniger Agrar-Freihandel“

Warum Landwirtschaft im eigenen Land?

Der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler widerlegt den Mythos, Freihandel vergrößere immer den Wohlstand. Gerade in der Landwirtschaft sorgt Freihandel für viele Verlierer und wenige Gewinner. Verlierer sind die vielen Kleinbauern sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern, Gewinner sind Großbauern und internationale Konzerne.

von Theo Sarikas

Landwirte in Deutschland beziehen 30 bis 40% ihres Umsatzes aus Subventionen. Ihr reales Einkommen besteht also zu einem großen Teil aus staatlichen Zuzahlungen. Wobei neben der Bewirtschaftung auch Leistungen für Biodiversität und Kulturlandschaft honoriert werden. Ist das sinnvoll und gerechtfertigt? Nach der „Theorie der komparativen Kosten“, die standardmäßig an allen Universitäten der Welt gelehrt wird, macht Landwirtschaft in einem hochindustrialisierten Land eigentlich keinen Sinn. Stattdessen sollte man sich die Subventionen sparen, Schutzzölle aufheben und sich auf Branchen spezialisieren, in denen die Wertschöpfungen höher sind. Die landwirtschaftlichen Produkte sollten dann von dort importiert werden, wo sie sich am einfachsten und preisgünstigsten herstellen lassen.

Mathias Binswanger widerspricht dieser Auffassung: Landwirtschaft ist eine unvergleichbare Dienstleistung und Produktion, ein wichtiger Teil unserer Zivilisation. Ohne sie wäre unsere Kulturlandschaft nicht verständlich. Er spricht

hier von „multifunktionalen“ und „nicht marktfähigen Leistungen“. Zudem ist die Versorgungssicherheit wichtig. Die Abhängigkeit von lebenswichtigen Gütern aus anderen Kontinenten ist nicht erst seit der Corona-Pandemie kritisch zu sehen. Die Klimaerwärmung wird zu Wetterextremen, Missernten und Versorgungsengpässen führen.

Hauptmotor für die Globalisierung der Landwirtschaft war die subventionierte Überproduktion in den Industrieländern und daraus resultierende Dumpingpreise. Die Giganten EU und USA förderten den Export. Freihandel führte weltweit zu wachsenden Betriebsgrößen und Monokulturen – und zerstört kleinbäuerliche Strukturen, sei es in Rumänien oder West-Afrika. Die Theorie des Freihandels und der komparativen Kosten geht von idealen gleichen Marktteilnehmern weltweit aus, doch das ist unrealistisch. Es profitieren vor allem die Akteure, bei denen die Marktmacht liegt: die großen Lebensmittel- und Handelskonzerne. Diese schöpfen ihre Gewinne neben dem Preisdiktat durch Weiterverarbeitung der

BUCHTIPP

Mathias Binswanger
Mehr Wohlstand durch weniger Agrar-Freihandel
Landwirtschaft und Globalisierung
Picus, März 2020
120 Seiten, 15,00 Euro
978-3-7117-2094-8



Lebensmittelrohstoffe zu -produkten, während landwirtschaftliche Betriebe nur international handelbare Rohstoffe produzieren können.

Preissenkungen im Welthandel zwingen die Bauern zu Rationalisierung und Produktionssteigerung. Das ist aber genau die Landwirtschaft, die eigentlich niemand will. Eine industrialisierte Landwirtschaft erbringt keine Kulturlandschaft, kein Tierwohl und keine Biodiversität. Die Richtung der Förderpolitik muss deshalb korrigiert werden. Sie muss vor allem dem Erhalt kleinerer örtlicher Betriebe dienen. Da die allgemeinen Direktzahlungen an Betriebe die Großbetriebe mehr stärken als die Kleinbetriebe, sind sie durch ein besseres System zu ersetzen. Binswanger plädiert darüber hinaus auch für den Zusammenschluss der Bauern zu starken Erzeugergemeinschaften. ■

Theo Sarikas, Jahrgang 1969, studierte Politikwissenschaft, arbeitete als Lektor in Frankreich und in der Friedensforschung zur Entspannung des Zypernkonflikts. In der Landwirtschaft war er als Helfer auf der Alm und im Weinbau tätig. In die ÖDP trat er 2016 ein.



theo.sarikas@gmx.de

Handel

„Solidarität unter Landwirten ist schwierig“

Für Außenstehende sind die Zusammenhänge in der Landwirtschaft nicht so leicht zu durchschauen. Um sie umwelt-, tier- und menschengerecht umzugestalten, braucht es keine simplen, eindimensionalen Lösungsansätze, sondern komplexe, ganzheitliche. Die betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Dimension darf dabei nicht zu kurz kommen.

Interview mit Dr. Peter Manusch

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Manusch, wie viel erhält ein Landwirt z. B. für Bio-Milch?

Dr. Peter Manusch: Im Jahr 2019 erhielt ein Landwirt durchschnittlich 48 Cent pro Liter plus 5 Cent Umsatzsteuer, also 53 Cent pro Liter. Verkauft wurde die Bio-Milch für durchschnittlich 1,05 Euro pro Liter bei Handelseigenmarken oder für 1,20 bis 1,40 Euro pro Liter bei Molkereimarken.

Woher kommt diese große Preisspanne?

In Deutschland wird der Markt von vier großen Handelskonzernen beherrscht: Aldi, Lidl, Rewe und Edeka. Beliefert werden diese von rund 200 Molkereien, die wiederum von rund 60.000 Milchbauern. Die Handelsseite ist mächtiger, denn sie besteht aus wenigen Großkonzernen, während die Landwirtschaft in eine Vielzahl ungleicher Unternehmen zersplittert ist, die unter Preisdruck und in Konkurrenz zueinander stehen.

Der Ökonom Mathias Binswanger fordert, Landwirte sollten sich zusammenschließen und eine Gegenmacht zu den Handelskonzernen bilden.

Solidarität unter Landwirten ist schwierig, was auch an einer hohen Ungleichheit und Zersplitterung

liegt. Es gibt Erzeugergemeinschaften, die das Angebot bündeln, aber nur sehr wenige. Und diese handeln zwar sehr unabhängig, aber auch unabgestimmt. Eine Solidarität nur in Deutschland nützt auch wenig. Sie müsste international sein, zumindest europaweit. Zudem schafft die Überproduktion keine gute Verhandlungsposition. In Bayern muss bei konventioneller Milch jeder zweite Liter exportiert werden. Nur bei Bio-Milch gibt es in Deutschland die Idealsituation, dass das Angebot die Nachfrage deckt. Hinzu kommt der Zeitdruck. Landwirte müssen oft „just in time“ vermarkten. Gerade Milch ist nur begrenzt haltbar.

Sind Bio-Supermärkte besser als konventionelle Supermärkte?

Das Ungleichgewicht in den Verhandlungspositionen ist dort geringer. Es gibt zum Teil stabilere, langfristige Handelsbeziehungen. Bei Bio-Produkten gibt es in Deutschland nur kurzzeitige oder gar keine Überangebote. Die Preise von Bio-Produkten weisen deshalb nicht diese hohen Differenzen zwischen Kauf und Verkauf auf. Aber auch der Bio-Supermarkt ist in seiner Preisgestaltung nicht unabhängig von den Preisen bei Aldi und Co.



Dr. Peter Manusch, Jahrgang 1959, studierte Agrarwissenschaft, war anschließend als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Ernährungsphysiologie der TU München in Weihenstephan tätig und promovierte dort. Danach verwaltete er 4 Jahre einen Öko-Betrieb in Oberbayern und berät seit inzwischen 30 Jahren Naturland-Betriebe bei der Milchviehhaltung und Milchvermarktung. Seit 1995 ist er ÖDP-Mitglied, seit 2020 Gemeinderat in Seehausen am Staffelsee.

p.manusch@naturland-beratung.de

Warum gibt es so wenig Direktvermarkter?

Allgemein problematisch sind die Faktoren „Zeit“ und „Hygiene“.

Auch gibt es Regionen, in denen jeder Bauer nur dasselbe Produkt anbieten könnte, z. B. Rindfleisch oder Milch. Das begrenzt die Möglichkeit der Direktvermarktung. Zum Faktor „Zeit“: Wie sollte ein kleiner Familienbetrieb, der sieben Tage in der Woche mit der Produktion beschäftigt ist, auch noch den Vertrieb leisten? Auch der Direktverkauf ist ein großer Aufwand. Zum Faktor „Hygiene“: Da es in Deutschland hohe Hygienestandards gibt, muss ein Bauer z. B. bei Milch erst einmal hohe Investitionen tätigen, um überhaupt eine Molkereinummer zu erhalten. Bei Gemüse geht dies etwas leichter. Die Handelsstrukturen, die wir heute haben, haben schon ihre Berechtigung – ökonomisch und logistisch. Solidarische Landwirtschaft und Direktvermarktung werden sie nicht ersetzen können.

Was kann der einzelne Konsument tun?

Jeder Konsument kann bei seiner Kaufentscheidung drei Dinge hinterfragen: (1) Ist das Produkt

„Die Überproduktion schafft keine gute Verhandlungsposition. In Bayern muss bei konventioneller Milch jeder zweite Liter exportiert werden.“

biologisch erzeugt? (2) Kommt es aus der Region? Und (3) ist es saisonal erzeugt? Die Punkte (2) und (3) hängen oft zusammen. Das kann jeder bei jedem Einkauf einfach und schnell durchdeklinieren. Nur nach regionalen Kriterien zu kaufen, springt zu kurz. Ein Schwein auf Vollspalten und 0,75 m² Platzangebot, wie das die Gesetzesnorm vorschreibt, fühlt sich im kleinen Stall der Nachbargemeinde genauso beschissen wie im 1.000er-Stall in Vechta. Der Verbraucher hat



Miesbacher Fleckvieh im Leitzachtal: ideale Lebensbedingungen für die Tiere, aber aus betriebswirtschaftlicher Sicht ineffizient

durchaus Einfluss und Macht. Nur was gekauft wird, wird auch produziert. Die weit verbreitete „Geiz ist geil“-Mentalität ist allerdings sehr kontraproduktiv, wenn man eine umwelt-, tier- und menschenfreundlichere Landwirtschaft will. Es gilt, ein verantwortungsvolles

Verbraucherbewusstsein zu entwickeln, aufzuklären und zu sensibilisieren. Auswüchse wie in der Fleischerzeugung und -industrie muss aber der Staat konsequent verbieten.

Was wären die Folgen des Freihandelsabkommens Mercosur der EU mit Südamerika?

Fleisch aus Südamerika wird zu anderen Bedingungen erzeugt als bei uns in Deutschland. Im Abkommen müssten auch unsere Standards wie z. B. das Verbot von

Hormongaben oder dem Chloren von Hähnchen festgeschrieben werden. Aber generell sollte auch die Frage einer Ernährungssicherheit bedacht werden, denn durch die Corona-Pandemie wurden wir gewahr, wie labil internationale Transportwege sein können. Da Handel keine „Einbahnstraße“ sein sollte, unsere Autoindustrie z. B. aber möglichst viel nach Südamerika liefern will, die dortigen Länder aber oft nur mit landwirtschaftlichen Produkten „bezahlen“ können, drohen unserer heimischen Landwirtschaft durch das Freihandelsabkommen große Nachteile. Um sie zu schützen, ist ein System des Ausgleichs über Subventionen nicht verwerflich. Es sollte allerdings klarer an Umweltleistungen und an das Tierwohl gekoppelt sein – und nicht mit der „Gießkanne“ verteilt werden.

Herr Dr. Manusch, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Das Interview führte Theo Sarikas.

Bäuerliche Landwirtschaft

Gemeinsam für eine neue Agrarpolitik

Der mächtige Bauernverband steht für eine konkurrenz- und wachstumsorientierte Landwirtschaft. Doch dies trug und trägt maßgeblich dazu bei, dass viele bäuerliche Höfe aufgeben müssen. Deren Interessen vertritt vor allem die „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL). Ihr bayerischer Landesvorsitzender stellt die Organisation vor.

von Josef Schmid

In den 1970er- und 1980er-Jahren glaubte auch ich noch, ein Strukturwandel in der Landwirtschaft wäre notwendig, um die Situation der verbleibenden Höfe zu verbessern und ihre Zukunft zu sichern. Diese Hoffnung schwand im Laufe

wieder aufs Neue das zu tun, was schon bisher keinen Erfolg brachte. Doch leider erkannten die sogenannte „Berufsvertretung“ und die Agrarpolitiker dies bislang nicht.

Um die Interessen der bäuerlich wirtschaftenden Höfe wahr-

Hunderttausende Höfe und bäuerliche Existenzen gingen verloren, ohne dass sich die Lage der übrig gebliebenen wirklich verbessert hatte.

der Jahre umso mehr, je deutlicher sich zeigte, dass der Wachstumsprozess letztendlich zwangsläufig in die Agrarindustrie führen musste. Hunderttausende Höfe und damit bäuerliche Existenzen gingen verloren, ohne dass sich die Lage der übrig gebliebenen Höfe wirklich verbessert hatte. Sie wurden nur größer. Die Ställe und Viehbestände verdoppelten sich, die notwendigen Investitionen und Darlehen genauso. Teure Maschinen erleichtern zwar die körperliche Arbeit, Stress und nervliche Belastung nahmen aber umso mehr zu.

Jeder vernünftige Mensch müsste erkennen, dass es sinnlos ist, immer

zunehmen, wurde bereits im Jahr 1980 aus einem Arbeitskreis junger Landwirte und Landwirtschaftsstudenten ein Verein gegründet: die „Arbeitsgemeinschaft bäuerli-

che Landwirtschaft“ (AbL). Sie gibt seither die Zeitung „Bauernstimme“ heraus. Nach der Übernahme des elterlichen Hofes im Jahr 1985 dauerte es keine zwei Jahre, bis ich die Mitgliedschaft beim Bauernver-

band kündigte und AbL-Mitglied wurde.

Schon damals waren mir die traditionelle „Berufsvertretung“ und ihre Funktionäre viel zu eng mit Handel und Verarbeitern, Raiffeisenverband und Molkereiverbänden „verbandelt“. Denn damit waren und sind Interessenkonflikte vorprogrammiert. Genauso unsinnig wäre es, würden sich die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern oder die Mietervereine mit den Vermietern zusammentun. Doch in der Landwirtschaft setzt man noch heute auf dieses seltsame Modell – auch wenn sich die Zahl der Höfe regelmäßig halbiert, die Einkommen unter denen vergleichbarer Berufe liegen und die Akzeptanz des Berufsstandes in der Gesellschaft schwindet.

Förderpolitik ist entscheidender Hebel zum Umsteuern

In der AbL befasste man sich schon damals mit der Förderpolitik. Diese funktioniert laut Forschungen des österreichischen Agrarhistorikers Franz Rohrmoser schon immer nach dem von ihm benannten „Vorspann-Prinzip“. Seit es Agrarförderungen gibt, werden unter dem Vorwand, Kleinbetriebe zu unterstützen, Fördergelder beantragt, um dann die Verteilung so zu organisieren, dass die Großbauern am meis-

Jeder vernünftige Mensch müsste erkennen, dass es sinnlos ist, immer wieder aufs Neue das zu tun, was schon bisher keinen Erfolg brachte.

ten davon profitieren. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der Bauernverband verteidigt vehement die Flächensubventionen, auch wenn man nicht erklären kann, wieso das Einkommen einer Familie,

die 300 Hektar bewirtschaftet, mit zehnmal so viel Steuergeld gestützt werden muss wie das einer Familie, die nur 30 Hektar bewirtschaftet.

So verschärft sich die Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen und Bewirtschaftungsformen. Der Strukturwandel wird mit Steuergeldern angeheizt. Noch dazu liegen diese Großbetriebe häufig in von Natur, Klima und Boden begünstigten Gebieten, während die Höfe in ungünstigen Gegenden eher weniger Hektar bewirtschaften und damit geringe Chancen haben, an die Gelder zu kommen.

Fördermilliarden fördern auch Rückgang der Biodiversität

Auch in ökologischer Hinsicht sind die Fördermilliarden aus Brüssel nahezu wirkungslos. Das bestätigen Forscher des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung. Und auch der Sonderbericht 13/2020 des EU-Rechnungshofs. Er stellte fest, dass

die Fördermilliarden den Rückgang der Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen nicht gestoppt haben. Das bei der letzten Agrarreform neu eingeführte „Greening“ wurde durch das Zutun der Agrarlobby und rückwärtsgerichteter „Berufsvertreter“ so weit verwässert, dass

Wieso muss das Einkommen einer Familie, die 300 Hektar bewirtschaftet, mit zehnmal so viel Steuergeld gestützt werden, wie das einer Familie, die nur 30 Hektar bewirtschaftet?

am Ende auch der Anbau von Leguminosen (Erbsen, Ackerbohnen, Lupinen) genügt, um das Soll von 5% „ökologischen Vorrangflächen“ zu erfüllen. Es wurde sogar gefordert, die Anwendung von Herbiziden auf diesen Flächen zu erlauben, doch das wurde nicht genehmigt.

Derartige Vorgehensweisen sind äußerst kurzsichtig und nicht im

Interesse der Landwirte. Die Agrarförderung wird so grundsätzlich gefährdet, weil die Steuerzahler die Überförderung von Großbetrieben und die ökologische Wirkungslosigkeit immer weniger akzeptieren – zumal wegen Brexit, Klima- und Coronakrise immer neue Forderungen

gen und alternative Verwendungsmöglichkeiten entstehen.

Diese ungerechte, wirkungslose und großteils in ökologischer und sozialer Hinsicht sogar kontraproduktive Verschwendung von Steuergeldern muss abgestellt werden! Ein Herumdoktern am System der Flächenförderung wie z.B. die erhöhte Förderung der ersten Hektare ist



allenfalls ein Versuch, das untaugliche System der Flächenförderung noch mal zu retten.

Ökologischere Förderung über komplexes Punktesystem

Ziel des AbL-Vorschlags zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist es, über ein Punktesystem auf Basis von Betriebsdaten, wie durchschnittliche Feldgröße, Fruchtfolge (Anbauvielfalt), Grünlandanteil, Biotopflächen und Art der Tierhaltung, die Förderung betriebsindividuell zu gestalten.

Eine wesentliche Ursache für die aussichtslose Situation vieler Höfe ist seit Jahrzehnten die Exportorientierung der Agrarpolitik.

Damit wäre in der Agrarförderung der Grundsatz „Öffentliche Gelder für gesellschaftliche Leistungen“

ONLINETIPPS

AbL – Landesverband Bayern
Reform der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP)

Positionspapier 2019
www.t1p.de/v044

Europäischer Rechnungshof
Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen:

Der Beitrag der GAP hat den Rückgang nicht gestoppt
Sonderbericht 13/2020
www.t1p.de/qs45

proplanta – Informationszentrum für die Landwirtschaft
Aktuelles Greening bringt wenig für die Artenvielfalt
16.01.2017
www.t1p.de/907f

umzusetzen. Und das ohne zusätzlichen Aufwand, da die erforderlichen Daten den Ämtern auch schon bei der bisherigen Antragstellung

Wir produzieren mit Futter, das wir nicht haben, Milch und Fleisch, das wir nicht brauchen, für Märkte, die dafür nicht genug zahlen.

mitgeteilt werden mussten. Es bliebe also der unternehmerischen Entscheidung der Landwirte vorbehalten, ob der Schwerpunkt weiter

auf Rationalisierung und Billigproduktion oder künftig mehr auf die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen gesetzt werden soll.

Nach dem derzeitigen Diskussionsstand sollen auch in der ersten Säule der EU-Agrarförderung Ökrokriterien eingeführt werden. Auch hierzu würden sich Kriterien des AbL-Modells, wie Flächenstruktur, Fruchtfolge, Grünlandanteil, Anteil von Biotopflächen und bodengebundene Tierhaltung, gut eignen, gezielt benachteiligte Betriebe und bäuerliche Landwirtschaft zu fördern.

Raus aus dem internationalen Preisdumping-Wettbewerb

Allein die Umverteilung von Fördergeldern wird nicht ausreichen, um das Höfesterben aufzuhalten. Eine wesentliche Ursache für die aussichtslose Situation vieler Höfe ist seit Jahrzehnten die Exportorientierung der Agrarpolitik. Bis heute versucht man, „neue Märkte zu erobern“ und die Landwirtschaft

„wettbewerbsfähig“ zu machen, was nicht weniger bedeutet, als dass unsere Bauernhöfe weiterhin verheizt werden sollen beim Versuch,

Weltmarktpreise zu unterbieten, die unter niedrigsten Aufwendungen für Löhne, Umweltschutz und Tierwohl zustande kommen. Dabei hätten wir es nicht nötig, diese außereuropäischen Märkte zu bedienen, würden wir nicht Millionen Tonnen Futtermittel, großteils auf Regenwaldrodungen basierend, importieren.

Wir produzieren mit Futter, das wir nicht haben, Milch und Fleisch, das wir nicht brauchen, für Märkte, die dafür nicht genug zahlen wollen oder können. Wirklich ein tolles Geschäftsmodell. Auch wenn die Schweinemäster mit den derzeitigen Preisen zufrieden sind: Es funktioniert nur unter Ausbeutung von Menschen, Tieren und der Natur. Und solange Wetterkatastrophen und Schweinepest unsere Kollegen in anderen Kontinenten treffen.

Warum produzieren wir nicht einfach bei Milch und Fleisch 10 % weniger und beliefern dann nur noch die höherpreisigen EU-Binnenmärkte? Das Gegenargument „Dann kommt noch mehr vom Ausland“ ist ziemlich unlogisch, denn wenn wir als bedeutender Exporteur den Druck auf den Weltmarkt reduzieren, müsste eigentlich auch der Druck von außereuropäischen Märkten nachlassen. Unsere weniger exportstarken Nachbarländer werden schließlich auch nicht mit Lebensmitteln vom Weltmarkt überflutet. Im Gegenteil, dort sind



Foto: Josef Schmid

die Lebensmittelpreise oft sogar höher als in Deutschland.

Zurück zu einem menschen- und naturverträglichen Maß

Nebenwirkungen einer etwas weniger intensiven Produktion könnten mehr Stallplatz für die Tiere, geringere Güllemengen, mehr Lebensräume für die Artenvielfalt und mehr Akzeptanz in der Gesellschaft sein. Darauf sind wir angewiesen, denn Wertschätzung, höhere Preise für heimische Lebensmittel und die

teilhaft. Wesentlich Erfolg versprechender als Straßenblockaden, PS-starke Schlepperparaden, Rücktrittsforderungen und Klagen über Umweltauflagen wäre es, zusammen mit großen Teilen der Gesellschaft eine Agrarpolitik zu fordern, die nicht ständig zu mehr Intensivierung zwingt und dadurch Korrekturmaßnahmen in Form von zusätzlichen Auflagen und Bürokratie verursacht.

Es ist schon seit jeher Grundpfeiler der AbL-Arbeit, in Koopera-

Das zu unterstützen, lohnt sich, denn nicht die Kritiker der Landwirtschaft sind bauernfeindlich, sondern die Verantwortlichen in Politik und „Berufsvertretung“, die auch für die Zukunft nicht mehr zu bieten haben als Strukturwandel, Konkurrenzkampf und gegenseitiges Unterbieten. Und die obendrein noch zu Solidarität und Zusammenhalt aufrufen.

Warum produzieren wir nicht einfach bei Milch und Fleisch 10 % weniger und beliefern dann nur noch die höherpreisigen EU-Binnenmärkte?

Bereitschaft, Steuergelder für Fördermaßnahmen bereitzustellen, lassen sich dauerhaft nicht erzwingen.

Derartige Überlegungen wären auch für die Organisatoren der zahlreichen Schlepperdemos vor-

tion mit allen an der Agrarpolitik interessierten Organisationen aus Umwelt- und Tierschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Verbraucherschutz, Lösungen und Zukunftsperspektiven zu erarbeiten.

Josef Schmid,
Jahrgang 1956, studierte Agrarwissenschaft und bewirtschaftete von 1985 bis 2019 einen Bauernhof, seit 1989 biologisch, den er nun an seinen Sohn und



seine Schwiegertochter übergab. Seit Januar 2010 ist er einer von zwei Vorsitzenden des bayerischen Landesverbands der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL).

www.abl-bayern.info

Lobbyismus

Verflechtungen des Bauernverbands

Wissenschaft und Umweltverbände legen immer wieder konkrete Vorschläge vor, wie die Agrarpolitik so umgestaltet werden kann, dass das Artensterben endlich gestoppt wird. Warum werden diese kaum umgesetzt? Wieso setzen sich bislang immer die Interessen der industriellen Landwirtschaft und des Bauernverbands durch? Und wie hängen die beiden zusammen?

von Dr. Christine Tölle-Nolting

Um die Entscheidungswege und das Beziehungsgeflecht zwischen den Interessengruppen besser zu verstehen, beauftragte der Naturschutzbund Deutschland (NABU) im Jahr 2019 das Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw) der Universität Bremen, die Verbindungen zwischen Agrarpolitik, Agribusiness und Landwirtschaftsverbänden unter die Lupe zu nehmen. Dieses untersuchte mehr als 150 Personen und Institutionen, insbesondere aus Führungspositionen, Aufsichts- und Kontrollgremien in der Finanzwirtschaft, Agrochemie, Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in Verbänden.

Besonderes Augenmerk richtet die Studie auf den Deutschen Bauernverband (DBV). Dabei zeigen

sich vielfältige Verknüpfungen des Bauernverbands mit großen Handelskonzernen wie BayWa oder Agravis, die mit Futtermitteln, Industriedünger, Pestiziden handeln, aber auch mit Unternehmen der Kreditwirtschaft.

Vielfältige Nebeneinkünfte der Spitzenfunktionäre

Es ist kaum vorstellbar, wie der Präsident des Deutschen Bauernverbands, Joachim Rukwied, ohne Interessenkonflikte fast 90% der Landwirte vertreten möchte und gleichzeitig Mitglied im Vorstand der BayWa sowie Aufsichtsrat der R+V Versicherungen sein und weitere 16 hochrangige Posten in der Agrar- und Ernährungswirtschaft bekleiden kann. Es ist schließlich das Geschäft jener Handelsunternehmen, möglichst viele Produktionsmittel möglichst teuer zu verkaufen und gleichzeitig Produkte möglichst billig einzukaufen, um ihren Gewinn zu maximieren.

Ein weiterer zentraler Funktionär ist Johannes Röring. Er ist Mitglied im Deutschen Bundestag, aktiver Landwirt und besetzt 14 Posten. Er war aktiv beteiligt an der Aus-

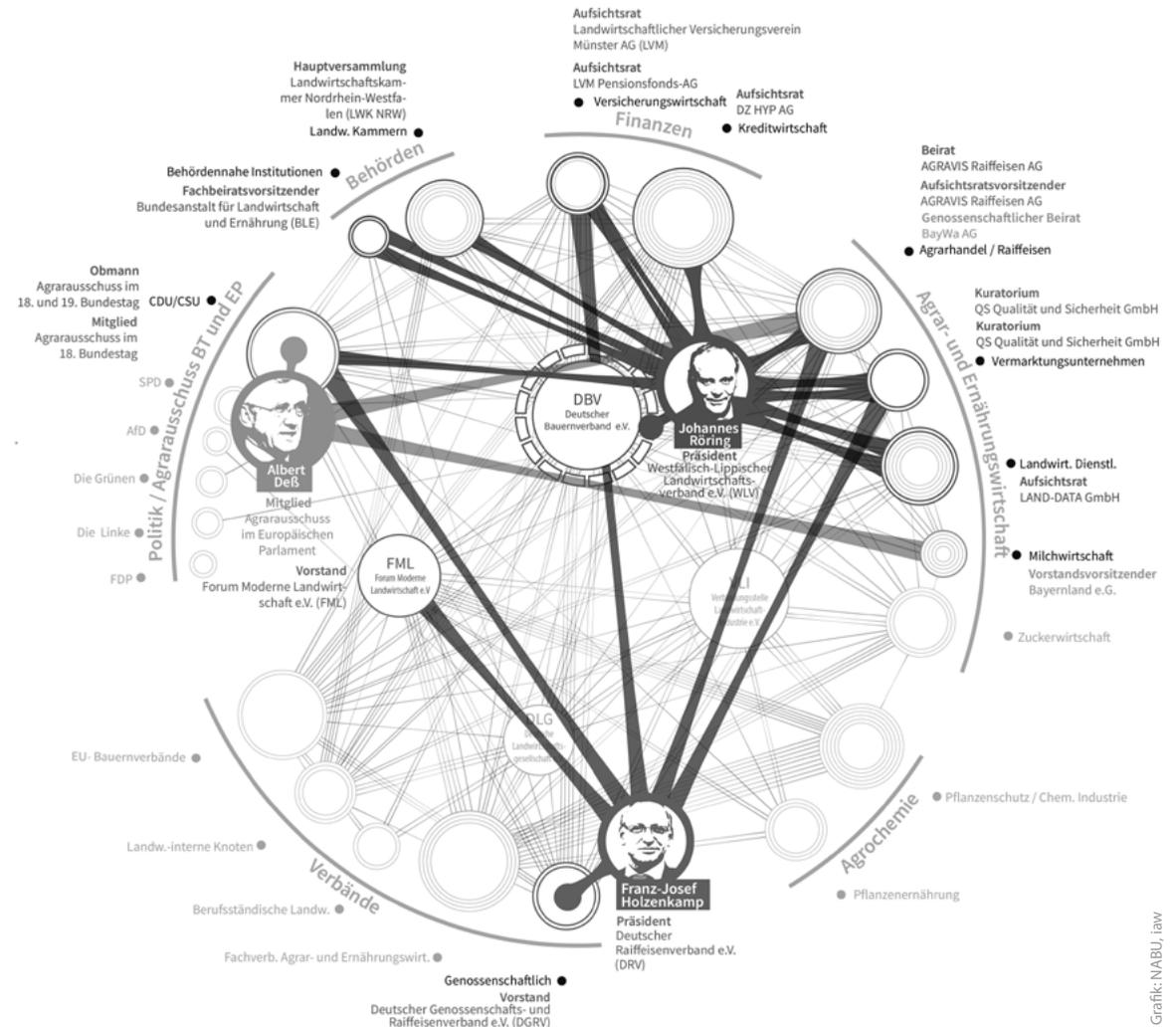
gestaltung der Düngeverordnung 2017 und zugleich Vorsitzender im DBV-Fachausschuss für Schweinefleisch. Sein Wahlkreis sowie der familiäre Schweinemastbetrieb liegen in der Tierhaltungshochburg Borken. Nach Untersuchungen von abgeordnetenwatch.de erhielt er aus Nebeneinkünften mindestens 288.000 Euro jährlich: aus der eigenen Firma und seinen Sitzen in Bei- und Aufsichtsräten. Im Sommer 2019 wurde er wegen fehlerhafter und fehlender Angaben zu seinen Nebeneinkünften vom Bundestagspräsidenten gerügt.

Franz-Josef Holzenkamp, seit 2017 Vorsitzender des Deutschen Raiffeisenverbands, war bis 2017 Mitglied im Deutschen Bundestag. Darüber hinaus hat er 8 Posten u.a. im Versicherungswesen und in der Ernährungswirtschaft inne.

Albert Deß, bis 2019 Mitglied des EU-Agrarausschusses, fiel durch sein naturfeindliches Abstimmungsverhalten in Brüssel auf. Bei der Ausgestaltung der aktuellen GAP-Förderperiode setzte er sich für den Einsatz von Pestiziden auf ökologischen Vorrangflächen ein. Zusätzlich saß er auch im EU-Sonderausschuss für die Genehmigung von Pestiziden. Er ist ebenfalls Mitglied im Beirat der BayWa und Vorstandsmitglied der Molkerei Bayernland.

Regel Austausch mit Chemiekonzernen

Als Austauschplattform zwischen den großen Chemiekonzernen wie BASF und Bayer mit der Spitze des DBV dienen mehrere Knotenpunkte, wie die Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie (VLI) oder das Forum Moderne Landwirtschaft (FML). Die jungen „AgrarScouts“ des FML haben die Aufgabe, der Öffentlichkeit die



Ämter und Funktionen der DBV-Spitzenfunktionäre Albert Deß, Franz-Josef Holzenkamp und Johannes Röring

„moderne Landwirtschaft“ näherzubringen, z.B. auf der Grünen Woche oder auf Marktplätzen.

Gespräche mit Insidern machen deutlich, dass sich der DBV in Berlin und Brüssel rege mit Agrarpolitikern austauscht. Nicht nachweisen lässt sich ein konkreter Einfluss auf Gesetzestexte. Wie Entscheidungen, etwa zum verfehlten Düngerecht 2017 oder zur Verschiebung des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration bis Ende 2020, zustande kamen, bleibt undurchsichtig. Daher muss dringend ein Lobbyregister eingeführt werden. Damit soll-

ten Treffen zwischen Politikern und Lobbyisten dokumentiert werden, ihr konkreter Einfluss auf Gesetze, ihr „legislativer Fußabdruck“.

Die Verflechtungen des DBV mit Politik und Wirtschaft sind so eng, dass Umwelt und Natur, Tierwohl, Gewässer- und Klimaschutz bei politischen Entscheidungen bisher häufig auf der Strecke blieben. Das muss sich ändern. Zudem vertritt der DBV mit seinem export- und wachstumsorientierten Kurs nicht die Interessen der meisten deutschen Landwirtinnen und Landwirte. Die wünschen sich deutlich

mehr Förderung für Tierwohl und Umweltschutz. ■

Dr. Christine Tölle-Nolting, Jahrgang 1983, studierte Biologie mit den Schwerpunkten Ökologie und Naturschutz, promovierte und übernahm anschließend die Leitung eines konventionellen landwirtschaftlichen Betriebs. Beim NABU ist sie als Referentin für Agrarpolitik tätig.



christine.toelle-nolting@nabu.de

ONLINETIPP

NABU/iaw
Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes (DBV)
 April 2019
www.t1p.de/vmou

Boden

„Ohne Humusaufbau wird die Welternährung nicht möglich sein“

Der Boden ist die Grundlage landwirtschaftlicher Produktion. Doch seine Qualität nimmt ab. Aber es gibt auch Gegenbewegungen. Die sogenannte „Permakultur“ – abgeleitet vom englischen Begriff „permanent agriculture“ – versucht, die natürlichen Kreisläufe der Natur genau zu beobachten und nachzuahmen. Um nicht gegen die Natur, sondern mit ihr zu arbeiten.

Interview mit Stefan Schwarzer

ÖkologiePolitik: Herr Schwarzer, Sie haben zusammen mit Ute Scheub ein Buch über Humus geschrieben. Warum?

Stefan Schwarzer: Wir verlieren jeden Tag, jedes Jahr unwiederbringlich wertvollen Ackerboden. Dabei ist vor allem der Humus darin, die tote organische Substanz, dafür zuständig, dass wir 95 % unserer Nahrungsmittel produzieren können. Deswegen ist der Aufbau von Humus für unsere Lebensgrundlagen von entscheidender Bedeutung.

Ohne Humusaufbau wird die Welternährung nicht möglich sein. Wir reden hier also über ein fundamentales Überlebenssthema, das in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig gesehen wird. Zudem kann Humus ein großer CO₂-Speicher sein.

Wie das?

Humus besteht zu fast 60 % aus Kohlenstoff, der vor allem aus der Luft kommt. Wenn wir Humus aufbauen, speichern wir also große Mengen CO₂ im Boden. Ein jährlicher globaler Humusaufbau von

0,4 % auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen würde genügen, um alle menschengemachten CO₂-Emissionen eines Jahres zu kompensieren. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Aufforstung ist der Umgang mit unseren Böden also eine entscheidende Maßnahme gegen die Klimaerwärmung.

Wie sind Sie zu diesem Thema gekommen?

Ich habe Geografie studiert, arbeite seit Langem für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und habe vor gut 10 Jahren angefangen, mich mit der Permakultur auseinanderzusetzen. Dabei wurde mir klar, dass wir uns jenseits des Urban Gardenings und der Selbstversorgung intensiv um die Landwirtschaft kümmern müssen. Der Einstieg in die Lebensgemeinschaft „Schloss Tempelhof“ mit 30 ha landwirtschaftlicher Fläche hat es mir ermöglicht, zu forschen, es umzusetzen und jeden Tag zu lernen.

Wie sind die Zwischenresultate?

In unserer Landwirtschaft hier haben wir im Gemüseanbau sicher die größten Schritte machen können und gehören mittlerweile zu den Top-Betrieben in Deutschland. Wir sind mit dem Humusaufbau sehr gut vorangekommen und ha-



Stefan Schwarzer, Jahrgang 1972, ist Physischer Geograf und Permakultur-Designer. Seit 2000 arbeitet er für das „United Nations Environment Programme“ (UNEP) in Genf. Er ist Co-Autor des 2017 erschienenen Buches „Die Humusrevolution“, Initiator des Symposiums „Aufbauende Landwirtschaft“ und lebt seit 2012 in der „Gemeinschaft Schloss Tempelhof“.

www.humusrevolution.de

ben die Fruchtbarkeit unserer tonigen Böden enorm verbessert.

Können Sie konkrete Zahlen nennen?

Im gärtnerischen Bereich haben wir innerhalb von etwa 6 Jahren den Humusgehalt von 2 % auf rund 6 % verdreifachen können. Durch stetiges Mulchen, Kompostgaben, ständiger Bodenbedeckung durch Gründüngung, Zwischenfrüchte und Untersaaten, Mischfruchtanbau, durch Verzicht auf schwere Maschinen und viel Handarbeit in Kombination mit einfachen, aber ausgeklügelten Werkzeugen werden die Böden nicht nur fruchtbarer, sondern wir überstehen so auch längere Trockenzeiten, was in der Landwirtschaft immer wichtiger wird.

Wie haben Sie das gemacht? Gibt es Rezepte?

Der Boden sollte möglichst keinen Tag unbedeckt sein. Deswe-

gen setzen wir sehr stark auf die Gründüngung, regen die Böden mit Kompost an und mulchen viel. Aber jeder Boden ist anders, jedes Mikroklima spielt eine Rolle. Von daher gibt es keine Standardrezepturen. Die Natur sollte uns ein Vorbild sein, denn sie hat das „nachhaltigste“ System überhaupt erfunden. Von daher folgen wir dem Leitsatz von Viktor Schauberg „Zuerst die Natur kopieren“ und beobachten unsere Böden deswegen sehr genau.

Gibt es bereits eine „Boden-Bewegung“?

Insgesamt ist die Community noch sehr klein, aber die Bewegung wächst. Die prominenteste Humus-Initiative „4p1000“ wurde sogar beim Pariser Klimagipfel vorgestellt und mittlerweile von über 30 Regierungen weltweit unterstützt. Mehr und mehr Bauern merken, dass es mit einem „Weiter so“ nicht mehr geht. Mehr Dünger, mehr Spritzmittel und dabei eine abnehmende Bodenfruchtbarkeit – das geht nicht mehr aus. Die Landwirte müssen umdenken – und viele wollen es auch.

Wohin geht für Sie die Reise?

Wir arbeiten an einer Landwirtschaft, die noch viel umfassender auf alle Kreisläufe schaut. Wasserkreisläufe, Agroforstwirtschaft, Artenvielfalt und Mehrfachnutzungen, an all dies muss gemeinsam gedacht werden, um eine wirklich regenerative Landwirtschaft zu erreichen. Dabei gehören soziale und ökonomische Fragen genauso dazu.

Was bedeutet das konkret?

Bäume auf den Feldern, keine wendende Bodenbearbeitung, Wasser halten durch kluge dezentrale Wasserkreisläufe und Mikroklima verändern durch Bäume auf den Feldern und ständige Bodenbe-

BUCHTIPP

Ute Scheub, Stefan Schwarzer
Die Humusrevolution
Wie wir den Boden heilen, das Klima retten und die Ernährungswende schaffen
oekom, Februar 2017
240 Seiten, 22,00 Euro
978-3-86581-838-6



deckung. Dies alles wird sich hoffentlich sehr bald durchsetzen, weil sonst die Ernteerträge dauerhaft sinken werden und die Folgeschäden nicht mehr zu bezahlen sind.

Wie steht es mit der politischen Unterstützung?

Noch wird der Großteil der Subventionen in die zerstörerische Landwirtschaft gegeben. Noch diktiert der Handel die Preise, noch wird eine Landwirtschaft gelehrt, die nicht zukunftsträchtig ist. Hier muss ein radikaler Denkwandel passieren. Dazu brauchen wir am besten in jedem Landkreis oder zumindest jeder Region einen staatlich unterstützten landwirtschaftlichen Demonstrationsbetrieb. Die Landwirte müssen das sehen, spüren und anfassen können. Dann haben wir die Chance, dass viele Landwirte umsteigen.

Wie kann man selbst einsteigen?

Man kann natürlich viel in einem kleinen eigenen Garten ausprobieren. Ansonsten sind die „Feldtage“ der IG gesunder Boden und das Symposium „Aufbauende Landwirtschaft“ zu empfehlen. Zudem organisieren wir selbst Webinare, Symposien und Bodenpraktikkurse.

Herr Schwarzer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Das Interview führte Thomas Prudlo.



Die Gemeinschaft Schloss Tempelhof schafft es, den Humusgehalt ihrer landwirtschaftlichen Flächen kontinuierlich zu erhöhen.

Foto: Gemeinschaft Schloss Tempelhof

Solidarische Landwirtschaft

Positive Zeichen setzen!

Die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) folgt dem Commons-Prinzip: Die Ernte wird solidarisiert. Der Autor dieses Beitrags gründete dafür im Dezember 2019 im baden-württembergischen Sigmaringen einen Verein. Das erste Erntejahr begann im Frühjahr 2020 mit der Bierrunde. Anschließend: Corona, Diskussionen um den richtigen Weg, ein viel zu trockenes Frühjahr und die erste Ernte.

von Rüdiger Sinn

Es ist Mitte Februar, ich schaue auf die Uhr. Noch 10 Minuten bis zum Beginn der Bierrunde. Bislang ist der Gemeindefaal der evangelischen Stadtkirche nicht üppig gefüllt. Ich bin nervös. Kommen genügend Menschen, damit wir mit der Solawi starten können? Welche Fragen werden kommen? Ist die Kalkulation stimmig? Vertrauen uns die Menschen?

Seit der Vereinsgründung im Dezember wurden für Interessierte etliche Informationen herausgegeben. Es wurden eine Internetseite gestaltet, Newsletter verschickt und Zeitungsartikel geschrieben. Das Ziel einer Findungsgruppe war, eine Solidarische Landwirtschaft in der 17.000-Einwohner-Stadt Sigmaringen zu gründen. In Deutschland gibt es mittlerweile rund 270 aktive CSA, wie eine Solidarische Landwirtschaft oft auch genannt wird. Die Abkürzung stammt vom englischen „Community Supported Agriculture“. Es handelt sich also um eine Landwirtschaft, die von einer Gemeinschaft getragen wird.

Um den Slogan „Wir teilen uns die Ernte“ mit Leben füllen zu können, bedarf es einer Gemeinschaft, die sich verpflichtet, ein Erntejahr zu begleiten und finanziell zu tragen. Dabei werden sämtliche Kosten gerechnet. Diese Gesamtsumme wird durch die Anzahl der Anteils-

nehmerinnen und -nehmer geteilt. Dieser monatliche Wert gilt als Grundlage für die Bierrunde.

Mittendrin in der Bierrunde

Die Bierrunde ist eines der wichtigsten Elemente einer Solawi: In einem gemeinschaftlichen solidarischen Prozess wird dabei der errechnete monatliche Wert auf alle, die mitmachen wollen, verteilt. Der Betrag ergibt sich aus der Jahreskalkulation. Zusammen mit dem Gärtner und auf Grundlage anderer Solawis wurde gerechnet, im Vorstand debattiert und nach Konsenslösungen gesucht. Brauchen wir

kann, wie hoch dieser individuell ausfällt. Nutzt das jemand aus, will uns jemand schaden? Es gab viele Vorbehalte. Später zeigt ein Blick auf die Mitgliedsanträge jedoch, dass das Unbehagen unbegründet war. Niemand hat den Richtwert für den Mitgliedsbeitrag unterboten, sehr viele haben aber mehr eingetragen als 18 Euro für Einzelmitglieder pro Jahr.

Ich bin erleichtert, als sich kurz vor 16 Uhr viele Menschen in den Saal drängen. Viele Familien sind da, haben ihre Kinder mitgebracht. Die schaffen sich ihr eigenes kleines Reich im Nebenraum. Spiele sind

Die Bierrunde ist eines der wichtigsten Elemente einer Solawi. 60 Euro pro Anteil ist für viele die Obergrenze. 46 Anteile sind perfekt, um zu starten.

Rücklagen? Gibt es einen Finanzpuffer? Wie gut bzw. wie fair wird der Gärtner bezahlt? Das Konsensmodell steht auch als Empfehlung in unserer Satzung: Abstimmungen mit einfachen Mehrheiten wird es also nicht geben.

Im Vorstand waren wir uns aber nicht immer einig. Ich erinnere mich an die Diskussion, ob wir den Mitgliedsbeitrag festlegen oder einen Richtwert vorgeben, bei dem dann jeder für sich entscheiden

aufgebaut, auch „Lotti Karotti“, bei dem Hasen hüpfenden Karotten nachjagen – wie passend!

Rückbesinnung auf naturnahe Landwirtschaft

Wir beginnen fast pünktlich. Iris Müller vom Vorstand hat einen Einstiegstext vorbereitet. Er handelt von der Rückbesinnung des Menschen zur Natur, stellt die moderne industrielle Landwirtschaft infrage. Auch wir wollen mit unserer Solawi

Anstöße geben, ein positives Signal senden. Das frühe Frühjahr 2020 ist geprägt von Diskussionen um industriell hergestellte Nahrungsmittel, unzufriedene demonstrierende Landwirte, die unter dem Preisdiktat von Konzernen leiden, und um Bio-Gurken, die in Plastikfolien eingepackt sind. Wir wollen eine Alternative aufzeigen. Die Vorstellung

für gewöhnlich nicht vor so vielen Menschen, sondern vor allem mit Pflanzen“, sagt er und hat die Lacher auf seiner Seite. Tatsächlich ist er ein zurückhaltender Mensch, der neben der Solawi noch auf dem elterlichen Hof hilft, den seine Schwester übernommen hat. Er zeigt auf einem Schaubild, welches Gemüse angebaut und in welchen Monaten

den Abholraum, bis hin zur Frage, ob wir vom Vorstand das alles ehrenamtlich machen – Antwort: Ja!

Wie viele machen mit? Wie hoch ist der Richtpreis?

Die wichtigste Frage von uns an die Interessenten lautet: Wer möchte mitmachen und wie viele Anteile haben? Viele Hände gehen in die Höhe. Wir zählen und kommen auf 46. Ich freue mich und bin erleichtert, haben wir doch bei 40 Anteilen eine magische Untergrenze erdacht. Schließlich sind die Fixkosten durch die Lohn- und Lohnnebenkosten so hoch – bei einer halben Gärtnerstelle rund 1.800 Euro/Monat brutto, d.h. 1.000 Euro/Monat netto –, sodass es so viele Unterstützerinnen und Unterstützer braucht, damit der monatliche Anteil nicht zu teuer wird. 60 Euro pro Anteil ist für viele Menschen die Obergrenze.

46 Anteile sind perfekt, um zu starten. Wir erhöhen zusätzlich um 3 weitere Anteile, um Nachzüglern die Möglichkeit zu geben mitzumachen, und errechnen einen

Es braucht das alte Wissen über Pflanzen und Anbaumethoden, um Nahrungsmittel in Zukunft regional und naturnah herstellen zu können.

des Prinzips soll auch den „Geist“ dieser solidarischen Methode aufzeigen: Alle, die heute da sind, sind Pioniere, die eine alternative Wirtschafts- und Anbauform etablieren können.

Dann stellt sich unser Gärtner vor. Reinhold ist ausgebildeter Landwirtschaftsmeister und im elterlichen bäuerlichen Betrieb aufgewachsen. Erfahrungen im Gemüsebau konnte er sich bei der Solawi in Heidelberg aneignen. „Ich spreche

es reif sein wird und geerntet werden kann. Auch an Lagergemüse ist gedacht – Kartoffeln, Karotten und Pastinaken –, sodass ein gesamtes Erntejahr abgedeckt werden kann.

Es gibt viele Fragen, angefangen von der Größe des Anteils und für wie viele Personen das reicht – die Frage, die die meisten Menschen interessiert, aber nur ungefähr beantwortet werden kann, weil sich jeder ganz individuell ernährt –, über Naturschutz auf dem Acker,



Rund 50 Interessierte erschienen zur ersten Bierrunde der neu gegründeten Solawi und ermöglichten schließlich deren Start.

ONLINETIPPS

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft
www.solidarische-landwirtschaft.org

Bundeszentrum für Ernährung
Solidarische Landwirtschaft
www.t1p.de/5dzz

Rüdiger Sinn
SoLaWi-Sigmaringen
www.solawi-sigmaringen.de

Richtpreis: 49,36 Euro spuckt der Taschenrechner aus. Mit diesem Durchschnittsbetrag gehen wir nun ins tatsächliche Bieterverfahren.

Nach einer Pause, bei der die Mitgliedsanträge verteilt und ausgefüllt werden, geht es los. Alle müssen pro Anteil einen Zettel ausfüllen, ihren Namen eintragen und einen Betrag, den sie selbst bestimmen. Hier können nun diejenigen, die weniger Geld zur Verfügung haben, einen niedrigeren Betrag angeben, andere, die mehr zahlen können, einen höheren – einer der wichtigsten solidarischen Aspekte der Bieterrunde. „Ich habe gerade meine Arbeitszeit im Job reduziert, weil wir Nachwuchs bekommen haben“, erzählt einer der Mitbietenden, der ein fünf Monate altes Mädchen auf dem Arm hält. Genau für solche Fälle ist dieses System prädestiniert.

Im ersten Durchgang das gewünschte Ergebnis

Erreichen wir im ersten Durchgang den Richtwert? Es bleibt spannend. Die Pause nutzen die zukünftigen „Prosumenten“ – eine Wortschöpfung aus „Produzent“ und „Konsument“ –, um sich am Kuchenbüfett zu stärken. Beim Zusammenrechnen kommen wir auf eine monat-

liche Summe, die wir durch 49, also die Anzahl der Anteile, teilen. Und bekommen ein Ergebnis, das uns freut: 49,93 Euro zeigt das Display des Rechners an. Wir haben schon im ersten Durchgang der Bieterunde den anvisierten Betrag geschafft.

Ein warm-wohliges Gefühl durchströmt mich, es ist vollbracht! Die Geburtsstunde der Solawi wird von Applaus begleitet. „Wir alle haben das gemeinsam geschafft und können uns beglückwünschen“, sage ich nach der Bekanntgabe des Ergebnisses und blicke in zufriedene Gesichter.

Nicht zu unterschätzen ist, was dann kommt, nämlich der administrative Teil. Wir starten mit knapp 50 Menschen. Der Mitgliedsbeitrag muss eingezogen werden – oder auch nicht, weil die IBAN falsch angegeben ist. Dann gehen Anfang des Monats die regelmäßigen Monatszahlungen ein – oder womöglich nicht, weil vergessen wurde, den Dauerauftrag einzurichten. Diejenigen, die die Kasse verwalten, kommen in den nächsten Wochen ganz schön ins Schwitzen.



Rüdiger Sinn beim Ackerumbruch mit einer alten „Holder“-Fräse, die von Vereinsmitgliedern wieder zum Laufen gebracht wurde.

Mehr Mitglieder bedeutet also auch: mehr Arbeit. Nicht zum ersten Mal denke ich, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer Vereinsstruktur dafür eigentlich nicht geeignet ist. Den Verein haben wir, weil wir in Zukunft Workshops und Vorträge anbieten wollen. Die Gemeinnützigkeit steht allerdings aus. Gärtnern ist sicher systemrelevant – dieses Wort werden wir zukünftig öfter hören –, aber es ist nicht gemeinnützig.

Auf dem Acker

Anfang März tut sich zum ersten Mal etwas auf dem Acker. Der Boden wird mit einer alternativen, wenig CO₂ freisetzenden Methode in Streifen umgebrochen und die ersten Kulturen werden eingesät. Der Vorteil: Weniger Boden liegt frei und das gemähte Gras zwischen den Anbaustreifen kann direkt wieder zum Mulchen als Bodenbedeckung genommen werden. Eine Vorgehensweise, die Gärtner Reinhold favorisiert, um Kohlenstoff in den Boden zu bringen.

Und dann auch noch Corona ...

Corona traf uns Ende März, just als wir die erste Ackerbegehung mit den Mitgliedern planten. Trotz erster Beschränkungen gab es ein Treffen. Die ersten Streifen waren umgebrochen. Die Mitglieder sahen, was es zu tun gab bis Anfang Mai, der geplanten ersten Ernte. Der Abholraum musste erst noch geschaffen, eine Regenwasserversorgung aufgebaut, das Kräuterbeet angelegt werden. Mit dem Online-Tool „Trello“ schufen wir eine Kommunikationsplattform, über die wir kommunizierten. Auf dem Feld konnten wir Abstandsregelungen gut einhalten.

Wo bleibt das Wasser von oben?

Im April und Mai wurde eine kleine Wasserversorgung aufgebaut. Über das Dach unseres Geräteschuppens fließt nun das Wasser über eine selbst gebaute Dachrinne in einen 800-Liter-Tank. Weitere Wasserspeicher sind in Aussicht, unter anderem das ehemalige Silo der Bauernfamilie. Allein das Was-



Das Gelände der Solawi Sigmaringen im April 2020. Alle Mitmachenden teilen sich die Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte.

diskutieren verschiedene Lösungen, zunächst fungiert ein altes Radio mit Zeitschaltuhr als Hasenschreck.

Trotz oder gerade wegen dieser vielfältigen Aufgaben ist die Freude groß, als die erste Ernte in der zweiten Maihälfte kommt: Geerntet werden ein Salatkopf und rund 15 Radieschen. Nicht viel, zumal

gutachtet und sich über eine besonders große Pflanze freut.

Genau das, diese Verbindung von jungen Menschen zum Acker, zum Boden, zu den Pflanzen, ist das, was wir – neben der eigentlichen Ernte mit einer Vollversorgung – mit der Solawi anstreben. Es braucht das alte Wissen über Pflanzen und Anbaumethoden, um Nahrungsmittel in Zukunft regional und naturnah herstellen zu können! ■

Die Verbindung von jungen Menschen zum Acker, zum Boden, zu den Pflanzen, ist das, was wir – neben Ernte und Vollversorgung – anstreben.

ser von oben fehlt, um die Tanks aufzufüllen und Regen auf die Felder zu bringen. Große Trockenheit herrscht im April, Anfang Mai regnet es endlich. Die Kartoffeln sind im Boden, die meisten Kulturen entweder gesetzt oder gesät – und es wächst und sprießt überall.

Die Herausforderungen hören aber nicht auf: Kurz bevor die erste Ernte ansteht, bekommen wir von unserem Gärtner ein Bild mit abgefressenen Kohlblättern geschickt. Ein Hase hat sich aufs Feld verirrt und lässt es sich schmecken. Wir

die Mitglieder zwei Monate in Vorleistung gegangen sind, ohne etwas zu bekommen. Im März startete schließlich schon das Erntejahr.

Vereinsmitglied Heike Romer kommt mit ihren Kindern Fanny und Ben zum Abholen auf den Acker. „Wir sind total zufrieden“, sagt sie. Immer wieder waren die drei auf dem Gelände und haben unter anderem geholfen, Rotkohl und Sellerie zu setzen. „Ich bin stolz, dass es funktioniert hat und jetzt so gut wächst“, sagt die neunjährige Fanny, die den Rotkohl be-

Rüdiger Sinn, Jahrgang 1971, erlernte den Schreinerberuf, studierte anschließend Lehramt für Geografie, Deutsch und Technik, arbeitet

als Lehrer und Sozialarbeiter, studierte Medienwissenschaft und arbeitet seither als Journalist, von 2010 bis 2020 als verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „dach+holzbau“. Neben seinem Beruf engagiert er sich in gemeinwohlorientierten Projekten, gründete eine Lebensgemeinschaft mit, coacht Gründungsgruppen und half bei der Gründung von bislang drei Solawi-Projekten.



www.ruedigersinn.wordpress.com

Lebensmittelbranche

Verbrauchersicht und Wirklichkeit

Die Agrar- und Lebensmittelbranche ist in die Kritik geraten und befindet sich derzeit in der Defensive. Aber wovor hat die Branche eigentlich Angst? Gegessen wird schließlich immer. Es geht um die Produktionsstrukturen. Mehr Aufklärung und Transparenz könnten die Verkaufsstrategien vieler Konzerne zerstören und das Konsumverhalten verändern.

von Jens-Eberhard Jahn

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen preiswerte Nahrungsmittel in der Gewissheit konsumieren, dass sie gut sind. Dazu gehört mehr, als dass sie schmecken. Für Fleisch, Milch, Eier aus Intensivtierhaltung wird mit naturnahen, idyllischen Land-

tenen Schweine leben in Beständen mit über 1.000 Tieren.

Politik muss Landwirtschaft gestalten

Erst allmählich dämmert es vielen Menschen, dass die Realität in der Landwirtschaft nicht ihren Ideal-

stand betriebswirtschaftlicher Erwägungen sein. Deren Gestaltung und Regelung sind gesellschaftliche Aufgaben. Sie müssen politisch ausgehandelt werden. Davor hat die Branche Angst. Bleiben die Marktregeln so, wie sie derzeit sind, besteht diese Angst zu Recht.

Zulieferindustrie will Überproduktion

Steigende Nachhaltigkeitsstandards bei der Lebensmittelproduktion durch politische Vorgaben führen bereits jetzt dazu, dass die europäische Agrarwirtschaft am Weltmarkt weniger konkurrenzfähig ist. Da bei Überproduktion und gleichzeitig sinkender bzw. stagnierender Nachfrage in Europa der Export für die Branche von äußerster Bedeutung ist, wehrt sie sich mit Händen und Füßen gegen höhere

Das meiste Geflügel wird in Deutschland in Beständen über 50.000 Tieren gehalten, drei Viertel aller Schweine in Beständen mit über 1.000 Tieren.

schaften und freudigem Vieh Reklame gemacht. Eine Studie hat gezeigt, dass die Begriffe „konventionelle Tierhaltung“ und „moderne Tierhaltung“ im Gegensatz zu „Agrarfabrik“ und „Großbetrieb“ gut abschneiden. Offensichtlich stellen sich die Befragten die moderne Landwirtschaft als bäuerliche Landwirtschaft vor. Die Realität: Seit Jahren übersteigt die Zahl der abhängig Beschäftigten auch die der Selbstständigen in der Landwirtschaft. Dieselbe Studie zeigt auch, dass für die Befragten „Massentierhaltung“ ab ca. 500 Rindern, 1.000 Schweinen und 5.000 Hähnchen beginnt. Die Realität: Das meiste Geflügel wird in Deutschland heute in Beständen über 50.000 Tieren gehalten. Drei Viertel aller in Deutschland gehaltenen

vorstellungen entspricht und bei unverändertem Konsumverhalten einerseits und fortdauerndem wirtschaftlichem Wachstumszwang ihnen andererseits auch nicht entsprechen kann. Sie protestieren. Die Branchenvertretung verliert die Meinungsführerschaft und damit

Kritik an der Landwirtschaft greift zu kurz, wenn die ökonomischen Zwänge der kapitalistischen Wachstumslogik dabei nicht in den Fokus geraten.

an Einfluss auf politische Entscheidungen. Je weniger Vertrauen die Branche aber genießt, desto mehr „Laien“ mischen sich ein. Zu Recht, denn die Erzeugung von Nahrung und die Nutzung natürlicher Ressourcen dürfen nicht allein Gegen-

Tierschutz- und Umweltstandards. Zu Unrecht, wie Reinhild Benning von „Germanwatch“ meint: „Wenn agrar-soziale ökologische Landbauformen sich durchsetzen würden, hätten Agrarbetriebe selbst vermutlich die geringsten



In unserer traditionellen Kulturlandschaft fügt sich die Landwirtschaft harmonisch in die Natur ein.

Probleme damit, denn die Mehrzahl der Betriebe in Deutschland wären umstellungsfähig.“ Gefahr bestünde jedoch für die Chemie- und Düngemittelindustrie, teils für die Landmaschinenindustrie und auf der Verarbeitungsseite bei Unternehmen, die auf einheitliche, sehr große Partien an Schlachttieren und anderen „Rohstoffen“ angewiesen sind.

Dort aber sitzt die Marktmacht. Die Landwirtschaft ist sowohl von industriellen Zulieferketten als auch vom Oligopol des Lebensmittel Einzelhandels abhängig. Und die gesellschaftliche Akzeptanz der EU-Agrarzahlungen sinkt. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind aber auf das EU-Geld angewiesen – auch weil ihnen der Boden nicht gehört, sondern gepachtet ist und ein nicht unwesentlicher Teil dieser Förderungen abgeschöpft wird. Es geht nicht um das Tierwohl aus

Verbrauchersicht allein, sondern um soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeitsziele, die auch in der Landwirtschaft erreicht werden müssen.

Wachstumsorientierung ist Kernproblem

Kritik an der Landwirtschaft greift zu kurz, wenn die ökonomischen Zwänge der kapitalistischen Wachstumslogik dabei nicht in den Fokus geraten. Die Aufgabe öko-demokratischer Politik in Europa ist es daher, dazu beizutragen, den Markt umzugestalten, den Zwang zu Exporten zurückzudrängen und Ernährungssouveränität zu gewährleisten. Lebensmittelpreise müssen die Wahrheit sagen über ökologische und soziale Produktionskosten. Landwirtschaftliche Betriebe müssen in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Kritik aufzugreifen. In den Regionen ist bodengebundene

Landwirtschaft mit innerbetrieblichen und regionalen Kreisläufen zu stärken. Die Politik muss zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Erzeugerinnen und Erzeugern Brücken bauen. Dies kann nur gelingen, wenn wir die Interessen der Agrarindustrie samt den Werbestrategien des Lebensmittel Einzelhandels demaskieren.

Jens-Eberhard Jahn, Jahrgang 1967, studierte Germanistik, Romanistik und Geschichte. Von 2005 bis 2016 war er beruflich in der Agrarpolitik tätig, unter anderem im Deutschen Bundestag. Heute arbeitet er als Lehrer an einer Waldorfschule. Seit 2019 ist er Mitglied im ÖDP-Bundesvorstand.



jens-eberhard.jahn@oedp.de

Marktmechanismen contra Umweltschutz

Zwischen allen Stühlen

Ein Landwirtschaftsbetrieb muss wie jedes Unternehmen ausreichend Gewinn erwirtschaften, um überleben zu können. Dazu muss er mit und nicht gegen die Marktmechanismen arbeiten. Die Spielregeln des Marktes werden von der Agrarpolitik vorgegeben, vor allem von der EU. Da gab es Ende der 1980er-Jahre eine einschneidende Kurskorrektur. Und heute ist wieder eine überfällig.

von Christoph Raabs

Nicht erst im Rahmen der Diskussionen um das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“, welches im vergangenen Jahr unter großer Anteilnahme aus der bayerischen Bevölkerung zum Erfolg geführt werden konnte, wurde deutlich, wie tief die Gräben zwischen Landwirten und Bürgern geworden sind. Die mittlerweile im Schatten der Corona-Pandemie beschlossene Novellierung der Düngeverordnung hat den Ton noch einmal verschärft.

In den Monaten vor der Corona-Pandemie gingen Tausende

Landwirte in die Politik für die Arbeit der Landwirte. Zudem entwerfen sie mit jeder neuen Verordnung fast schon reflexartig Schreckensszenarien, die zumeist

Im Zeitraum von 1981 bis 2019 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland um mehr als zwei Drittel verringert.

damit enden, dass die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger mit Lebensmitteln in Zukunft nicht mehr gesichert sei.

sparungen im Bereich Pflanzenschutz und Kunstdünger sowie signifikante Verbesserungen beim Tierwohl eingefordert. Zudem müsse der Einsatz von Antibio-

tika gegen null gefahren werden. Zahlenmäßig kleine, radikale Tierchutzgruppierungen machen mit Stalleinbrüchen und anschließenden

offenbar erkannt, dass die „Gemeinsame Agrarpolitik der EU“ (GAP) in den vergangenen Jahrzehnten zwar die Versorgung der europäischen Bevölkerung mit billigen und gleichwohl hochwertigen Nahrungsmitteln gesichert hat, andererseits aber

Die wesentliche Ursache dürfte in einer grotesken Entwicklung der Erzeugerpreise liegen, die branchenübergreifend ziemlich einzigartig ist.

zu Belastungen für Mensch und Umwelt führte, die nun nicht länger hingenommen werden können. Und obwohl die Pläne für den „Green Deal“ bisher nur Ziele, nicht aber konkrete Maßnahmen für den Weg dorthin benannt haben, besteht vielleicht jetzt, nach Jahrzehnten relativ großer Hoffnungslosigkeit, Grund zum Optimismus.

Höfesterben

Der Ausblick in die Zukunft muss mit einem Rückblick auf 40 Jahre GAP beginnen. Gerade in Deutschland, aber auch in anderen Län-

Jahre auf 275.000 Anfang 2019. Eine Prognose der DZ-Bank AG aus dem Jahr 2017 geht von nur noch 100.000 Betrieben im Jahr 2040 aus.

Sollte diese Vorhersage tatsächlich eintreffen, reicht der Begriff „Strukturwandel“ für die dann ein-

getretene Katastrophe bei Weitem nicht aus. In den meisten Dörfern gäbe es schlichtweg keine Bauernhöfe mehr. Wenige Großbetriebe mit einer hohen Anzahl abhängig Beschäftigter würden Hunderte Hektar Land bewirtschaften. Vom „freien Landwirt auf eigener Scholle“ bliebe ein Mythos aus vergangenen Zeiten übrig, der Kulturbruch im ländlichen Raum wäre endgültig vollendet.

Wie kann es aber sein, dass so viele Bauern ihre Höfe aufgegeben haben und zukünftig noch aufgeben müssten, sollte sich an der

„Wachsen oder Weichen“ predigen können, ohne dass es nennenswerten Widerstand aus den landwirtschaftlichen Familienbetrieben gegeben hätte? Was trieb die Landwirte dazu, immer mehr Land zu bearbeiten, mit immer größeren Maschinen, immer größeren Mengen an Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln, immer größeren Viehställen, immer höherer Arbeitsbelastung?

Die wesentliche Ursache dafür dürfte in einer grotesken Entwicklung der Erzeugerpreise liegen, die – streng den Gesetzen des Marktes folgend – branchenübergreifend ziemlich einzigartig dasteht und die es sich lohnt, näher zu analysieren.

Überproduktion

Vielen Menschen mittleren Alters werden die Begriffe „Milchsee“ und „Butterberg“ aus den 1970er- und 1980er-Jahren bekannt vorkommen. Bis in die 1980er-Jahre hinein garantierte die GAP den europäischen Landwirten einen Mindestpreis für deren Erzeugnisse. Dieser Erzeugerpreis konnte nicht unterschritten werden, egal, wie

Landwirte auf die Straße. Landwirtschaftliche Berufsorganisationen, allen voran der Deutsche Bauernverband (DBV) und die neue Bauerninitiative „Land schafft Verbindung“ (LsV), beklagen sich über eine scheinbar mangelnde Wert-

Auf der anderen Seite werden Umweltverbände nicht müde, auf die Klimawirksamkeit von Ackerbau und Viehzucht hinzuweisen. Von den konventionell wirtschaftenden Bauern werden in immer kürzeren Abständen weitere Ein-

den Filmaufnahmen von sich reden.

In dieser Gemengelage hat die EU-Kommission unlängst mit einem Plan für einen Umbau der europäischen Landwirtschaft aufgehörtchen lassen. Man hat in Brüssel

den der „alten“ EU sind die Fakten erschreckend. Im Zeitraum von 1981 bis 2019 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland um mehr als zwei Drittel verringert: von über 800.000 Bauernhöfen zu Beginn der 1980er-

Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte nichts ändern? Warum hat ein vielstimmiger Chor aus Deutschem Bauernverband, agrochemischer Industrie, Einzelhandelskonzernen und Politikern fast aller Parteien jahrzehntelang das Mantra vom

gut oder schlecht die Ernte ausgefallen war, und egal, wie viel Milch, Fleisch oder Gemüse auf den Markt gebracht wurde. Der marktwirtschaftliche Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage war faktisch außer Kraft gesetzt.

Jeder Bauer konnte mit dem garantierten Mindestpreis für seine Produkte kalkulieren und jeder zusätzlich erzeugte Liter Milch oder Zentner Getreide erhöhte den Betriebsgewinn. Der Absatz war garantiert, denn fast alles, was der Markt vor allem seit Beginn der 1970er-Jahre nicht mehr aufnehmen konnte, weil die Nachfrage hinter dem Angebot zurückblieb, wurde in sogenannte Interventionslager verkauft. Diese wuchsen über die Jahre kontinuierlich an. Um wieder Platz schaffen zu können, wurden regelmäßig Tausende Tonnen Milch oder Tomaten ins Meer gekippt und Weizen verbrannt.

Der Anreiz für die Bauern, immer mehr zu produzieren, war latent vorhanden, allerdings nicht

Die Interventionspreise und Interventionsmengen wurden schrittweise reduziert. Am Ende waren die dort aufgerufenen Preise nicht mehr kostendeckend.

Der Effekt war durchschlagend, allerdings nicht so, wie manche sich das erhofft hätten. Da die Nachfrage nach Lebensmitteln über die Jahre hinweg bei nahezu gleichbleibender Bevölkerungszahl relativ stabil blieb, die deutschen Landwirte aber seit vielen Jahren mehr produziert hatten, als der Markt aufnehmen konnte, gingen die Erzeugerpreise zunächst zurück und stagnierten in der Folgezeit. Die Preise für fast alle anderen Produkte und Leistungen hingegen folgten den allgemeinen Preissteigerungen. Somit trafen stagnieren-

u.a. dazu führte, dass billige Lebensmittel nach Asien und Afrika geliefert wurden und bis heute werden, was zur Zerstörung der dortigen Strukturen beitrug.

Am Ende aber schlug die Mehrzahl der Landwirte einen Weg ein, den man im Nachhinein als „Pakt mit dem Teufel“ bezeichnen muss und den ein Begriff umfassend beschreibt: Effizienzsteigerung. Alle Anstrengungen richteten sich nun darauf aus, auf gleicher Fläche mehr zu produzieren, aus gleicher Kuhzahl mehr Milch zu erzeugen, aus gleicher Hühnerzahl mehr Eier herauszuholen, in kürzerer Zeit schwerere Schweine zu produzieren und – nicht zu vergessen! – mit der gleichen Zahl an Arbeitskräften mehr Land und mehr Vieh zu bewirtschaften.

Die verhängnisvolle Spirale war in Gang gesetzt, das Karussell begann sich zu drehen, immer schneller, und seither fliegen immer mehr Landwirte aus der Kurve, denn bei Weitem nicht alle waren zu diesem Wettlauf mit der Natur und mit den eigenen Kräften bereit oder langfristig dazu in der Lage. Die Bilanz, die heute gezogen werden muss, ist eindrucksvoll.

Laut Angaben des Statistischen Bundesamts bewegten sich die Erzeugerpreise, also z. B. der Preis, den

nen sind heute sehr viel teurer als damals. Ein durchschnittlicher Mittelklasse-Traktor war 1980 für 40.000 Mark zu haben, heute kos-

Durch technischen Fortschritt kann ein Landwirt heute nicht nur 30 Kühe betreuen, sondern 130. Und diese liefern pro Kopf doppelt so viel Milch.

tet er 130.000 Euro. Stallneubauten für 60 Milchkühe beliefen sich vor 40 Jahren auf 200.000 Mark, heute für 100 Milchkühe inklusive technischer Ausstattung auf 1,5 Mio. Euro.

Warum ist dieses Missverhältnis aus Einnahmen und Ausgaben nicht längst in sich zusammengebrochen? Das Zauberwort ist oben bereits genannt: Effizienz. Dies funktioniert in der Industrie, wo heute ein VW-Arbeiter in Wolfsburg dank Automatisierung 5-mal so effizient Autos produzieren kann wie 1980 und dafür den 3-fachen Lohn erhält. Eine schöne Win-win-Situation! Auch beim Landwirt klappt das wunderbar: Durch technischen Fortschritt kann er heute nicht mehr nur 30 Kühe betreuen, sondern 130. Diese liefern pro Kopf doppelt so viel Milch wie früher – und schon geht die Rechnung wieder auf: Achtmal mehr Milch bei achtmal höheren Produktionskosten ergeben unterm Strich die „Schwarze Null“.

Nach 35 Jahren Berufsleben ist die Gesundheit aber oft ruiniert: kaputte Knie, Hüften, Lungen. In letzter Zeit häufiger auch der Schein für die Psychiatrie. Und fürs Vieh die Extraportion Soja aus Brasilien, für den Acker die 4-fache Gülle aus dem Stall plus Mineraldünger aus Russland und für den Bayer-Konzern einen schönen Absatz beim Spritzmittel. Für die Umweltschützer hingegen tiefe Sorgenfalten beim

Blick aufs Grundwasser und über die ausgeräumten einheitsgrünen Wiesen, wo kein Gras mehr blühen darf, weil der Bauer die Futtermen-

ge braucht, für die vielen Kühe, und die Gülle nur auf kurz Gemähtes gefahren werden kann und nicht ins hohe Gras.

Green Deal

Nun verlangt die Düngeverordnung zu Recht, der Nitratwert im Boden müsse runter, weil wir sauberes Grundwasser brauchen, jetzt und

die ganze Gesellschaft einsehen müssen, dass Effektivität ab einem gewissen Zeitpunkt tödliche Kraft entfaltet, mechanistisch und kalt zum Selbstzweck wird und in ihrer Gnadenlosigkeit alles abräumt, was ihr im Weg steht zur höchsten Vollendung. Die Folgen effektiver Landwirtschaft können wir heute schon erleben, die Folgen effektiver Industrie- und Handelspolitik lassen sich immerhin bereits erahnen.

Wann werden Landwirte und Nicht-Landwirte begreifen, dass sie in einem Boot sitzen, welches weiter Richtung Abgrund treibt, wenn nicht alle in die gleiche, richtige Richtung rudern? Wer kräftig rudern will, braucht unter anderem einen bequemen, stabilen Sitzplatz.

Sinkende Einkommen trafen auf steigende Produktionskosten. Am Ende schlug die Mehrzahl der Landwirte den Weg „Effizienzsteigerung“ ein.

auch übermorgen noch, und so soll der Bauer weniger Gülle fahren. Dann muss er 20 % Kühe schlachten und ihm fehlen zukünftig 20 % Milch und damit 20 % Einkommen. Der Stall ist aber erst in 20 Jahren abbezahlt. Hand aufs Herz, liebe Nicht-Landwirte unter den Leserinnen und Lesern: Bekämen Sie da nicht auch ein klein wenig Panik?

Vielleicht haben Sie jetzt verstanden, wo das Problem liegt und wer an der unbefriedigenden Gesamtsituation die Schuld trägt. Wir alle, unsere neoliberalen, markthörigen Wirtschaftsweisen, haben den Bogen überspannt, die Schraube überdreht, den Krug zu lange ins Wasser gelassen.

Wenn der „Green Deal“ eine Chance bekommen soll, dann wird

Landwirte sitzen derzeit zwischen allen Stühlen und können daher nicht mit uns rudern. Es würde sich lohnen, sie an unsere Seite zu holen, ihnen höflich einen Platz neben uns anzubieten und ein Ruder in die Hand zu drücken.

Die ausufernd spektakulären Lebensmittel-Vernichtungsaktionen bewogen die EU in den 1980er-Jahren zu einer neuen GAP-Strategie.

existenziell, denn der garantierte Mindestpreis führte zu einem kalkulierbar sicheren Mindesteinkommen für jeden Betrieb. Die immer wieder neu festgelegten Obergrenzen für verschiedene Produkte – z. B. die Milchquote – wirkten nicht ausreichend dämpfend auf die steigende Überproduktion, sodass sich gegen die ausufernd spektakulären Lebensmittel-Vernichtungsaktionen zunehmend Widerstand aus der Bevölkerung regte.

Effizienzsteigerung

Dies bewog die EU schließlich in den 1980er-Jahren zu einer neuen GAP-Strategie: Dem neoliberalen Zeitgeist folgend, sollten zunehmend Mechanismen des freien Marktes die Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen bremsen.

de oder sinkende Einkommen der Landwirte auf steigende Produktionskosten.

Diverse Auswege aus diesem Dilemma wurden geprüft und beschritten, zum einen mit dem Ziel, das Angebot zu reduzieren, zum anderen mit dem Versuch, neue Ab-

Dem neoliberalen Zeitgeist folgend, sollten Mechanismen des freien Marktes die Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen bremsen.

satzmöglichkeiten zu finden, also die Nachfrageseite zu stärken. So gab es einige Jahre lang Flächenstilllegungsprämien für Landwirte, die einen Teil ihrer Äcker nicht mehr bestellten. Zusätzlich wurden Exportsubventionen ausgelobt, was

ein Landwirt von seiner Molkelei für einen Liter gelieferte Milch erhält, im Jahr 2019 in etwa auf dem Niveau des Jahres 1981. Damals erlöste ein Liter Milch rund 70 Pfennige, heute etwa 35 Cent. Doch die notwendigen Investitio-

Christoph Raabs
Jahrgang 1972, ist beruflich seit 1998 in der Landwirtschaftsbranche als selbstständiger Landmaschinenme-



chaniker-Meister und als Futterberater tätig. 2001 trat er der ÖDP bei, ist seit 2008 Kreisrat im Landkreis Coburg, seit 2014 Mitglied im ÖDP-Bundesvorstand und seit 2018 ÖDP-Bundesvorsitzender.

christoph.raabs@oedp.de

Forstwirtschaft

„Wir müssen Tempo und Qualität des Waldumbaus deutlich erhöhen“

Unsere Wälder sind Kulturwälder. In der Forstwirtschaft muss mehrere Jahrzehnte in die Zukunft gedacht werden. Vor allem heute, da die Klimaerwärmung die Lebensbedingungen unserer Bäume verändert. Es muss mit Weitblick dafür gesorgt werden, dass unsere Wälder nicht kollabieren und auch künftige Generationen den Rohstoff Holz ernten und nutzen können. Aber wie?

Interview mit Erwin Engeßer

ÖkologiePolitik: Herr Engeßer, brauchen wir eine „Forstwende“?

Erwin Engeßer: Ja und nein. Nein, weil eine „Forstwende“ im Sinne eines „weg von den Monokulturen“ schon lange praktiziert wird. In Bayern seit Ende des 19. Jahrhunderts. Großen Einfluss hatten hier die Lehre und das Buch des Münchner Waldbauprofessors Karl Gayer vom „gemischten Walde“. In der Nachkriegszeit setzte man zwar aus der Not heraus wieder im großen Stil auf die Fichte, aber an den forstlichen Fakultäten und Forstschulen wurde weiterhin der „gemischte Wald“ gelehrt. Während die Landwirtschaft durch Flurbereinigung, Pestizide, Kunstdünger und ausgefeilte Maschinenteknik rein auf Effizienz ausgerichtet wurde, enorme Erträge erwirtschaftete, Feldflur und Boden aber biologisch und ökologisch degradierte, passt im Wald – trotz der vielen fichtenreichen Bestände – die ökologische Seite noch ganz gut. In den 1980er-Jahren wirkten der Saure Regen und das sogenannte „Waldsterben“ in der Forstwirtschaft wie ein Katalysator für die weitere Ökologisierung des Waldes: Neben der Mischung

wurde der Wald auch durch gezielte Anreicherung und Integration mit Naturschutzelementen – z.B. Biotopbäume, liegendes und stehendes Totholz – ökologisch verbessert und sein Boden humusreicher. Auf der überwiegenden Fläche in Deutsch-

teter Zukunftswald in Deutschland erhebliche Klimaschutzleistungen erbringen. Jedem, der sich mit dem Thema „nachhaltige Zukunft“ auseinandersetzt, müsste klar sein, dass wir unsere Wirtschaft sehr viel mehr in eine Kreislaufwirtschaft und Bio-

„Eine ‚Forstwende‘ im Sinne eines ‚weg von den Monokulturen‘ wird schon lange praktiziert. In Bayern seit Ende des 19. Jahrhunderts.“

land wird heute eine solch naturnahe Forstwirtschaft praktiziert. Der Wald ist das biologisch intakte Drittel unseres Landes geblieben.

Und warum brauchen wir jetzt dennoch eine Forstwende?

Aufgrund der Klimaerwärmung und auch zum Klimaschutz müssen wir das Tempo und die Qualität des Waldumbaus deutlich erhöhen. Dazu brauchen wir eine Forstwende im Sinne einer viel intensiveren Hinwendung der Gesellschaft und der Entscheidungsträger zum Wirtschafts- und Klimaschutzobjekt Wald. Der Wald ist Hauptbetroffener der Klimaerwärmung. Andererseits kann ein intelligent gestal-

ökonomie umbauen müssen. Und wo sollen die Rohstoffe für eine Bioökonomie herkommen? Hier spielt die Forstwirtschaft eine entscheidende Rolle. Gerade in so einer ressourcen-, energie- und CO₂-intensiven Branche wie der Baubranche ist es wichtig, dass künftig möglichst wenig mit mineralischen und metallischen Baustoffen und möglichst viel mit Holz gebaut wird.

Wie wirkt sich die Klimaerwärmung auf den Wald aus?

2020 erweist sich als das dritte Trockenjahr in Folge. Seit 2016 befindet sich Mitteleuropa in einer Borkenkäferkalamität, die vor allem Fichtenbestände betrifft. In



Erwin Engeßer, Jahrgang 1957, studierte Forstwissenschaften und arbeitete anschließend vier Jahrzehnte lang bis 2019 als Forstbeamter bei der Bayerischen Forstverwaltung und den Bayerischen Staatsforsten, davon 24 Jahre am Forstamt bzw. Forstbetrieb Kelheim, zuletzt als Betriebsleiter. Schwerpunkt seiner Aufgabe war die naturschutzgerechte Waldbewirtschaftung in den Jurawäldern des Naturparks Altmühltal. Seit 1993 ist er Mitglied der ÖDP.

engesser.fam@t-online.de

Deutschland werden die in den letzten 4 Jahren entstandenen Schadflächen auf 240.000 Hektar geschätzt. Diese Flächen sind sehr unterschiedlich mit Naturverjüngung bestockt. Auf einem Großteil dieser Schadflächen sind mindestens Ergänzungspflanzungen notwendig, um einen intakten Zukunftswald zu erhalten. Dies ist aktuell alles andere als einfach, weil die Böden zu trocken und die Schäden durch Wildverbiss zu hoch sind.

Was ist zu tun?

Mittelfristig müssen die 15- bis 50-jährigen Waldbestände mit hohen Fichten- oder Kiefernanteilen, aber auch monostrukturierten Laubholzbeständen klimagerecht gepflegt und durchforstet werden. Eine Daueraufgabe ist der plan-

mäßige Umbau der älteren Reinbestände aller Baumarten in Mischbestände. Diese geregelte Verjüngung zu wertigen und schutzfähigen Mischungen dauert regelmäßig 20 bis 30 Jahre, also eine Menschengeneration. Wertige Waldbestände haben einen hohen Anteil von Bäumen mit Bauholz- bzw. Wertholzer-

„Beim Umbau unserer Wirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie spielt die Forstwirtschaft eine entscheidende Rolle.“

wartung. Typische Bauholzbäume sind Weißtanne, Fichte, Douglasie, Kiefer und Lärche. Wertholzbäume sind vor allem Eiche, Ahorn, Kirsche, Nussbäume und Elsbeere. Während Nadelbäume von selbst ins Bauholz wachsen, ist die Erzielung von wertvollem Laubholz forstlich anspruchsvoll und aufwendig. Schutzfähige Wälder zeichnen sich nicht nur durch eine hohe Baumartenvielfalt, sondern auch durch eine üppige Struktur im Waldaufbau aus: Je mehr Stockwerke im Waldaufbau, desto besser ist der Schutz für Boden, Wasser und Biodiversität.

Ist denn aktuell genügend Holz für verstärkten Holzbau da?

Ja, Deutschland hat die höchsten Holzvorräte in Europa. Dazu ein markanter Vergleich: Schweden hat zwar ungefähr die dreifache Waldfläche Deutschlands, aber insgesamt einen geringeren Holzvorrat in den Wäldern. Vor allem die fichtenreichen Wälder in Bayern und Baden-Württemberg beinhalten enorme Holzvorräte. Holzhändler aus der ganzen Welt sind scharf auf die geraden vollholzigen Fichtenstämme. Japaner und Amerikaner bauen z.B. aus bayerischem Fichtenholz Holzhäu-

ser! Den meisten Deutschen ist gar nicht bewusst, welchen Rohstoffreichtum für den Hausbau wir da aktuell vor unserer Haustüre haben. Allerdings haben Fichtenwälder biologisch keine Zukunft, weil es ihnen zu warm wird. Aufgrund der Borkenkäferschäden ist aktuell zu viel Holz auf dem Markt und in

den nächsten 30 Jahren werden noch große Mengen Fichtenbauholz zur Verfügung stehen. Und deshalb sollte auch die Nachfrage nach Fichtenholz im eigenen Land durch entsprechende klimapolitische Weichenstellungen angekurbt werden. Fichtenwälder in

ONLINETIPPS

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
Gebäude können zu einer globalen CO₂-Senke werden – mit dem Baustoff Holz statt Zement und Stahl
Pressemitteilung, 27.01.2020
www.t1p.de/56aj

Erwin Engeßer
Jurawälder – Vorbild für die Forstwirtschaft
ÖkologiePolitik, 07.10.2019
www.t1p.de/h3kv

Dr. Herbert Borchert, Florian Renner
Holzaufkommen in Bayern unter Berücksichtigung des Waldumbaus
Vortrag, 12.09.2017
www.t1p.de/ij55

Holzhäuser zu verwandeln, wäre ein Super-Konjunkturprogramm für die heimische Volkswirtschaft mit zahlreichen Synergieeffekten.

Sollte das Holz auch zur Erzeugung von Energie genutzt werden?

Die stoffliche Nutzung von Holz muss absolut Vorrang vor der energetischen haben, weil hier die Wertschöpfung und die Klimaschutzeffekte um ein Mehrfaches höher sind. Eigentlich ist Holz zum Verbrennen zu schade. Aber kein Baum ist komplett stofflich nutzbar. Die Förster versuchen eine möglichst hohe Verwertungsquote als Bau- oder Möbelholz hinzubekommen. Im Normalfall werden lediglich schwaches bzw. Gipfelholz und fehlerhafte Stammteile als Brennholz vermarktet. Aktuell ist es ein großes Drama, dass gutes Bauholz aus Borkenkäferanfällen, das ja langfristig viel CO₂ speichern könnte, wegen der überbordenden Schadholzmenge verbrannt werden muss. Beim Nadelholz und der gut gepflegten



Foto: Erwin Engelfer

Rund 70 Jahre alter Fichten-Reinbestand mit hohem Bauholzvorrat, aber biologisch nicht zukunftsfähig, da Monokulturen zu instabil und die Klimaerwärmung Fichten schwächt

hier von Natur aus dominierenden Buchenwälder waren von den früheren Generationen mit Bauholz- und Wertholzbäumen angereichert worden. 15 Baumarten gibt es hier –

Worauf ist beim Waldumbau künftig vor allem zu achten?

Das tragende Fundament müssen Baumarten sein, die der Klimaerwärmung gewachsen sind. Nur gemischte Wälder, die aus mindestens 4 bis 6 überwiegend heimischen Hauptbaumarten bestehen, sind stabil, risikoarm und zukunftsfähig. Da für den Klimaschutz das Bauen mit Holz sehr wichtig ist, brauchen wir Baumartenmischungen, die möglichst viel Bauholz produzieren. In Deutschland sind aufgrund der Flä-

eine Kombination aus Heimatbäumen wie Buche, Eiche, Weißtanne und Edellaubbäumen sowie aus Bauholzbäumen wie Fichte, Kiefer, Weißtanne, Lärche und Eiche. Der Baumarten-Mix zeugt von einer hohen Intelligenz früherer Generationen. Während in reinen Buchenwäldern auf mittleren Jurastandorten pro Hektar und Jahr 6–7 m³ Holz zuwachsen, wachsen im „angereicherten“ Jurawald 9–12 m³ Holz zu. Die Mischkultur und das Wachstum in den verschiedenen „Wald-Stockwerken“ ermöglichen diesen Mehrzuwachs.

BUCHTIPP

Dr. Ulrich Sauter
Generationenvertrag Wald
Verantwortung und Leidenschaft
Kunstverlag Schweineberg, März 2020
196 Seiten, 29,00 Euro
978-3-943431-09-4



„Nur gemischte Wälder aus mindestens 4 bis 6 überwiegend heimischen Hauptbaumarten sind stabil, risikoarm und zukunftsfähig.“

Eiche ist der Bauholz- und Wertholzanteil mit 60–80% sehr hoch, bei der Buche dagegen mit 10–20% sehr gering.

Wie sieht der ideale Wald aus?

Den idealen Wald gibt es nicht. Das hängt immer vom Standort und eben auch von den klimatischen Bedingungen, vor allem von den Niederschlägen, ab. Und da ändert sich ja gerade sehr viel und das sehr schnell. Ich war beruflich als Forstamtsleiter für die Jurawälder des Altmühltals zuständig – und die sind von der Mischung und Struktur durchaus vorbildlich. Die



Foto: Erwin Engelfer

Rund 100 Jahre alter Buchenbestand, angereichert mit Lärche, Weißtanne und Fichte, mit hohem Wertholz- und Bauholzanteil sowie hoher biologischer Wertigkeit und Stabilität

chenknappheit großflächige Erstaufforstungen zwar nicht mehr möglich, doch sehr gut möglich ist eine großflächige Erhöhung der Holzvorräte durch eine intelligentere Baumarten-Zusammensetzung. Die ausgeklügelte Mischung der Jurawälder kann hier wegweisend sein.

Und die Fichte wird verschwinden?

Ein Fichten-Anteil von 40%, wie wir ihn heute haben, wird es künftig sicherlich nicht mehr geben. Die Fichte kommt natürlich im Gebirge vor und ist eher an kühlere Klimate angepasst. Mit der prognostizierten Klimaerwärmung von 1,5–3,0 Grad kommt sie nicht annähernd zu recht. Lediglich in nord-exponierten Lagen oder in kalten Mulden wird sie sich im Flachland noch halten können.

Welche Baumarten können die Fichte als Bauholz ersetzen?

Die heimische Weißtanne eignet sich hierfür gut und sollte künftig wieder einen wesentlich höheren Anteil erhalten, außerdem die

ursprünglich aus Nordamerika stammende Douglasie. Sie ist vom Wachstum her unseren heimischen Baumarten überlegen. Sie kommt mit höheren Temperaturen zu recht und produziert viel Bau- und Wertholz. Ihre guten Wuchseigenschaften entfaltet sie vor allem in Kombination mit der Buche. Als

„Die Buche – genauer: die Rotbuche – ist aus biologischer Sicht die wichtigste Baumart. Sie trägt die heimische Biodiversität.“

fremdländische Baumart sollte ihr Anteil allerdings nicht über 20% betragen. Und je nach Standort und Lage sollten zusätzlich Lärche, Kiefer und Schwarzkiefer als Bauholzproduzenten beteiligt werden. Optimiert wird die Oberschicht des Waldes mit möglichst viel Eiche und Edellaubbäumen. Forstwissenschaftler testen auch schon weitere Baumarten aus wärmeren Regionen wie Zedern, Baumhasel und Esskas-

tanie. Generell ist aber ganz wichtig, dass die Wälder mit möglichst viel Buche unterfüttert sind.

Warum ist die Buche so wichtig? Und wird sie der Klimaerwärmung standhalten können?

Die Buche – genauer: die Rotbuche – ist aus rein biologischer Sicht die wichtigste Baumart in Deutschland. Sie trägt die heimische Biodiversität. Von den Vegetationskundlern wissen wir, dass von Natur aus 90% der Fläche in unserem Land mit Buchenwäldern bedeckt wären. Die Buche kommt mit einem Temperaturanstieg von 2 Grad noch gut zurecht. Sie wird als „Mutter des Waldes“ bezeichnet, weil sie als Schattbaumart den Waldboden in mehreren „Schutzhüllen“ übereinander bedecken kann und so auch für optimalen Wasserschutz sorgt. Unsere Vorfahren haben erkannt, dass die Buche auch die ideale Eigenschaft hat, die Stämme von beiegepflanzten Nutzholzbäumen durch die Beschattung mehr oder weniger – je nach Baumart – astrein zu machen. 2019 wurde öfter von Hitzeschäden auch in reinen Buchenwäldern wie z.B. im Buchen-

nationalpark Hainich in Thüringen berichtet. Auch für Buchenreinbestände gilt, dass sie anfälliger sind als Mischbestände. Die Anreicherung von reinen Buchen-Verjüngungen mit Bauholz- und Wertholzbäumen ist daher nicht nur von der Nutzungsseite her vorteilhaft, sondern auch sehr wichtig für die Klimastabilität dieser Waldbestände.

Herr Engelfer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Umweltethik, Architektur & Städtebau

„Wie wollen wir das Zusammen-Leben gestalten?“

Von unserer gebauten Umwelt hängt in hohem Maße ab, ob wir uns wohl oder unwohl fühlen. Sie drückt unser Selbstverständnis aus – und prägt uns. Das Bauen gehört allerdings auch zu den größten Ressourcenverbrauchern und Müllerzeugern. Deshalb ist es wichtig, sowohl gemeinwohlorientierte als auch umweltgerechte Konzepte zu entwickeln. Und politisch einzufordern.

Interview mit Dr. Martin Düchs

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Düchs, warum haben Sie Ihr Architekturbüro „Blockrandbebauung“ genannt?

Dr. Martin Düchs: Das hat einen architektonischen und einen metaphorischen Grund. Zum einen halte ich die städtebauliche Form, die der Begriff bezeichnet, für sehr gut, um eine dichte, urbane und nicht zuletzt ökologisch sinnvolle Bebauung mit einer Differenzierung von öffentlichen, privaten und semi-privaten Räumen zu erzielen. Zum anderen kann man sich die Architektur und die Philosophie wie zwei große Blocks vorstellen, die relativ unvermittelt nebeneinander stehen, und indem ich Architektur-Philosophie betreibe, bewege ich mich gleichsam an deren Rändern. Abgesehen von diesen beiden Gründen finde ich aber auch, dass der Begriff eine spröde Schönheit ausstrahlt.

Was hat Sie bewogen, neben dem Architekturstudium auch noch Philosophie zu studieren?

Ehrlich gesagt war der erste Beweggrund einfach Langeweile. Ich habe zunächst mit dem Architekturstudium angefangen und da muss man oft nächtelang Pläne zeichnen und Modelle basteln. Nachdem ich dann einmal eine Nacht lang

nur Schraffuren gezeichnet hatte, habe ich gemerkt, dass ich zusätzlich noch etwas „komplett anderes“ machen muss, um nicht wahnsinnig zu werden. Deswegen habe ich auch ein Philosophiestudium angefangen, zunächst aber nur zum Spaß. Ich habe dann aber schnell gemerkt, dass es doch überraschend viele Gemeinsamkeiten mit der Ar-

chitektur gibt. Auf einer grundlegenden Ebene müssen Architekten sich nämlich mit Fragen beschäftigen, die letztlich philosophische sind: Was ist Schönheit? Was ist das gute Leben? Wie wollen wir das Zusammen-Leben gestalten? Was ist der moralisch richtige Umgang mit dem unvermeidlichen Verbrauch von natürlichen Ressourcen? Und letztlich muss sich auch ein Architekt mit der Frage beschäftigen, die, zumindest gemäß Kant, die philosophische Frage schlechthin ist, nämlich: Was ist der Mensch? Jedes Gebäude ist also eine praktisch gegebene Antwort auf eine Vielzahl

philosophischer Fragen. Diesen Zusammenhang finde ich nach wie vor faszinierend und er wird immer noch zu wenig „ausbuchstabiert“.

Wie sehen Sie die Umweltethik aus der Perspektive des Architekten?

Die Umweltethik ist das, was ich eine „interessierte Disziplin“ nenne. Die Protagonisten möchten rationa-

„Was ist Schönheit? Was das gute Leben? Was der Mensch? Jedes Gebäude ist eine Antwort auf eine Vielzahl philosophischer Fragen.“

le und intersubjektiv vermittelbare Gründe für den moralisch richtigen Umgang mit der Natur entwickeln, wobei die Hauptmotivation eben ist, die Naturzerstörung zu beenden. Für sich genommen ist das aller Ehren wert und auch wichtig und notwendig. Das Problem ist allerdings, dass „Umwelt“ in der „Umweltethik“ normalerweise als „Natur“ und vielfach noch enger als eine vom Menschen unberührte Natur verstanden wird. Durch diese Akzentuierung hat sich eine gewisse „Schlagseite“ in der Umweltethik ergeben, nach der – überspitzt und vereinfacht gesagt – Wildnis

gut und alles, was vom Menschen kommt, per se zumindest problematisch ist. Das gilt dann natürlich auch für die Gestaltung von Städten, Dörfern, aber auch von Kulturlandschaften: Alles das ist prinzipiell moralisch problematisch, weil hier in der ein oder anderen Weise in die Natur eingegriffen wird. Demgegenüber plädiere ich für ein Verständnis von Umweltethik, in dem Umwelt als das Um-uns-herum-Seiende begriffen wird, zu dem eben auch Gebäude und Brücken und Felder usw. gehören. Die Auf-



Dr. Martin Düchs, Jahrgang 1977, studierte Architektur und Philosophie, arbeitete anschließend als Architekt und verfasste eine Dissertation über „Architektur und Ethik“. Von 2008 bis 2014 betrieb er ein eigenes Architekturbüro. Seit 2014 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem Philosophielehrstuhl der Universität Bamberg, wo er Anfang 2020 seine Habilitation zum Thema „Menschliche Architektur“ einreichte. 2011 erschien sein Buch „Architektur für ein gutes Leben“, 2019 seine „50+1 Architektonische Gewissensfragen“. 2018 trat er der ÖDP bei, seit 2020 ist er Mitglied im Bezirksausschuss von München-Bogenhausen.

martin@1zu1.org

gabe der Umweltethik ist dann, die Frage nach einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Um-uns-herum-Seienden zu diskutieren. In diesem Verständnis ist dann z. B. die Renovierung einer U-Bahn-Station auch eine Frage der Umweltethik. Es gibt eine Reihe von Gründen, die für ein solches Verständnis von Umweltethik sprechen, die ich hier nicht alle aufzählen kann. Ein wichtiger Grund aber ist, dass wir

ständig zusammenhängen. Hinsichtlich der Natur hat der australische Architekt Glenn Murcutt seine Maxime in ein schönes Bild gefasst: „to touch the earth lightly“. Darum sollte es aus Sicht der Umweltethik in der Architektur gehen: die Erde nur sanft berühren, den ökologischen Fußabdruck, den unser Bauen verursacht, so klein wie möglich machen. Die Probleme fangen allerdings bei der Umsetzung

„In der Architektur muss es darum gehen, gutes Leben, das nicht im materiellen Sinn als Luxus verstanden werden darf, zu ermöglichen.“

„In der Architektur muss es darum gehen, gutes Leben, das nicht im materiellen Sinn als Luxus verstanden werden darf, zu ermöglichen.“

Menschen uns nicht als etwas der Natur Gegenüberstelltes, sondern als Teil der Natur begreifen sollten. Verkürzt gesagt gibt uns das das Recht, uns in der Natur einzurichten, gleichzeitig sind wir als moralische und vernunftbegabte Wesen aber verpflichtet, andere Teile der Natur zu achten und die „Einrichtung in der Welt“ auf eine Weise vorzunehmen, die die Möglichkeit eines dauerhaften Lebens auf der Erde nicht gefährdet.

Wie sehen Sie Architektur und Städtebau aus der Perspektive des Umweltethikers?

Sowohl Architektur als auch Städtebau sind von zentraler Bedeutung für die Umweltethik. Zwei

dieser Maxime an, denn man muss sich darüber unterhalten, was sie bedeutet. Was ist nachhaltige Architektur und was ist im Städtebau ökologisch sinnvoll? Der andere Aspekt ist der Einfluss von Architektur auf den Menschen. Kompliziert gesagt: Architektur ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung der Möglichkeit eines guten Lebens im philosophischen Sinn. Eine Um-Welt aus Architektur sowie gestalteter und ungestalteter Natur kann im Idealfall eine Heimat sein, die den Menschen „wohnen“ lässt, wobei dieser Begriff mit Martin Heidegger eine dem-Menschen-als-Menschen gemäße Weise, in dieser Welt zu sein, bedeutet. Das klingt komplizierter als es ist: Jeder und jede kennt vermutlich bestimmte Um-Welten, in denen er bzw. sie sich einfach wohl und daheim fühlt. Die meisten die-

„Die autogerechte Stadt ist eine absurde Idee. Der Mensch ist Fußgänger. Und entsprechend sollte sein näheres Umfeld ausgerichtet sein.“

Aspekte würde ich dabei in einer ersten Näherung unterscheiden: den Einfluss auf den Menschen und den auf die außermenschliche Natur, wobei beide Aspekte selbstver-

steht.



Die klassische Blockrandbebauung sorgt für einen niedrigen Pro-Kopf-Verbrauch an Bodenfläche, kurze Wege und eine gute Gliederung in öffentliche, gemeinschaftliche und private Räume.

ser Um-Welten sind gebaute oder gestaltete Um-Welten. Tatsächlich ist der Mensch schon für sein mittelfristiges Überleben darauf angewiesen, sich eine lebensfreundliche Um-Welt zu gestalten: Und erst recht gilt das für das gute Leben. Aus Sicht der Umweltethik würde ich also sagen: In der Architektur muss es darum gehen, das gute Leben, das wohlgerneht nicht in einem materiellen Sinn als Luxus verstanden werden darf, zu ermöglichen. Dazu aber gehört ganz wesentlich ein harmonisches Verhältnis zur Natur.

Was ist bei der Architektur wichtig? Gibt es gute Vorbilder? Oder Leitbilder?

Das ist schwierig, denn es gibt nicht das Vorbild, aber eine Reihe von Architekten, die Bauwerke geschaffen haben, die mich wirklich berühren. Dazu gehören Gunnar Asplund, Sigurd Lewerentz oder Alvar Aalto, also Architekten, die bisweilen unter dem Stichwort einer

„menschlichen Moderne“ oder einer skandinavischen Weise zu bauen laufen. Ich bewundere aber auch Bauwerke aus anderen Jahrhunderten oder die vielen wunderbaren Häuser, die ohne Architekten in traditioneller Formensprache und mit lokalen Materialien errichtet wurden. Wenn man hier eine Ge-

Was läuft in Architektur und Städtebau heute vor allem schief? Und warum?

Das ist auch eine schwierige Frage, denn es gibt zwar auch positive Beispiele, aber generell läuft vieles schief, sowohl in der Architektur als auch im Städtebau. Vielfach ist das Ziel nicht, die Bedürfnisse der

„Es läuft vieles schief. Ein zu großer Egoismus auf allen Ebenen verursacht viele Probleme und verhindert vernünftige Lösungen.“

meinsamkeit feststellen will, dann vielleicht eine nicht-ideologische, gleichsam leise oder sanfte Weise zu bauen. Der Ausgangspunkt liegt hier nicht in einer übergeordneten Idee, sondern einerseits bei den konkreten Handlungen und Bedürfnissen der Menschen und andererseits bei den konkreten Bedingungen des Ortes, mit denen rücksichtsvoll und wertschätzend umgegangen wird.

Menschen zu befriedigen, sondern vor allem viel Geld zu verdienen. Oder die finanziellen Mittel sind von vorneherein so begrenzt, dass eigentlich nichts Vernünftiges rauskommen kann. Und bisweilen ist es auch so, dass man bei einigen besonders ambitionierten Architekten das Bedürfnis spürt, besonders coole Bilder zu produzieren. Da kommt dann das raus, was als



Die noch vielerorts üblichen Ein- und Zweifamilienhaus-Siedlungen sorgen für einen hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Bodenfläche, für lange Wege und für eine starke Zersiedlung der Landschaft.

„Architektenpornos“ bezeichnet wird: riesige Villen, in der Dämmerung fotografiert, immer ohne Menschen, mit aseptischen Innenräumen und den immer gleichen

„Ein Imperativ: Der ökologische Fußabdruck muss beim Gesamtsystem Stadt so klein wie möglich gemacht werden.“

langweiligen Grundrissen, die in erster Linie groß sind. Wenn ich es generalisieren soll, würde ich sagen, dass ein zu großer Egoismus auf allen Ebenen viele Probleme verursacht und vernünftige, bescheidene Lösungen verhindert. Ein Beispiel auf kommunaler Ebene: Weil jede Gemeinde meint, sie müsse die Nachbargemeinde ausstechen, weist – überspitzt gesagt – mittlerweile jedes 4-Seelen-Dorf ein Gewerbegebiet aus, um sich einen dieser grauenhaften Discoun-terkästen vor den Dorfeingang zu

setzen. Dazu kommen mindestens ebenso schlimme seelenlose Einfamilienhaus-Neubaugelände für Toskana- oder Schwedenhäuser, während die Dorfmitten mit den

ungenutzten Bauernhöfen veröden. Dieser Prozess ist in Bayern besonders bizarr, weil einerseits der Wert und der Schutz der schönen Heimat ganz besonders betont wird, andererseits aber alles getan wird, um Gewerbeansiedlungen zu vereinfachen. Aber auch auf privater Ebene ist ein falsch verstandener Individualismus ein grundlegendes Problem. Viel zu viele meinen, sie müssten ihren einmaligen, extravagan-ten Wohntraum verwirklichen, wobei es egal ist, ob wir von einer Multimillionen-Villa reden oder

von einem Einfamilienhäuschen. Normale Einfamilienhäuser haben heute manchmal Garagen, deren Volumen dem von manchen Einfamilienhäusern aus den 1950er- und 1960er-Jahren entspricht. Da kann dann die Wand gedämmt sein, wie sie will, der absolute Ressourcenverbrauch ist trotzdem viel zu hoch. Auf den Punkt gebracht: In allen Bereichen gibt es zu viel Egoismus und zu wenig Gemeinwohlorientierung.

Was ist im Städtebau wichtig?

Auch hier würde ich zwei eigentlich ganz schlichte Imperative propagieren: Zum einen muss der Mensch mit seinen Bedürfnissen als leiblich-geistiges Wesen im Mittelpunkt stehen. Im nächsten Schritt muss man dann darüber nachdenken, was das bedeutet. Ein Beispiel: Der Mensch ist zunächst mal ein Fußgänger und deswegen sollte sich auch der Städtebau danach richten. Die autogerechte Stadt, die in den 1950er-Jahren

propagiert wurde, ist eine absurde Idee und war ein Riesenfehler. Der Mensch ist kein Autofahrer, sondern ein Fußgänger. Und entsprechend sollte sein näheres Umfeld ausgerichtet sein. Warum ist z.B. immer der Fußgängerweg unterbrochen und die Straße nicht? Warum also eine eingebaute Vorfahrt für

„Alle Ressourcen müssen effizient eingesetzt werden. Vor allem auch Bodenfläche.

Hohe Dichten sind also definitiv zu befürworten.“

das Auto? Es müsste andersherum sein und es gibt – beispielsweise in Kopenhagen – Städte, die umdenken: erst die Fußgänger, dann die Radler, dann die Autos. Aber auch Bedürfnisse wie das nach Schönheit oder Sinn gilt es zu beachten, wenn man es ernst meint mit der „menschlichen“ Stadt. Der zweite Imperativ ist: Der ökologische Fußabdruck muss beim Gesamtsystem Stadt so klein wie möglich gemacht werden. Ich spreche dabei von drei Leitplanken, die alle beachtet werden müssen, um nachhaltige und das heißt dauerhaft umweltgerechte Gebäude und Städte zu bekommen: Effizienz, Resilienz und Suffizienz. Effizienz bedeutet: Alle Ressourcen müssen effizient eingesetzt werden. Vor allem auch die Bodenfläche. Hohe Dichten sind also definitiv zu befürworten. Resilienz bedeutet: Die Stadt muss als Gesamtsystem so gebaut werden, dass sie mit Störungen und Veränderungen in den Rahmenbedingungen gut zurechtkommt. Suffizienz bedeutet: Wir müssen auch über den Lebensstil nachdenken. Auch beim Bauen muss man fragen: Wie viel brauchen wir wirklich? Der Quadratmeter, der gar nicht erst gebaut wird, weil er nicht gebraucht wird,

ist mit Sicherheit der ökologisch sinnvollste.

Was läuft hier heute vor allem schief? Und warum?

Bisweilen lassen sich die Menschen von hübschen Bildern täuschen. Heute eine hübsch ansehende Gartenstadt mit locker verstreuten Häuschen zu bauen,

ist aus ökologischer Sicht schlicht nicht sinnvoll, so grün die Bilder auch sein mögen. Effizient hinsichtlich des Verbrauchs von Energie und Bodenfläche sind relativ dichte Bebauungen, so wie wir sie z. B. von



„Wir kämpfen für die Gartenstadt“ plaktierte die Münchener CSU im Kommunalwahlkampf. Dabei ging es wohl vor allem um den Wunsch ihrer Wähler nach Besitzstandswahrung und Wertsteigerung ihrer Häuser.

Vierteln der Gründerzeit kennen. Dazu kommt, dass nur bei einer relativ hohen Bevölkerungsdichte der ÖPNV sinnvoll ausgelastet ist. Ein anderer Punkt ist die Angst, Fragen der Suffizienz im Zusammenhang

mit dem Bauen zu diskutieren und hier nach absoluten Größen zu fragen. Aber so, wie es nicht sinnvoll ist, die Umweltfreundlichkeit eines Autos nach der pro PS verbrauchten Energie zu messen, so ist es auch nur bedingt sinnvoll, die Nachhaltigkeit eines Gebäudes nach der pro Quadratmeter verbrauchten Energie zu bemessen. Genau das passiert aber in der Architektur. Die absoluten Zahlen spielen im Prinzip keine Rolle. So kann es passieren, dass ein älteres, etwas schlechter gedämmtes Gebäude, in dem 5 Personen auf 80 m² wohnen, als weniger nachhaltig angesehen wird, als ein Gebäude, in dem ein Ehepaar auf 400 m² wohnt, obwohl der Energie- und Flächenverbrauch pro Person in absoluten Zahlen hier deutlich höher ist. Auch in der Architektur müssen wir also fragen, wann es genug ist und was wir für ein gutes Leben tatsächlich brauchen. Das kann problematisch sein, weil es die Freiheit des Einzelnen berührt, aber die Frage, wie wir wohnen, berührt eben auch das Gemeinwohl und deshalb sollten wir hier zumindest die Diskussion starten und Anreize für einen suffizienten Lebensstil schaffen.

Ist als Lehre aus der Corona-Pandemie eine geringere Bevölkerungsdichte zu ziehen? Also eine weitere Zersiedlung der Landschaft?

Ich glaube, Corona ist schon eine Herausforderung für Architektur und Städtebau, aber erstens sind städtebauliche Prozesse so langfristig, dass man sie nicht durch akute Ereignisse völlig umwerfen sollte. Und zweitens haben sich nach allem, was wir wissen, die Leute ja nicht beim Wohnen angesteckt, sondern z.B. bei Konzerten und anderen Events, die erst mal unabhängig von der städtebauli-

chen Struktur sind. Es wäre also ein fataler Kurzschluss, mit Verweis auf die Pandemie jetzt eine geringere Dichte zu fordern. Dies würde nur dazu führen, dass Menschen mehr mit dem Auto unterwegs sind und noch mehr ökologisch wichtige Flächen verbraucht wird. Das Ganze wäre also ökologisch wie auch gesundheitlich fatal. Den „urban sprawl“ als Leitbild auszugeben wäre ein bisschen so, wie wenn man die Cholera mit der Pest bekämpfen wollte. Trotzdem müssen wir natürlich ständig darüber nachdenken, wie eine lebenswerte Stadt im 21. Jahrhundert aussehen kann. Und Corona kann da ein Impulsgeber sein, weil die Pandemie viele Prozesse, wie z.B. die Digitalisierung der Arbeitswelt, beschleunigt.

In Ihrem Stadtteil sind Sie nun Mitglied des Bezirksausschusses. Warum haben Sie dafür kandidiert? Und was haben Sie sich vorgenommen?

Ich bin Mitglied der ÖDP geworden, weil ich es leid war, dass alle über die Politik schimpfen, sich selbst aber nicht engagieren wollen. Demokratie lebt nicht vom Gemau-

innerparteilich für die Vision einer ökologischen und gemeinwohlorientierten Stadt des 21. Jahrhunderts einsetzen.

Die CSU plaktierte im Kommunalwahlkampf den Slogan „Wir kämpfen für die Gartenstadt – Rot-Grün macht uns die Gärten platt“. Wie fanden Sie den?

Der ganze Kommunalwahlkampf in München war ein großer Angstwahlkampf und das Thema Architektur und Stadtentwicklung wurde generell viel zu einfach dargestellt. Als ob man nur einfach mal diesen oder jenen Aspekt beachten oder auf diese oder jene Weise bauen müsste und alles wird gut. Eine Stadt ist ein komplexes System, dem man nicht gerecht wird, wenn man nur an einer Stellschraube dreht, an dieser dafür aber ganz extrem. Für das Thema Gartenstadt bedeutet das zum Beispiel, dass es aus ökologischer Sicht oft durchaus sinnvoll wäre nachzuverdichten, aber es spielen eben auch Faktoren wie Schönheit, kultureller Wert einer gewachsenen Struktur, Atmosphäre usw. eine Rolle. Und zum Thema Angst: Die FDP hatte Angst, dass man nicht

„Eine Stadt ist ein komplexes System, dem man nicht gerecht wird, wenn man nur an einer Stellschraube dreht, an der aber ganz extrem.“

le am Stammtisch, sondern davon, dass Menschen sich engagieren und eine bessere Zukunft gestalten wollen. Genau das will ich jetzt auch mit den bescheidenen Mitteln eines Bezirksausschuss-Mitglieds tun: nicht jammern und klagen, sondern für eine positive Vision argumentieren. Gegen eine um sich greifende Not-in-my-backyard-Mentalität will ich mich sowohl innerhalb des Bezirksausschusses als auch

mehr so viel Auto fahren kann, die CSU sehnte sich nach irgendeinem idyllischen Postkarten-München, das es nie gegeben hat, und die Grünen haben wie üblich allen alles versprochen. Auch die ÖDP hat zu meinem Bedauern – neben vielen Motiven, die ich gut fand – ein Plakat gehabt, das sinngemäß ein idyllisches kleines Häuschen als Ideal und einen Geschossbau aus Beton pauschal als böse dargestellt hat.

BUCHTIPPS

Eric-Oliver Mader, Julia Mang-Bohn (Hrsg.)

50+1 Architektonische Wissensfragen

beantwortet von Dr. Martin Düchs Dölling und Galitz, Sept. 2019
248 Seiten, 22,00 Euro
978-3-86218-127-8

Martin Düchs
Architektur für ein gutes Leben

Über Verantwortung, Ethik und Moral des Architekten
Waxmann, Sept. 2011
260 Seiten, 29,90 Euro
978-3-8309-2533-0



Dumm nur, dass ganz Bayern zugebaut wäre, wenn alle in so netten kleinen Häuschen wohnen würden, und dass der Energieverbrauch und der induzierte Verkehr gigantisch wären. Mit solchen nostalgischen und irreführenden Bildern ist dem Thema nicht beizukommen. Ich bin der Meinung, dass wir auch bei der ÖDP bei aller sehr wohl berechtigten Wachstumskritik die positive Vision einer gemeinwohlorientierten und ökologischen Stadt der Zukunft brauchen. Und dass wir diskutieren müssen, wie wir die Stadt ökologisch umbauen. Das kann eben auch bedeuten, dass wir neue, dichte, urbane und schöne Stadtteile bauen müssen, wenn wir nicht wollen, dass 10 km weiter die Landschaft noch mehr mit ökologisch viel schädlicheren Einfamilienhausiedlungen zugestampft wird.

Herr Dr. Düchs, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

An alle Mitglieder

von Christoph Raabs

Liebe ÖDP-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

in der vergangenen ÖP-Ausgabe befanden wir uns noch am Anfang der Corona-Krise, doch schon damals habe ich vermutet, dass dieses bislang beispiellose Ereignis uns noch lange beschäftigen wird. Jetzt, Anfang Juli und damit vier Monate später, wird langsam deutlich, was die Krise bzw. die Strategie zu deren Bewältigung mit uns Menschen macht.

Ich nehme in den letzten Wochen vieles wahr, was mich zutiefst beunruhigt. Unser kulturelles und gesellschaftliches Leben ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Fast alles spielt sich nur noch innerhalb der eigenen vier Wände ab. Es fehlt an Austausch mit Gleichgesinnten und an Veranstaltungen, bei denen man unbeschwert die Seele baumeln lassen könnte. Keine Konzerte, kein Theater, keine Volksfeste, keine Schul- und Betriebsfeiern. Geburtstage und Hochzeitsjubiläen nur im kleinsten Kreis. Die Maskenpflicht führt dazu, dass man sein Gegenüber nur noch schwer erkennt und versteht, und dass die kleinen Gespräche zwischendurch verschwunden sind. Viele trauen dem Nächsten nicht mehr so recht über den Weg und halten sich fern. Auch die Kirchen sind für viele Christen unter Corona-Bedingungen kein guter Ort des Trostes und der geistigen Erquickung. Gottesdienste ohne Gemeindegang, Taufen ohne Salbung, kein persönlicher Friedensgruß, keine Umarmungen. Über das brachliegende Vereinsleben brauche ich nicht zu reden, merken wir doch in unserer Partei, wie schwer es derzeit ist, sich zu begegnen. Telefon- und Videokonferenzen können das persönliche Gespräch nicht ersetzen. Für viele Diskussionen sollte man sich von Angesicht zu Angesicht gegenüberstellen oder -sitzen – ohne Maske.

Viele waren in den letzten Monaten oft allein – mit sich und ihren Gedanken. Wenn das Alleinsein unerträglich zu werden droht, gibt es die Segnungen der modernen Kommunikation, die Sozialen Medien, den Gedankenaustausch im und die Information durch das Internet. Leider ist die Qualität der verfügbaren Beiträge nicht in gleichem Maße gewachsen wie das Interesse daran. Einfache Lösungen kommen nach wie vor gut an, auch bei komplex denkenden Menschen. Man sehnt sich nach Bestätigung seiner Meinung. So bilden sich virtuelle Lager heraus, deren zahlenmäßiges Anwachsen ebenso wie die zunehmende Ra-

dikalität geäußelter Thesen mir Sorgenfalten in die Stirn graben. Unsere Gesellschaft, die sich bereits in den letzten Jahren erlebbar gespalten und polarisiert hat, droht immer weiter auseinanderzufallen. Waren es kürzlich noch die Klima-Schützer und Klimawandel-Leugner, die sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstanden, so sind es nun die Corona-Besorgten und Corona-Leugner. Mit differenzierter Meinungsäußerung und dem Versuch, sich an Fakten zu orientieren, mit roten Linien des Anstands und Abwägungen zwischen existenziellen Gütern zieht man sich leicht den Zorn beider Seiten zu. Obwohl doch die Geschichte und die eigene Lebenserfahrung lehren sollten, dass sich alles niemals schwarz oder weiß, sondern immer in unterschiedlichen Grautönen zeigt.

Das beschriebene Lagerdenken nehme ich leider auch in unserer Partei deutlich wahr. Einige scheinen zu vergessen, worum es abseits der Diskussionen um Maßnahmen gegen die Pandemie wirklich geht: Die Welt stand bereits vor Corona mindestens nahe am Abgrund – wirtschaftlich und ökologisch. Bei der Rettung unserer Ökosysteme arbeitet die Zeit gegen uns, bei der Rettung unserer Gesellschaft stehen wir uns anscheinend in geistiger Beschränktheit selbst am meisten im Weg.

Ich rufe daher jede und jeden in unserer Partei dazu auf, gerade jetzt keine Extrempositionen einzunehmen und nicht der Verlockung scheinbar einfacher Lösungen zu erliegen, sondern bei allem Denken und Tun das Große und Ganze im Blick zu behalten. Dieses Ganze kann nur dann mehr als die Summe seiner Teile werden, wenn die Teile untereinander verbunden bleiben. So wie ein Puzzle nur dann ein Bild ergibt, wenn alle Teile ineinanderpassen und an der richtigen Stelle sitzen. Unsere ÖDP mit ihren seit 1. Juli über 8.000 Mitgliedern stellt selbst nur ein kleines Puzzleteil auf einer Erde mit fast 8 Mrd. Menschen dar. Hüten wir uns davor, dieses Teil zu zerreißen, sondern bemühen wir uns darum, Bindungen zu anderen zu entwickeln, um dann unseren Platz im Bild einnehmen zu können.

Es grüßt Sie und euch herzlich

Christoph Raabs

Christoph Raabs
Bundesvorsitzender



Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

8.000 Mitglieder

Seit Anfang Juli hat die ÖDP über 8.000 Mitglieder – der höchste Stand in der ÖDP-Geschichte. Zwar gab es in der Corona-Krise zunächst einen Einbruch beim stetigen Zuwachs, doch als die Vorbereitungen für die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen starteten, gingen die Mitgliederzahlen weiter nach oben. Bei den Neueintritten liegen Bayern und NRW in etwa gleich auf. Diese Entwicklung ist eine Leistung von uns allen gemeinsam. Herzlichen Glückwunsch!

Das zeigt, dass die ÖDP auf dem richtigen Weg ist. Durch das Wachstumskritik-Symposium in Coburg wurde der Markenkern unserer Partei betont: die Ablehnung des „immer schneller, immer höher, immer weiter“. Dies gilt es auszubauen. Des Weiteren müssen wir unser Profil bei Bürgerbeteiligung und Demokratie schärfen – mit dem Verzicht auf die Annahme von Firmenspenden als Grundlage. Auch unser Engagement für die Durchführung von Bürger- und Volksentscheiden gilt es weiterzuentwickeln.

Corona-Debatte

Beim Bewerten der zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen gehen in der ÖDP die Meinungen auseinander – so wie in der gesamten Bevölkerung. Erlaubt sein muss, kritisch darüber zu diskutieren, ob immer richtige Entscheidungen getroffen wurden und welche Versäumnisse es bei Bund, Ländern und Gemeinden gab. Größere Einigkeit wird

es in der ÖDP hinsichtlich der zu ziehenden Konsequenzen geben. In der Krise zeigte sich, dass wir auf vieles verzichten können und eine Entschleunigung auch Vorteile hat. Doch zahlreiche Menschen wurden auch an den Rand ihrer wirtschaftlichen Existenz gedrängt. Hier gilt es nun, eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Geht es mit Wirtschaft und Gesellschaft genauso weiter wie vor der Pandemie? Können wir mit unserer Philosophie einen wichtigen Impuls setzen? Dazu braucht es alle Aktiven in der ÖDP!

Wir sollten uns deutlich von allen Strömungen abgrenzen, die in den angeordneten Schutzmaßnahmen die gezielte Abschaffung der grundgesetzlichen Ordnung erkennen wollen. Viele Entscheidungen der Gerichte haben gezeigt, dass unser demokratisches System funktioniert und ein Korrektiv vorhanden ist. Die Einschränkung der Grundrechte muss auf ihre Angemessenheit überprüft werden, doch dabei ist auch immer an die Schwächeren zu denken und die Bedrohung der Risikogruppen durch das Virus zu minimieren. Länder wie Brasilien oder die USA zeigen, wie man es nicht machen sollte.

Wir sollten nun gemeinsam nach vorne schauen und prüfen, was wir aus Fehlern in der Corona-Krise lernen können – und welche Chancen sie bietet. Das fängt beim Gesundheitssystem an und endet beim Lebensstil. Hier haben wir in den nächsten Monaten viel Arbeit. Packen wir es gemeinsam an!

Kommunalwahl in NRW

Im September 2020 tritt die ÖDP NRW erstmals zur Direktwahl des Ruhrparlaments an. Und bei den Kommunalwahlen neben den bisherigen kommunalen Hochburgen in Bottrop, Münster und Bad Driburg auch in vielen weiteren Städten und Gemeinden: in Lüdenscheid, Herrscheid, Aachen, Städteregion Aachen, Köln, Rhein-Sieg-Kreis, Kempen, Mönchengladbach und Recklinghausen. Dazu kommt noch eine Landratskandidatur in Euskirchen. Viel Erfolg!

Wahlen 2021

Im März 2021 finden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz statt. Aufgrund der Corona-Krise, vor allem der Abstands- und Hygiene-Regeln, ist das Sammeln der Unterstützungsunterschriften schwierig. Ich prüfe gerade, ob hinsichtlich dieser Problematik eine Klage vor den zuständigen Gerichten angezeigt wäre. Perspektivisch wäre eine Klage und das Urteil die Blaupause – je nachdem, wie sich die Pandemie entwickelt – für die Bundestagswahl, die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin sowie die Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen.

Dr. Claudius Moseler,
Generalsekretär
im Team der ÖDP-
Bundesgeschäftsstelle
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches Büro

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 - 20, Fax: - 15

politik@oedp.de



Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner und Manuela Ripa

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Als ich vor gut sechs Jahren das erste Mal als Abgeordneter in das Europäische Parlament gewählt wurde, war das ein Meilenstein in der Geschichte der ÖDP. Wir haben als Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht maßgeblich dazu beigetragen, dass zunächst die undemokratische Fünf- und später auch die Drei-Prozent-Hürde bei Europawahlen abgeschafft wurde. Als EU-Abgeordneter konnte ich wesentliche Themen der ÖDP auf europäischer Ebene einbringen und ich bin stolz darauf, dass wir seit gut sechs Jahren nicht nur in Bayern und Deutschland, sondern auch auf EU-Ebene der Reißnagel sind, der die Mächtigen oft genug dazu bringt, sich zu bewegen.

Um all die Themenfelder aufzuzählen, an denen ich in den vergangenen sechs Jahren gearbeitet habe, ist hier kein Platz, aber ich möchte doch kurz das Thema „Menschenrechte“ aufgreifen, das mir immer ein besonderes Anliegen war. So konnte ich mich bei Reisen in den Iran, die Türkei und die West-Sahara für die Anliegen der Opposition bzw. der ethnischen Minderheiten einsetzen. In der Türkei sind die Kurden Opfer von unvorstellbaren Grausamkeiten seitens der Regierung. In der West-Sahara habe ich auf die Vertreibung der Sahraouis durch die marokkanische Besatzungsmacht aufmerksam gemacht.

Leider wird über die Ausbeutung der West-Sahara durch Marokko kaum berichtet. Und leider schaffen es die Vereinten Nationen nicht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchzusetzen. Die Sahraouis waren für meine Unterstützung im EU-Parlament, bei Prozessen vor dem Europäischen Gerichtshof und in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und einigen seiner Minister dankbar. Im Iran konnte ich erreichen, dass sich trotz des illegalen Embargos durch Trump eine Gruppe von Banken bereit erklärt hat, kleinere Geldgeschäfte mit dem Iran abzuwickeln, um z.B. Medikamente einzukaufen. Außerdem habe ich mich in vielen konkreten Fällen für Verurteilte eingesetzt.

Dass auch die Wählerinnen und Wähler in Deutschland meine Arbeit der vergangenen Jahre honoriert haben, zeigt die Verdopplung unserer Stimmenzahl bei der Europawahl vergangenes Jahr. Nach sechs sehr intensiven, aber auch kräftezehrenden Jahren als Abgeordneter habe ich mich nun dazu entschlossen, mein Mandat zum 15.

Juli 2020 abzugeben. Diese Entscheidung fällt mir umso leichter, da meine Nachfolgerin Manuela Ripa sein wird, die ich nicht nur persönlich sehr schätze, sondern deren Sachverstand dazu beitragen wird, dass die Stimme der ÖDP auf europäischer Ebene auch zukünftig gehört werden wird. Als Kandidatin für die Europawahl und als In-

„Ich bin stolz darauf, dass wir seit gut sechs Jahren auch auf EU-Ebene der Reißnagel sind, der die Mächtigen oft genug dazu bringt, sich zu bewegen.“

itiatorin der europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Rettet die Bienen!“ hat sie bereits auf sich aufmerksam gemacht. Aufgrund ihrer langjährigen beruflichen Erfahrung in Brüssel im Europäischen Parlament und in der Landesvertretung des Saarlandes bei der EU wird sie keine Probleme haben, sich in den anstrengenden und manchmal auch sehr anspruchsvollen Parlamentsbetrieb einzuarbeiten. Auf Wunsch werde ich ihr natürlich – insbesondere in der Anfangszeit – mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Manuela Ripa nimmt schon seit Längerem an unseren internen Besprechungen teil. Dabei haben wir schon einen ersten kleinen Erfolg außerhalb der Arbeit in den Ausschüssen errungen. Denn neben allen berechtigten Bemühungen zur Eindämmung des neuartigen Corona-Virus müssen wir jedoch auch darauf achten, solche Pandemien künftig von vornherein zu unterbinden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, dass so lange Druck auf die Regierungen in Asien ausgeübt wird, bis alle Wildtiermärkte geschlossen sind und der Handel mit Wildtier-, Hunde- und Katzenfleisch verboten ist. Dies wäre ein erster, aber wichtiger Schritt für die Prävention zukünftiger Pandemien, soweit sie ihren Ursprung auf Märkten haben, auf denen die verschiedensten Tierarten unter Missachtung jeglicher Hygienestandards brutal geschlachtet werden. Aus Indonesien haben wir bereits positive Signale auf unsere Aktion erhalten.



Foto: Alexander Louvet

Leider musste ich wegen der Pandemie alle geplanten Veranstaltungen in Deutschland absagen. In den vergangenen Jahren habe ich zahlreiche Vorträge in allen Ecken Deutschlands und auch im Ausland gehalten, um zu verschiedenen Themen, an denen ich arbeite, zu referieren. Ein großes Anliegen ist mir insbesondere der Kampf gegen die neue Mobilfunktechnologie 5G, die für viele Menschen erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen mit sich bringt und auch aus Gründen des Datenschutzes hochproblematisch ist. Als Alternative bietet sich Lichttechnik – auch LiFi oder VLC genannt – an.

Zusammen mit einer französischen Kollegin habe ich einen Bericht zur Mobilfunktechnik erstellen lassen, der einen großen Skandal aufdeckt: Die Ungefährlichkeit dieser Strahlung wird von einer Gruppe von „Wissenschaftlern“ behauptet, die der Mobilfunkindustrie sehr nahesteht. Bisher wurde diese Gruppe als ein Komitee von unabhängigen Wissenschaftlern betrachtet. Ihre weit erhöhten Grenzwertvorschläge gingen in die Gesetze der meisten westlichen Länder ein. Die große Mehrheit der Wissenschaftler weist dagegen erhebliche Gesundheitsschäden durch die jetzige Funkstrahlung nach.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit war die sogenannte „Dual-Use-Verordnung“. Die EU ist jetzt endlich bereit, die Ausfuhr von Überwachungstechnik an Diktaturen und autokratische Regierungen zu beschränken. In

Europa werden mit solchen Produkten jedes Jahr insgesamt immerhin rund 80 Mrd. Euro umgesetzt. Entsprechend groß war das Interesse der Fraktionen von der Mitte bis Rechts, bei der Verletzung von Menschenrechten ein Auge zuzudrücken. Trotzdem wurde bei der Schlussabstimmung in der Vollversammlung meine „wasserdichte“ Formulierung des Gesetzes mit 92 % der Stimmen angenommen. Jetzt muss aber noch der Ministerrat zustimmen. Finnland und Schweden haben das Verfahren eineinhalb Jahre verzögert. Nun wollen Frankreich und zum Teil auch Deutschland den Text so weit verwässern, dass er praktisch keine Ausfuhr-Beschränkung mehr bewirkt. Dagegen werde ich auch nach meinem Rücktritt zusammen mit Manuela Ripa weiterkämpfen. Es ist sehr gut, dass sie als Juristin hier in den Ring steigt.

In der Fraktion bin ich auch für die Forschungs- und Entwicklungspolitik zuständig, für die in den nächsten Jahren viele Milliarden Euro ausgegeben werden. Das sind z.B. der Abbau und die Verarbeitung von Schlüsselmaterialien wie Lithium in Europa, die Förderung von Innovationen bei der Energiewende, der Wasserhaushalt und sehr viele andere Themen.

Einer der größten Erfolge der ÖDP in den vergangenen Jahren war das von uns initiierte Volksbegehren „Rettet die Bienen!“, das als erfolgreichstes Volksbegehren in die Geschichte Bayerns eingegangen ist. Inwieweit dieses Volksbegehren als Blaupause für die EU-Biodiversitätsstrategie dienen kann, dazu konnte ich mich Mitte Mai

„Nach sechs sehr intensiven und kräftezehrenden Jahren als Abgeordneter habe ich mich dazu entschlossen, mein Mandat zum 15. Juli 2020 abzugeben.“

mit dem zuständigen EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius in einer Videokonferenz austauschen. An dem Treffen nahmen auch der Hauptautor des bayerischen Volksbegehrens, Tobias Ruff, sowie Manuela Ripa als Initiatorin der EBI „Rettet die Bienen!“ teil. Ziel des Gesprächs war es, die Erfahrungen und Lehren aus dem Volksbegehren zu erörtern und den Erfolg von „Rettet die Bienen!“ in Bayern auf die europäische Ebene zu übertragen. Denn das massive Artensterben ist ein weltweites Problem, dem sich auch die EU stellen muss. Vor allem bei der EU-Agrarförderung im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik muss der Erhalt der Artenvielfalt

falt endlich Priorität erhalten. Weltweit sind bis zu einer Million Arten vom Aussterben bedroht. Europa muss wegweisend dagegen ankämpfen.

In diesem Zusammenhang steht auch meine Aktion gegen die industrielle Landwirtschaft, die den Lebensraum von vielen Tier- und Pflanzenarten vernichtet, zum Hunger in der Welt beiträgt und uns außerdem immer mehr mit antibiotikaresistenten Keimen bedroht. Wir

„Meine Nachfolgerin
Manuela Ripa hat als Initiatorin
der europäischen Bürgerinitiative
„Rettet die Bienen!“ bereits
auf sich aufmerksam gemacht.“

fordern ein verpflichtendes Fleischsiegel mit bildlicher Darstellung der Haltungsbedingungen und Angaben über den Einsatz von Chemie. Manuela Ripa hat bereits angekündigt, dass der Einsatz für eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft einer der Schwerpunkte ihrer Arbeit im Europäischen Parlament sein wird. Deshalb wird sie mei-

ne Kampagne für ein verpflichtendes Fleischsiegel weiterführen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei meiner Frau bedanken, ohne deren Unterstützung ich mein Mandat nicht bekommen hätte. Eine große Freude war es, mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Brüssel, Berlin, München und Saarbrücken zusammenzuarbeiten. Ohne sie und ihre professionelle Zuarbeit wären meine Erfolge nicht möglich gewesen. Einige der Kolleginnen und Kollegen werden beruflich neue Wege gehen, andere werden in Zukunft mit Manuela Ripa zusammenarbeiten. Ich wünsche ihnen beruflich und persönlich alles nur erdenklich Gute!

Mir bleibt jetzt nur noch, Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, alles Gute zu wünschen und mich für Ihre Unterstützung in den vergangenen Jahren zu bedanken! Ich bin sicher, wir werden voneinander hören.

Es grüßt Sie herzlich



Ihr Klaus Buchner



Manuela Ripa übernahm am 15. Juli 2020 von Prof. Dr. Klaus Buchner das ÖDP-Mandat im Europaparlament.

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Zum 15. Juli habe ich im Europäischen Parlament das Mandat von Klaus Buchner übernommen. Ich möchte mich bei ihm für seine hervorragende Arbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Ohne ihn und die mediale Aufmerksamkeit, die wir als ÖDP durch den Sitz im Europäischen Parlament haben, wären die Erfolge der ÖDP und ihr stetiges Wachstum in den vergangenen Jahren nicht möglich gewesen. Klaus Buchner hat als aufrechter Demokrat vehement vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Sperrklausel bei Europawahlen gekämpft und mit dem wegweisenden Richterspruch einen großartigen Erfolg erstritten. Ich bin sehr froh über sein Angebot, zukünftig auf seine Expertise zurückgreifen zu können. Und auch wenn er nicht mehr Abgeordneter ist, wird er eng in die Arbeit meines Teams eingebunden bleiben.

In Zukunft werde ich Ihnen hier über meine Arbeit berichten, jetzt möchte ich aber die Gelegenheit nutzen, mich einmal kurz bei Ihnen vorzustellen: Geboren und aufgewachsen bin ich im Saarland. Ich bin verheiratet und Mutter von zwei Kindern. Von der Ausbildung her bin ich Juristin. Seit 2011 arbeite ich an der saarländischen Landesvertretung in Brüssel zu den Themen Umwelt, Landwirtschaft, Energie, Gesundheit und Regionalpolitik. Europa zu gestalten ist für mich Herzaufgabe! Dass ich überzeugte Europäerin bin, liegt auch an meiner bi-

„Dass ich überzeugte Europäerin bin,
liegt auch an meiner Erziehung:
Ich bin in zwei Kulturen –
in der italienischen und in der
deutschen – groß geworden.“

kulturellen Erziehung: Ich bin in zwei Kulturen – in der italienischen und deutschen – groß geworden. Da mein Mann Deutscher griechischer Abstammung ist, wachsen unsere Kinder dreisprachig auf. Wir repräsentieren also als Familie die EU im Kleinen.

Gerade als Mutter liegt mir unser Umgang mit der Umwelt sehr am Herzen. Meine Hauptthemen sind der Umweltschutz, der Klimaschutz, das Tierwohl und der Verbraucherschutz. Ich bin Initiatorin der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Rettet die Bienen!“, deren Ziel es war, den Erfolg des bayerischen Volksbegehrens auf EU-Ebene zu wiederholen. Wie bekannt, haben wir mit der EBI „Bienen und Bauern retten“ fusioniert.



Foto: Mandy Büttner

Zudem bin ich stellvertretende Landesvorsitzende der ÖDP Saar und insbesondere im Hinblick auf die saarländische Landtagswahl im Frühjahr 2022 habe ich große Hoffnungen auf ein gutes Resultat der ÖDP. Denn ich bin die einzige saarländische Abgeordnete im Europäischen Parlament und die damit verbundene mediale Aufmerksamkeit wollen wir als Landesverband nutzen, um möglichst die Fünf-Prozent-Hürde bei der Landtagswahl zu überspringen.

Ich freue mich, in Zukunft an dieser Stelle über meine Arbeit im Europäischen Parlament berichten zu können. Ein reger Austausch des EU-Büros mit der ÖDP ist ausdrücklich erwünscht. Dieses Angebot richtet sich nicht nur an den Bundesvorstand, sondern an alle Mitglieder der ÖDP. Sobald die Bürostrukturen aufgebaut sind, werden wir Sie darüber informieren, wer meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, wie die Zuständigkeiten verteilt sind und wie Sie uns erreichen können.

Es grüßt Sie herzlich



Ihre Manuela Ripa

Hauptamtliche Mitarbeiter

Vier Neue und ein Abgang

In den vergangenen Monaten hat der ÖDP-Bundesverband in den Reihen seiner hauptamtlichen Mitarbeiter einigen Zuwachs erfahren, aber auch einen maßgeblichen Abgang zu verzeichnen.

Mariola Strobl



Seit dem 1. November 2020 verstärkt Mariola Strobl das Team der Geschäftsstelle in Würzburg. Sie ist im Rahmen einer Teilzeitstelle u. a. für die Organisation von Parteiveranstaltungen zuständig. Zudem vertritt und entlastet sie ihre Kolleginnen punktuell bei deren Aufgaben. Wir freuen uns, dass sie sich schon gut eingearbeitet hat und ihr die Tätigkeit für die ÖDP Freude bereitet!

Martin Truckenbrodt



Ebenfalls seit 1. November 2020 ist Martin Truckenbrodt als Internetbeauftragter in Vollzeit für den Bundesverband tätig. Er ist seit vielen Jahren beruflich in der IT-Branche tätig. Beim Bundesverband verantwortet er die Betreuung unseres Internet-Auftritts und des E-Mail-Systems und arbeitet dabei mit unseren externen Dienstleistern zusammen. Zudem ist er Ansprechpartner für Fragestellungen aus den Gliederungen. Er hat sich bereits sehr gut in seine neue Tätigkeit eingearbeitet und schon einige lästige Probleme unserer IT-Systeme beseitigen können. Neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit ist er auch ehrenamtlich als Landesvorsitzender der ÖDP Thüringen für uns im Einsatz.

Pablo Ziller



Zum Jahresende 2019 hat Pablo Ziller im Einvernehmen mit dem ÖDP-Bundesvorstand seine Tätigkeit als Leiter der Öffentlichkeits- und Pressearbeit beendet. Er war seit 2014 als Nachfolger von Florence von Bodisco für die ÖDP aktiv und wurde dann später auch Parteimitglied sowie Landesschatzmeister der ÖDP Berlin. Er hat in den fünfeinhalb Jahren hauptamtlichen Engagements eigenverantwortlich die gesamte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbands organisiert und sichergestellt. In dieser wichtigen Position zeigte er großen Einsatz. Sein Input auf Parteitagen und Versammlungen, seine tragende Mitarbeit bei der Organisation von Wahlkämpfen und sein Einsatz für ein professionelles Auftreten der Partei nach innen und außen leisteten einen großen Beitrag für die Weiterentwicklung der Bundes-ÖDP. Als einer von zwei verantwortlichen Redakteuren der „ÖkologiePolitik“ verantwortete er unsere Mitgliederzeitung in ihrer gedruckten Form sowie maßgeblich die Konzeption und die Umsetzung von deren neuem Online-Auftritt. Wir danken Pablo Ziller und wünschen ihm alles Gute für seinen weiteren beruflichen Weg sowie ganz persönlich viel Gesundheit, Glück und Erfolg!

Jan Altnickel

Im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Pablo Ziller hat der Bundesvorstand entschieden, die Presse- und Öffentlichkeit komplett neu zu strukturieren.



Ergebnis dieser Entscheidung ist eine personelle Aufstockung des gesamten Komplexes. Für den neuen Bereich „Parteiinterne Kommunikation“ wurde ein Mitarbeiter eingestellt, der Ihnen bereits bekannt sein dürfte: Jan Altnickel, bis dato Beisitzer im Bundesvorstand. Er ist nun seit 1. Mai 2020 für uns als hauptamtlicher Mitarbeiter tätig und hat den Bundesvorstand daher satzungsgemäß verlassen. Er arbeitet im Rahmen einer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach vorausgegangener Reha-Phase nun auf dem wichtigen Gebiet der internen Kommunikation mit Mitgliedern und Gliederungen unserer Partei zusammen. Erstes Großprojekt ist die Erstellung einer Infrastruktur für eine zukünftige Online-Mitgliederplattform. Wir danken Jan Altnickel ganz herzlich für seine ehrenamtliche Arbeit als Bundesvorstandsmitglied und sind überzeugt, dass er auch auf seiner neuen Position viel zum Vorankommen unserer Partei beitragen kann!

Heinz Hollenberger



Am 1. August 2020 hat Heinz Hollenberger seine Tätigkeit für die ÖDP aufgenommen. Er leitet in Zukunft die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und wird auch die Funktion des Pressesprechers übernehmen. Heinz Hollenberger ist studierter Journalist und verfügt über langjährige Erfahrung in den Bereichen Printmedien sowie Video- und Filmjournalismus. Er hat zudem gute Kontakte zu Umweltverbänden. Wir freuen uns, dass wir mit ihm einen Mitarbeiter mit ausgesprochen hoher Fachkompetenz gewinnen konnten, der die gewachsene politische Bedeutung der ÖDP erfolgreich nach außen darzustellen in der Lage sein wird. Für seine neue Tätigkeit wünschen wir ihm bereits jetzt viel Freude und Erfolg!

Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen!

Auch nach zehn Jahren Parteimitgliedschaft bin ich weiterhin davon überzeugt, dass die ÖDP den Menschen in unserem Land das beste politische Gesamtpaket anbietet. In den letzten zwei Jahren habe ich mich in Bundesvorstand und Bundesprogrammkommission für eine Vermittlung und Weiterentwicklung dieser Politik eingesetzt. Da nun die Öffentlichkeitsarbeit des ÖDP-Bundesverbands ausgebaut wird und in dem Zusammenhang auch die parteiinterne Kommunikation weiterentwickelt werden soll, habe ich mich auf die Stelle als Referent für parteiinterne Kommunikation beworben. Nachdem die Bewerbung erfolgreich war, bin ich aus dem Bundesvorstand ausgeschieden.

Seit dem 1. Mai arbeite ich nun im Team des ÖDP-Bundesverbands an einer Verbesserung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei und den einzelnen Mitgliedern. In der Zeit als Bundesvorstand konnte ich so manche Probleme identifizieren, die ich nun aus einer anderen Position heraus – und gemeinsam mit allen Beteiligten – angehen möchte. Dass auf diesem Weg viele Schwierigkeiten zu meistern sind, ist mir klar. Aber je mehr wir uns gegenseitig unterstützen, desto eher können wir uns als Partei-Organisation verbessern, erfolgreiche Politik machen und immer mehr Menschen hinter unseren Visionen und praktischen Lösungen versammeln.

Unter dem Titel der parteiinternen Kommunikation werde ich u. a. an der Erstellung von internen Mitteilungen und der Organisation von internen Veranstaltungen beteiligt sein, aber auch die ÖDP auf dem Weg einer verantwortungsvollen Nutzung moderner Online-Kommunikation begleiten. Hier stehen wir nicht zuletzt vor der Herausforderung, Menschen aus mehreren Generationen und mit unterschiedlichen Hintergründen zu verbinden. Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen kann, wenn wir bereit sind, uns auch in der ÖDP auf andere Menschen und ihre Gedanken, Wünsche und Ideen einzulassen. Als Partei sind wir ein Ausschnitt der Gesellschaft, aber wir dürfen auch gerne ein Vorbild sein, damit unsere Konzepte für mehr und mehr Menschen attraktiv werden.

Eine lebendige und starke ÖDP ist heute nötiger denn je. Ich freue mich, gemeinsam mit Ihnen die Zukunft gestalten zu können!

Ihr Jan Altnickel

Bayern

Kommunalwahl: eine stellvertretende Landrätin und viele Bürgermeister

Die ÖDP Bayern konnte bei der Kommunalwahl im März 2020 kräftig zulegen und die Zahl ihrer Mandate von 380 auf rund 410 erhöhen. In den konstituierenden Sitzungen der Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte im Mai konnten sich viele ÖDP-Mandatsträger erfolgreich als weitere Bürgermeister durchsetzen. Im Landkreis Straubing-Bogen stellt die ÖDP mit Martha Altweck-Glöbl die stellvertretende Landrätin. Der Landesvorstand der bayerischen ÖDP gratuliert allen Gewählten und wünscht eine glückliche Hand bei ihren Amtsgeschäften!

Erste Bürgermeister



Anita Bogner
in Rain
(Lkr. Straubing-Bogen)



Edith Lirsch
in Triftern
(Lkr. Rottal-Inn)



Martin Prey
in Niedermurach
(Lkr. Schwandorf)



Rolf Beuting
in Murnau
(Lkr. Garmisch-Partenkirchen)



Robert Sedlmayr
in Geltendorf
(Lkr. Landsberg am Lech)



Willi Lindner
in Kößlarn
(Lkr. Passau),
parteilos, von der
ÖDP unterstützt

Stellvertretende Landrätin & Zweiter Bürgermeister



Martha Altweck-Glöbl
im
Lkr. Straubing-Bogen



Georg Miller
in Riegsee
(Lkr. Garmisch-Partenkirchen)

Dritte Bürgermeister



Franz Badura
in Amberg



Konrad Pöppel
in Mainburg
(Lkr. Kelheim)



Renate Hanglberger
in Essenbach
(Lkr. Landshut)



Christine Rehl
in Waging
(Lkr. Traunstein)



Ferdinand Hackelsperger
in Bad Abbach
(Lkr. Kelheim)



Florian Fahrner
in Volken-
schwand
(Lkr. Kelheim)



Sepp Rettenbeck
in Wurmanns-
quick
(Lkr. Rottal-Inn)



Peter Seubert
in Parkstetten
(Lkr. Straubing-
Bogen)



Matthias Henneberger
in Randersacker
(Lkr. Würzburg)

„Wir könnten längst weiter sein!“

Bundes- und Landesregierung bestätigen nach Ansicht des bayerischen ÖDP-Landesvorsitzenden Klaus Mrasek mit ihrer verspäteten neuen Wasserstoffstrategie ihr bisheriges „Totalversagen beim Klimaschutz und der Energiewende“.

„Es ist erfreulich, dass Wasserstoff endlich als Energiespeicher für regenerativen Strom erkannt wird. Die späte Erkenntnis, dass man für grünen Wasserstoff weit größere regenerative Stromkapazitäten braucht, steht jedoch im krassen Widerspruch zum Regierungshandeln der letzten zehn Jahre. Anstatt der Dynamik des erneuerbaren Energiegesetzes ihren Lauf zu lassen und alle Kraft in die Speichertechnik zu investieren, hat man es in den letzten zehn Jahren umgekehrt gemacht: Die regenerativen Energieträger wurden mit einem irrsinnigen Bürokratismus und dem 10-H-Gesetz behindert und für Speicher hat man sich bislang nicht interessiert. Und dass alles nur deshalb, weil die alten Energiekonzerne auf dem Schoß des jeweiligen Wirtschaftsministers sitzen und ihm einflüstern, wie sie Zeit gewinnen könnten. Zeit, die sie brauchen, um noch möglichst viel Geld mit ihrer alten Technologie verdienen zu können. Die verkorkste und verspätete Entdeckung des Wasserstoffs als regenerativer Energiespeicher ist ein weiterer Beweis dafür, dass der von Parteispenden geölte, lähmende Lobbyismus Bayern und Deutschland in den



Zukunftstechnologien Wettbewerbsnachteile bringt“, kritisiert Mrasek.

Wasserstoff ist nach Ansicht der ÖDP jedoch nicht das alleinige Allheilmittel: Größtmögliche Energieeinsparung sei weiterhin notwendig. Wasserstoff müsse vorrangig in der Industrie und im Schwerlastverkehr eingesetzt werden. Wo Wasserstoff im Brennstoffzelleneinsatz an seine Grenzen stoße, sei die Methanisierung regenerativen Stroms notwendig.

„Gut fürs Klima und zur Eindämmung von Pandemien dringend erforderlich“

Die bayerische ÖDP fordert ein engagiertes Investitionsförderprogramm für Naherholung und sanften, klimaverträglichen Tourismus. Ziel der ÖDP ist jedoch nicht, bestehende Tourismus-Hochburgen oder den aktuellen Ansturm auf heimische Urlaubsziele noch stärker zu befeuern, sondern strukturschwächere Regionen beim Ausbau qualitativvoller sanfter Tourismusangebote zu unterstützen. Das schließt auch die Reaktivierung stillgelegter Nebenbahnen als Bestandteil sanfter Tourismuskonzepte ein. Ein schädlicher Besucherdruck in Naturschutzgebieten soll jedoch vermieden werden. In Städten mit bereits hoher touristischer Frequenz sollen Initiativen für naturschonende Naherholung der Bevölkerung gefördert werden.

„Die Finanzierung darf jedoch nicht über neue Staatsschulden erfolgen, sondern aus einer Flugbenzinbesteuerung und einer erhöhten Mehrwertsteuer auf Landegebühren an den Flughäfen“, fordert ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

Gleichzeitig will die ÖDP mit ihrer Initiative eine „mutige Eindämmung des internationalen Flugverkehrs“ ins Gespräch bringen. „Das ist nicht nur aus Klimaschutzgründen notwendig, sondern auch zur Eindämmung künftiger Pandemien dringend erforderlich“, erklärt Mrasek. An den Schulen sollte das Leitbild für Schüleraustauschprojekte mit dem „Erziehungsziel Flugscham“ verknüpft werden.

Außerdem schlägt die ÖDP vor, mit einem staatlichen Förderprogramm gesundheitliche Präventionsangebote und Kuren für alle Einkommensgruppen zu ermöglichen, beispielsweise vom Staat geförderte kassenfinanzierte Therapien in den bayerischen Thermalbädern. „Aber alles nicht auf Pump, sondern ausschließlich finanziert durch die Besteuerung des umweltschädlichen Flugverkehrs“, fordert Mrasek.

„Viel sinnvoller wäre die Markteinführung von Öko-Strom-Langzeitspeichern“

Die bayerische ÖDP sieht im 130-Milliarden-Konjunkturprogramm eine vertane Chance zur ökologischen Neuausrichtung der Wirtschaft nach der Corona-Krise. „Wir befürchten einen CO₂-Jo-Jo-Effekt“, erklärte Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

Das drängendste Thema der Zeit, die Markteinführung von Langzeitspeichern für erneuerbare Energien, hätte nun eine milliardenschwere Anschubfinanzierung benötigt. „Wir wollen die ursprüngliche Dynamik des Erneuerbaren Energiegesetzes wiederherstellen, alle bürokratischen Behinderungen der Energiewende beseitigen und den überschüssigen regenerativen Strom mit der bereits bestehenden Power-to-Gas-Technologie als Gas im Erdgasnetz speichern. Das wäre eine zukunftsweisende Richtungsänderung gewesen, zu der diese Regierung aber nicht fähig ist“, kritisierte Mrasek.

Falsch findet die ÖDP auch die ökologisch wirkungslose Mehrwertsteuersenkung. Mrasek: „Die Mehrwertsteuer ist eigentlich eine ausgesprochen dumme Steuer. Sie fällt über alle Produkte und Dienstleistungen gleichermaßen her, egal ob sie gesellschaftlich wertvoll oder klima- und umweltschädlich sind. Viel sinnvoller als eine befristete Senkung zur Konsumankurbelung wäre die Reduzierung auf den ermäßigten Steuersatz für alle arbeitsintensiven Handwerkerleistungen gewesen, damit der Stundenlohn für Reparaturleistungen nicht noch weiter künstlich verteuert wird.“

Kontakt: ÖDP Bayern
Urban Mangold, Landesgeschäftsstelle
Tel.: (08 51) 93 11 31, urban.mangold@oedp-bayern.de

Baden-Württemberg

Vorbereitungen auf LTW im März 2021

Die ÖDP Baden-Württemberg befindet sich derzeit mitten in der Vorbereitung der Landtagswahl, die am 14. März 2021 stattfinden wird. Bei Redaktionsschluss sind in rund der Hälfte der 70 Wahlkreise Bewerber und Bewerberinnen aufgestellt worden. In den ersten Wahlkreisen läuft auch schon die Sammlung der Unterstützungsunterschriften. Corona hat uns eine Zeit lang ausgebremst, aber wir lassen uns nicht von unserem Ziel, dem flächendeckenden Wahlantritt, abhalten. Wir sind gut im Rennen, aber der Weg ist noch weit. Wir werden es nur mit vereinter Kraft schaffen, weshalb wir Sie um Ihre Unterstützung bitten. Sie wohnen in Baden-Württemberg und sind bereit, für die ÖDP als (Ersatz-)Bewerber oder (Ersatz-)Bewerberin anzutreten? Oder Sie sind bereit, Unterstützungsunterschriften zu sammeln? Dann melden Sie sich doch bitte beim Landesgeschäftsführer Uli Stein!

Obwohl seit einigen Monaten einschränkende Corona-Maßnahmen in Kraft sind, macht die Landesregierung weiterhin keine Anstalten, die hohen Hürden für den Wahlantritt zu senken. Daher haben im Rahmen der „Demonstration für demokratische Vielfalt“ Vertreterinnen und Vertreter der ÖDP und von „Demo-



Übergabe der Petition für demokratische Vielfalt

kratie in Bewegung“ (DiB) stellvertretend für die nicht im Landtag vertretenen Parteien der Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Landtags eine Petition übergeben, die angesichts der besonderen Umstände die Senkung der nötigen Zahl Unterstützungsunterschriften fordert. Darüber hinaus führen – unter Leitung des Vereins „Mehr Demokratie“ – Vertreterinnen und Vertreter

von ÖDP und weiteren nicht im Landtag vertretenen Parteien Gespräche bezüglich des weiteren Vorgehens. Dabei werden mit einem Rechtsanwalt auch Möglichkeiten einer gerichtlichen Klage ausgelotet.

Anti-Atom-Demo am Fukushima-Jahrestag

Kurz vor den Corona-Maßnahmen fand am Fukushima-Jahrestag der alljährliche Demonstrationmarsch zum AKW Neckarwestheim statt, bei dem die ÖDP wieder stark vertreten war. Wir wollen deutlich machen: Der Atomausstieg ist längst noch nicht vollzogen, denn mit der Einrichtung eines 5G-Mobilfunknetzes droht ein stark erhöhter Energieverbrauch. So mehren sich – trotz Katastrophen wie in Tschernobyl und Fukushima – in der Politik die Stimmen, die Atomkraft für eine Option halten. Gegen eine solche rückwärts-gewandte Energiepolitik wehren wir uns und fordern 100% erneuerbare Energien und das Vorantreiben der notwendigen Speichertechnologien.

Landtagspetition zur Corona-Pandemie

Zum Virus SARS-CoV-2 und zu den einschränkenden Maßnahmen gibt es auch unter den Mitgliedern in Baden-Württemberg unterschiedliche Positionen. Der Landesvorstand sah und sieht seine Aufgabe nicht darin, eine ganz bestimmte Position festzuschreiben. In seinen Verlautbarungen nennt er vielmehr wesentliche Punkte, die seitens der Politik beachtet werden müssen. Zu diesen gehören insbesondere eine stärkere Orientierung an den Fakten, ein umfassenderes Verständnis von Gesundheit sowie eine Ausrichtung staatlicher Konjunkturpakete an ökologischen und sozialen Kriterien. Eine unvoreingenommene Betrachtung der anfangs spärlichen, dann aber zunehmenden Fakten führt zu dem Ergebnis, dass das Virus ernst zu nehmen ist, aber nicht dramatisiert werden sollte. Und es gilt, aus der Corona-Krise für die Zukunft zu lernen. Daher hat Guido Klamt, der Landesvorsitzende der ÖDP Baden-Württemberg, die an den Landtag gerichtete Petition „Gründliche Analyse und Aufarbeitung der Corona-Krise – für die Zukunft lernen“ gestartet. Zum Start der Petition gab es in Stuttgart eine Mahnwache.

Landesparteitag im November in Ulm

Die Corona-Maßnahmen haben die Pläne bezüglich der Landesparteitage und des Landesparteirats durch-einandegebracht, sodass mehrfach neue Termine an-



Präsenz der ÖDP Baden-Württemberg auf der Anti-Atom-Demo mit anschließendem Marsch zum AKW Neckarwestheim

visiert werden mussten. Nun ist der nächste Parteitag zweitägig vorgesehen, und zwar für den 28. und 29. November 2020 in Ulm. Direkt im Anschluss soll ein verkürzter Landesparteirat stattfinden. Antragsfrist für den Landesparteitag ist der 5. September, Änderungsanträge müssen in der Landesgeschäftsstelle bis zum 17. Oktober eingegangen sein. Schwerpunkt wird die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl sein.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer

Tel.: (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter

Tel.: (07121) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Berlin

Neuer Landesvorstand gewählt

An einem heißen Sommertag Ende Juni 2020 wählte die ÖDP Berlin ihren neuen Landesvorstand. Neuer Landesvorsitzender ist der selbstständige Unterneh-

mensberater Lars C. Arnold, seine Stellvertreterin ist die Beamtin im Auswärtigen Dienst Jennifer Rohwer. Beide waren bereits im August 2019 in den Vorstand nachgerückt. Der bisherige Landesvorsitzende Richard Bormann zog sich aus Zeitgründen von der Spitze zurück, bleibt dem Vorstand aber als 2. stellv. Landesvorsitzender erhalten.

Mit dem Biologen Dr. Harald Graetschel wurde ein ÖDP-Mitglied der ersten Stunde wiedergewählt. Der bisherige Schatzmeister Pablo Ziller trat nicht mehr zur Wahl an, dieses Amt übernimmt der Vermessungstechniker Thomas Kuhn. Die engagierten Neumitglieder Alexander Betzold und Marc Schnitzmeier bringen als Beisitzer frischen Wind in die Vorstandsarbeit.

Unmittelbar vor dem Parteitag stellte der Berliner Landesverband seine Landesliste zur Bundestagswahl 2021 auf. Diese wird angeführt von Lars C. Arnold und Jennifer Rohwer. Beide setzen sich für eine Abkehr vom Wachstumsfetisch und für die Rückkehr zu einem umweltverträglichen Konsum ein und fordern die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen – nicht nur in deutschen Schlachthöfen, sondern auch auf Stadion-Baustellen in Qatar.



Der neue Berliner ÖDP-Landesvorstand (v. l. n. r.): Richard Borrmann, Jennifer Rohwer, Lars C. Arnold, Thomas Kuhn, Dr. Harald Graetschel und Alexander Betzold

Neue Technologien wie 5G sollten in Bezug auf ihre Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt kritisch hinterfragt werden. Und für die systemrelevanten Berufe in Pflegediensten, Kliniken, Schulen etc. wünschen sich die beiden nicht nur Applaus, sondern eine höhere Wertschätzung, die sich auch durch eine bessere Bezahlung ausdrücken muss. Der Spitzenkandidat Lars C. Arnold fasste dies in seiner Vorstellungsrede unter dem eingängigen Begriff der „ethisch-sozialen Wende in unserer Gesellschaft und der Welt“ zusammen.

Jennifer Rohwer stellte fest, dass ein Paradigmenwechsel und Wertewandel in Gesellschaft und Politik dringend notwendig sei und die ÖDP hierfür das richtige Programm habe – ein Programm, das ihrer Meinung nach viele mögliche Wähler ansprechen könnte. Die ÖDP müsse daher bundesweit noch viel bekannter werden.

Da im September 2021 in Berlin gleich drei Wahlen auf einen Schlag stattfinden – Bundestag, Abgeord-

netenhaus, Bezirksverordnete –, ergibt sich hier eine gute Gelegenheit, den Bekanntheitsgrad der ÖDP zu steigern. Schon seit Anfang Juli sammeln die Berliner Mitglieder Unterstützungsunterschriften auf der Straße und würden sich über eine aktive Unterstützung aus anderen Landesverbänden sehr freuen.

*Kontakt: ÖDP Berlin
Lars C. Arnold, Landesvorsitzender
Tel.: (030) 49 85 40 50, info@oedp-berlin.de*

Hamburg

Weichenstellung für nachhaltiges Mitgliederwachstum

Die ÖDP Hamburg hatte ein überaus erfolgreiches Jahr 2019 und auch einen erfolgreichen Anfang 2020. Das betraf vor allem die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Um dieses Wachstum nachhaltig zu gestalten, mussten neue Strukturen geschaffen werden, denn Entscheidungswege verändern sich bei Vervielfachung der Anzahl der Aktiven, und auch eine gute Diskussionskultur und die programmatische Schärfung müssen aktiv gefördert werden.

Nach dem ersten Corona-Tief hat die ÖDP Hamburg am 13. Juni 2020 ihren ersten virtuellen Landesparteitag zu diesen und weiteren Themen abgehalten. Die Ergebnisse kurz skizziert:

- Veranstaltung monatlicher Mitglieder- und Interessententreffen zu aktuellem Thema
- Investitionen in eine gute Öffentlichkeitsarbeit: Aufbau eines Social-Media-Teams, welches durch kreative Beiträge und aktives Kommentieren Präsenz zeigt
- Ausbau der Zusammenarbeit mit guten Initiativen und Organisationen
- Ernennung von parteipolitischen Sprechern für zentrale Themen

Die ÖDP Hamburg geht motiviert in die weiteren Planungen zur Bundestagswahl. Auf einem Landesparteitag im September wollen wir so viele Landeslistenplätze wie möglich und alle sechs Wahlkreise mit Direktkandidatinnen und -kandidaten besetzen und somit unseren stadtweiten Anspruch und Gestaltungswillen untermauern. Durch eine angedachte kürzere und lokaler beworbene Veranstaltungsreihe könnten wir im Frühjahr 2021 neue Wählerinnen und Wähler ansprechen und somit schon im Vorfeld der Bundestagswahl für weiteres Mitgliederwachstum sorgen und mitgliederschwache Regionen stärken.

Des Weiteren gilt es aber, nach Beschließen des rot-grünen Koalitionsvertrags besonders den Grünen auf die Finger zu schauen. Denn vor allem bei Regierungsbeteiligung der Grünen zeigt sich ihr wahres Gesicht. Denn zentrale Forderungen nach konsequenterem Klimaschutz werden hier zugunsten einer auf nicht nachhaltigen Wachstum ausgerichteten Politik aufgeweicht.

*Kontakt: ÖDP Hamburg
Tobias Montag, Vorsitzender
Tel.: (015 75) 4 49 05 50, info@oedp-hamburg.de*

Nordrhein-Westfalen

Landesvorstand: Martin Schauerte im Amt bestätigt

Die ÖDP NRW hat einen Landesvorstand neu gewählt: am 29. Februar 2020 – kurz vor Corona. Alter und neuer Landesvorsitzender ist Martin Schauerte (Windeck). Zu seinen beiden Stellvertretern wählte der Landesparteitag Marcel Foré (Aachen) und Felix Peretzke (Neuss). Der langjährige Landesschatzmeister Istvan Bella aus Münster wird auch für die nächste Amtszeit dieses Amt übernehmen. Zum neuen Landesgeschäftsführer wählte der Parteitag den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Prof. Dr. Herbert E. Einsiedler. Als Beisitzer gehören dem Landesvorstand Nina Fink (Aachen) und Veronika Berger (Kempfen) sowie Bastian Streitz (Junge Ökologen) und Gerald Ummen (Paderborn) an.

Kommunalwahl-Vorbereitungen während Corona

Und dann kam Corona. Zum einen verhinderte der Shutdown die physische konstituierende Sitzung des

ÖDP Bottrop trauert um Georg Wenning



Georg Wenning

Am 18. März ist Georg Wenning, Kreisvorsitzender der ÖDP Bottrop, im Alter von 66 Jahren nach langer Krankheit verstorben. Er war seit dem Jahr 2000 Mitglied der ÖDP und hat sich seit 2012 im Kreisvorstand zunächst als stellvertretender Vorsitzender und ab 2014 als Kreisvorsitzender engagiert. Darüber hinaus war er Delegierter auf Landes- und Bundesparteitagen. Im Schulausschuss der Stadt Bottrop war er als sachkundiger Bürger stellvertretendes Mitglied. Nach seiner Pensionierung aus dem Schuldienst wollte er noch intensiver in der Partei mitarbeiten, was ihm aus gesundheitlichen Gründen leider nicht mehr möglich war. In den letzten Monaten musste er seine Ämter ruhen lassen. Ein besonderes Anliegen war ihm immer der Kontakt zu den Menschen. Ob am Infostand oder gegenüber neuen Parteimitgliedern war ihm das persönliche Gespräch immer sehr wichtig. Mit seiner ruhigen und gelassenen Art hat er die Führungsgremien der Partei begleitet und bei Meinungsverschiedenheiten an Kompromissen und der Konsensfindung mitgewirkt. Ein weiteres Schwerpunktthema war für ihn der Umweltschutz und hier insbesondere das Thema der Luftverschmutzung und die daraus resultierende Gefährdung der Menschen. Als Chemielehrer brachte er sich hier immer mit großer Expertise ein. Der Kreisvorstand und die Ratsfraktion der ÖDP verlieren mit Georg Wenning einen engagierten Mitstreiter und Freund. Die Gedanken sind bei seiner Frau und seinen Kindern.

Landesvorstands. Viel schwerer wiegt aber, dass der Shutdown die Mehrzahl der Aufstellungsversammlungen zur Kommunalwahl in NRW am 13. September 2020 abrupt stoppte. Einige Kreisverbände hatten Glück und schafften es vorher. Die anderen mussten warten, bis es wieder möglich war. Zwar hat die Landesregierung, um ihren Kommunalwahltermin zu halten, Aufstellungsversammlungen recht bald wieder zugelassen. Nicht zugelassen waren jedoch Parteiversammlungen, die nicht Aufstellungsversammlungen waren. Also bedeutete dies: Veranstaltungen teilen in Aufstellungsversammlungen, die möglich waren,

AUFRUF

Sehnsucht nach pulsierendem Leben?

Da hätten wir etwas für Sie! Der Landesverband Berlin sucht ab sofort engagierte ÖDP-Mitglieder oder -Sympathisanten, die unserem Team tage- oder wochenweise beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften helfen. Die Arbeit wird vergütet; geschickte Sammler können 100 bis 150 Euro pro Tag verdienen. Auch eine kostenlose Privat-Unterkunft kann ggf. vermittelt werden. Und nach der Arbeit hätten Sie ausreichend Zeit, um sich den vielen spannenden Facetten der Hauptstadt zu widmen. Interesse? Weitere Infos und ein Kontaktformular unter:

www.wahlantritt.de/aufruf

und Parteiveranstaltungen, die dann eben verschoben werden mussten. Der Landesverband NRW der ÖDP sprach sich für eine Verschiebung der Kommunalwahl um die Zeit des Shutdowns aus. Dies wurde aber bisher nicht erreicht.

Aber was ficht uns das schon an? Sobald wieder möglich, erfolgte die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlbezirke. Und dazu kam noch als völlig neue Wahl die erstmalige Wahl des Ruhrparlaments. Das Wahlrecht in NRW hat seine Besonderheiten: Für Stadträte und Kreistage gilt ein Einstimmen-Wahlrecht. Es gibt zwar eine Liste, die können aber die Wahlberechtigten gar nicht wählen. Für diese gelten die Stimmen für die Direktkandidaten in den Wahlbezirken. Und wo die ÖDP keinen Direktbewerber aufgestellt hat, ist sie auch nicht wählbar. Für die Bezirksvertretungen wie auch die Ruhrparlamentswahl gilt eine Listenwahl – und eine 2,5%-Sperrklausel. Es kommt nach diesem Wahlrecht somit darauf an, möglichst viele DirektkandidatInnen für Stadtrat und Kreistag aufzustellen. Dabei gelten die Unterstützungsunterschriften für die Wahlbezirke nur, wenn diese auch von Menschen aus den Wahlbezirken geleitet werden.

Drei Kreisverbände sind von der Pflicht zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften befreit, da sie die letzte Wahlperiode ununterbrochen dem jeweiligen Kommunalparlament angehörten: Bottrop, Bad Driburg und Münster. Besonders stolz ist die ÖDP darauf, in Bottrop und Bad Driburg jeweils die viertstärkste kommunale Kraft zu sein. In Bad Driburg sitzt die ÖDP seit über 35 Jahren immer mit Fraktionsstärke im Rat, und seit 1999 ist die ÖDP im Rat der Stadt Bottrop mit Fraktionsstärke vertreten und sitzt auch in der Mehrzahl der Bezirksvertretungen.

In Münster tritt die ÖDP mit ihrem Kreisvorsitzenden als OB-Kandidaten an. Ebenso hat sie Listen für alle 5 Bezirksvertretungen aufgestellt. Dass diese 3 Traditions-Kommunalvertretungen der ÖDP in NRW alle Wahlbezirke zum Rat besetzt haben, versteht sich eigentlich von selbst. Aber es kommt bei dieser Wahl noch einiges dazu.

Der Kreisverband Märkischer Kreis tritt in Lüdenscheid und in Herscheid zur Kommunalwahl an; in Herscheid sind alle Wahlbezirke besetzt. Der Kreisverband Aachen/Düren/Heinsberg kandidiert in der Stadt Aachen und in der Städteregion Aachen, vergleichbar mit einem Kreistag, mit voll besetzten Wahlbezirken.

Im Kreisverband Düsseldorf und Niederrhein hat die ÖDP in Kempen eine Liste und bisher 18 Direktbewerber (von 20 Wahlbezirken) aufgestellt; die letzten

beiden Wahlbezirke sollen noch besetzt werden. Und in Mönchengladbach kommt die ÖDP mit Franjo Schiller als OB-Kandidaten, einer Liste mit überwiegend besetzten Wahlbezirken und mit 4 Listen zu den Bezirksvertretungen auf die Stimmzettel.

Im Kreisverband Bottrop gibt es natürlich die Liste in der Stadt Bottrop, aber auch in der Stadt Recklinghausen tritt die ÖDP mit einer Liste an und hat fast alle Wahlbezirke besetzt.

In Köln will der OB-Kandidat Rüdiger-René Keune OB werden. Die ÖDP hat eine Liste aufgestellt und 9 Wahlbezirke besetzt.

Der Rhein-Sieg-Kreis ist erstmals mit von der Partei: Er tritt mit einer Kreistagsliste und 13 DirektbewerberInnen an. Auch kandidiert der ÖDP-Landesvorsitzende Martin Schauerte in seiner Heimatgemeinde Windeck auf Platz 2 der Liste der „Ökopiraten“.

Im Kreis Euskirchen tritt die ÖDP ebenfalls mit einer Kandidatin zum Kreisrat an. Weitere Antritte sind in Arbeit. Mitten im Ruhrgebiet liegt die Stadt Witten. Auch dort wird die ÖDP zum Rat der Stadt antreten.

Kurz vor der Wahl kann die ÖDP NRW auch von erfreulichen „Mandatsgewinnen“ berichten. Jeyaratnam Caniceus, Stadtrat in Kempen und Mitglied des Kreistags im Kreis Viersen, kam zur ÖDP. Er war einige Jahre parteiloser Kommunalpolitiker und davor bei den Grünen. Von der SPD kam der Stadtrat in Mönchengladbach, Henning Haupts. In Recklinghausen schloss sich die Grünen-Politikerin Rita Nowak der ÖDP an. Auch prominente Politiker von den Grünen wie Franjo Schiller (Mönchengladbach) und von der Tierschutzpartei, wie Ralf Bartmann, haben ihren Weg zur ÖDP gefunden.

Alles in allem ist die ÖDP in NRW für die unter der Erschwernis der Corona-Krise stattfindenden Kommunalwahl 2020 sehr gut aufgestellt. Eine Herausforderung ist das Sammeln der Unterstützungsunterschriften. Zwar wurde die Zahl der UUs vom Gesetzgeber in NRW etwas reduziert. Die für eine Unterschriftensammlung erforderlichen Kontakte zur Bevölkerung waren und sind immer noch erschwert. Aber wir lassen den Mut nicht sinken und gehen ab August in die heiße Phase des Wahlkampfes.

„Bock auf Pott“ – ÖDP will ins Ruhrparlament

Gleichzeitig mit der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen wird am 13. September 2020 erstmals das Ruhrparlament direkt gewählt. Die ÖDP tritt mit ei-

ner Liste zu dieser Wahl an. Das Ruhrparlament ist das Parlament des Regionalverbands Ruhr (RVR) in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Essen. Der RVR ist der Zusammenschluss der 11 kreisfreien Städte und 4 Kreise in der Metropole Ruhr mit über 5,1 Mio. Einwohnern. Der RVR ist die regionale Klammer für die Städte des Ruhrgebiets und Regionalplanungsbehörde für die „Metropole Ruhr“. Der Verband ist eine Körperschaft



des öffentlichen Rechts mit dem Recht auf Selbstverwaltung durch seine Organe.

Aufgabe des RVR ist die staatliche Regionalplanung in der Metropole Ruhr. Er ist Träger bedeutender Infrastrukturprojekte wie der Route der Industriekultur und des Emscher Landschaftsparks. Zu seinen Kernaufgaben zählen Schutz und Pflege der Umwelt durch die Sicherung von Freiflächen. Der Verband bewirtschaftet große und kleine Wald-Naherholungsgebiete, Flora-Fauna-Habitat- und Naturschutzgebiete, Seen, rekultivierte Bergbaufolge- und Haldenlandschaften.

Die erstmals stattfindende Ruhrwahl hat vor den Einzug ins Ruhrparlament eine 2,5%-Sperrklausel gesetzt. Auch sind wieder eine größere Zahl von Unterstützungsunterschriften erforderlich – und das in Corona-Zeiten. Trotz dieser Erschwernisse rechnet sich die ÖDP NRW Chancen auf einen Einzug aus. Es kommt darauf an, wie viele der „sonstigen“ Parteien ebenfalls zur Ruhrwahl antreten. Auch liegt die Stadt Bottrop im Wahlgebiet, wo die ÖDP seit Jahrzehnten mindestens viertstärkste, in einigen Wahlperioden auch drittstärkste Partei auf kommunaler Ebene ist.

Auf der ÖDP-Liste sind auf Platz 1 Ralf Bartmann, ehemals Tierschutzpartei, und die Recklinghäuser Ratsfrau Rita Nowak, früher Grüne, zu finden. Mit Markus Stamm kandidiert auch ein kommunaler Mandatsträger der ÖDP aus Bottrop fürs Ruhrparlament.

Die komplette Liste:

- 1 **Ralf Bartmann**, Dachdeckermeister, Witten
- 2 **Rita Nowak**, Bundesbahnhauptsekretärin i. R., Recklinghausen
- 3 **Laura Brase**, Studierende der Politik, Philosophie & Ökonomie, Witten
- 4 **Markus Stamm**, IT-Leiter, Bottrop
- 5 **Daniel Forthaus**, Referent im Öffentlichen Dienst, Unna
- 6 **Paul Lippl**, Studierender Ang. Nachhaltigkeit, Bochum
- 7 **Dr. Corinne Enders**, Tierärztin und Mikrobiologin, Hagen
- 8 **Bastian Strietz**, Angehende pädagogische Fachkraft, Gladbeck
- 9 **Sebastian Stöber**, Apotheker, Bottrop
- 10 **Gerhard Lappe**, kfm. Angestellter, Witten
- 11 **Frank Rimkus**, Rentner, Witten
- 12 **Susanne Ruff-Dietrich**, Ärztin, Hattingen

Wer im Pott lebt: Bitte die ÖDP bei ihrem Einzug ins Ruhrparlament kräftig unterstützen! Und wer jemanden im Pott kennt: Bitte weitersagen!

Kontakt: ÖDP Nordrhein-Westfalen
Landesgeschäftsstelle
Tel.: (02 51) 76 02 67 45, info@oedp-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Neuer Landesvorstand und Listen zu den Wahlen

Die ÖDP Rheinland-Pfalz hat auf einem zweitägigen Parteitag in Mainz-Marienborn ihre Kandidatenlisten für die Landtagswahl am 14. März 2021 und für die Bundestagswahl im Herbst 2021 aufgestellt. Nach der langen Corona-Pause, die auch die politische Arbeit im Landesverband lähmte, konnte der Parteitag Anfang Juli 2020 mit den erforderlichen Abstands- und Hygieneauflagen in Mainz stattfinden. Die Versammlungen an diesem Wochenende verliefen harmonisch und



Foto: ÖDP Rheinland-Pfalz

Der neue Landesvorstand der ÖDP Rheinland-Pfalz (v. l. n. r.): Dr. Claudius Moseler, Erik Hofmann, Klaus Wilhelm, Prof. Dr. Felix Leinen, Manuela Dienhart, Johannes Schneider, Geneveva Brandenburger, Matthias Müller, Annette Rößler, Hans-Peter Klein und Andreas Rößler

motivierend, auch wenn es aufgrund der notwendigen Kandidaten- und Gremienwahlen ein großer Wahl-Marathon war.

Als Spitzenkandidat für die Landtagswahl wurde der 63-jährige Winzer Johannes Schneider aus Maring-Noviant (Kreis Bernkastel-Wittlich) aufgestellt. Der ÖDP-Landesvorsitzende ist auch Mitglied im Verbandsgemeinderat Bernkastel-Kues. Auf den weiteren Spitzenplätzen folgen die Mainzer Stadträtin Dagmar Wolf-Rammensee, der Mainzer Stadtrat Dr. Claudius Moseler, Annette Rößler (Münster-Sarmsheim/Kreis Mainz-Bingen) und Erik Hofmann (Traben-Trarbach/Kreis Bernkastel-Wittlich). Insgesamt wurden 29 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Landtagswahl aufgestellt.

Auch für den bundesweiten Auftritt der ÖDP zur Bundestagswahl will der Landesverband seinen Beitrag leisten. Für die Bundestagswahl-Landesliste wurde mit dem 33-jährigen Winzer Erik Hofmann aus Traben-Trarbach ein Vertreter der jüngeren Generation auf den ersten Platz nominiert. Auf den weiteren Listenplätzen folgen Prof. Dr. Felix Leinen (Mainz), die Kreisrätin

Heide Weidemann (Erden/Kreis Bernkastel-Wittlich), Clemens Ruhl (Vulkaneifelkreis) und Geneveva Brandenburger (Kaiserslautern). Es wurden 22 Personen für die Landesliste nominiert.

Die Wachstumskritik sieht die rheinland-pfälzische ÖDP als zentralen Themenschwerpunkt an und fordert ein neues, nachhaltiges Wirtschaftssystem. Die Erfahrungen der Corona-Krise müssen hierzu genutzt werden, denn die Krise zeigte sowohl Chancen als auch dringende Handlungserfordernisse auf. Darüber hinaus setzt sich der Landesverband für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur in den ländlichen Räumen des Bundeslandes ein. Dabei geht es u.a. um den Erhalt der Krankenhäuser, der hausärztlichen Versorgung, die Versorgung mit regionalen Produkten und den Erhalt bürgernaher Verwaltungsstrukturen (Stichwort: Kommunal- und Verwaltungsreform).

Angesichts der Corona-Pandemie steht die ÖDP außerdem vor der Herausforderung, jeweils über 2.000 Unterstützungsunterschriften für einen Wahlantritt für die beiden Wahlen sammeln zu müssen, was angesichts von Abstandsregeln und Versammlungsbe-

schränkungen ein Riesenproblem darstellt. Die ÖDP fordert eine spürbare Verringerung der Anzahl der zu sammelnden Unterschriften. Da mit diesen Unterschriften die „Ernsthaftigkeit einer Kandidatur“ nachgewiesen werden soll, fragt man sich ohnehin, warum die ÖDP davon noch betroffen ist. Mit der Vertretung im Europäischen Parlament, über 500 kommunalen Mandatsträgern bundesweit und zahlreichen Bürgermeistern sowie kontinuierlichen Wahlantritten bei fast allen überregionalen Wahlen hat man die Ernsthaftigkeit bereits mehr als ausreichend bewiesen.

Johannes Schneider aus Maring-Noviant (Kreis Bernkastel-Wittlich) ist als Landesvorsitzender der ÖDP in seinem Amt bestätigt worden. Zu seinen Stellvertretern wurden Klaus Wilhelm (Mainz) und Erik Hofmann (Traben-Trarbach/Bernkastel-Wittlich) vom Parteitag gewählt. Landesschatzmeister wurde Prof. Dr. Felix Leinen (Mainz) und Landesschriftführer Dr. Claudius Moseler (Mainz). Ferner gehören dem neuen Vorstand als Beisitzer Hans-Peter Klein (Ediger-Elter/Kreis Cochem-Zell), Andreas Rößler (Münster-Sarmsheim/Kreis Mainz-Bingen), Manuela Dienhart (Lichtenborn/Eifelkreis Bitburg-Prüm), Geneveva Brandenburger (Kaiserslautern), Matthias Müller (Bingen/Kreis Mainz-Bingen) und Annette Rößler (Münster-Sarmsheim/Kreis Mainz-Bingen) an.

Kontakt: ÖDP Rheinland-Pfalz
Landesgeschäftsstelle
Tel.: (0 61 31) 67 98 20, www.oedp-rlp.de

Sachsen

Errichtung eines neuen Parteizentrums

Im vogtländischen Ellefeld errichtet die ÖDP Sachsen ein Bildungs- und Konferenz-Zentrum. Unter der Leitung von Schatzmeister Sebastian Högen, der die Umbaumaßnahmen leitet und eigenverantwortlich durchführt, entstehen in einem Wohn- und Geschäftshaus neben einem Büro für den Regio-Ost auch die neue Landesgeschäftsstelle, zudem ein 75 m² großer Versammlungsraum. Im Dachgeschoss sind 15 bis 20 Übernachtungsmöglichkeiten geplant, sodass Arbeitswochenenden für die Landesarbeitskreise und den Landesvorstand abgehalten werden können. Unterstützt wird das inhaltliche Arbeiten durch eine kleine, aber umfangreiche Bibliothek.

Die Räumlichkeiten sollen auch anderen Verbänden und Arbeitskreisen zur Verfügung gestellt werden, da-

mit diese hier kostengünstig arbeiten können. Anfang 2021 sollen sie fertig sein. Sollte noch jemand Literatur zu Politik und Gesellschaft abgeben wollen, würde sich die ÖDP Sachsen über Buchspenden freuen, um die ca. 500 Bücher umfassende Bibliothek zu erweitern.

Aufstellung einer Liste zur Bundestagswahl

Am 27. Juni 2020 wurde in Sachsen die Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt. Zum Parteitag erschienen rund 20 Mitglieder in Dresden und stellten die Liste mit 16 Kandidatinnen und Kandidaten auf. Spitzenkandidat wurde der Imkergehilfe Sebastian Högen, der mit Uta Strenger aus Nordsachsen und Markus Taubert aus Dresden das Spitzentrio in die Bundestagswahl führen wird. Uta Strenger, die in Sachsen die Petition „Rettet die Bienen in Sachsen“ initiiert hat, dürfte dabei die bekannteste Kandidatin der ÖDP Sachsen sein. Ein ganz besonderer Erfolg ist es laut Landesvorsitzenden Dirk Zimmermann, dass die Anzahl der Kandidaten zur letzten BTW mehr als verdreifacht werden konnte. Eine besondere Freude ist die Kandidatur von unserem ältesten Mitglied und wahrscheinlich ältesten Kandidaten Walter Georg Senft, der mit seinen gut 90 Jahren noch einmal an einer Wahl teilnehmen möchte.

Es gelang am ersten Aufstellungswochenende, mit vier Direktkandidaten so viele wie noch nie zu nominieren. Damit möchte sich der Landesvorstand aber noch nicht zufriedengeben. Er arbeitet daran, weitere Direktkandidaten zu nominieren, um eine möglichst hohe, flächendeckende Sichtbarkeit hinzubekommen. Nachdem bei der vergangenen Bundestagswahl nur die beiden Wahlkreise „Dresden I“ und „Dresden II – Bautzen II“ mit ÖDP-Kandidaten besetzt waren, sind nun in weiteren Wahlkreisen ÖDP-Kandidaten nominiert: Markus Tauber für den Wahlkreis „Dresden I“, Rahel Wehemeyer-Blum für „Leipzig I“ und Daniel Miklisch für „Zwickau“. Zudem ist geplant, in „Chemnitz“, „Leipzig II“, „Sächsische Schweiz – Osterzgebirge“, „Meißen“, „Mittelsachsen“ und „Nordsachsen“ sowie dem „Vogtland“ Direktkandidaten ins Rennen zu schicken. Sollte das Vorhaben gelingen, wäre die ÖDP Sachsen auf 11 von 16 Stimmzetteln mit Direktkandidaten vertreten – so viele wie noch nie in der Geschichte des Landesverbands.

Kontakt: ÖDP Sachsen
Sebastian Högen, Schatzmeister
sebastian.hoegen@oedp.de

BAK Christen und Ökologie

Frühjahrstreffen 2020 in Dillingen

Vom 31. Januar bis 2. Februar 2020 fand das Frühjahrstreffen des Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie statt – aufgrund von Termenschwierigkeiten ungewöhnlich früh, sodass es eigentlich mehr ein Wintertreffen war. Veranstaltungsort war das Gästehaus des Franziskanerinnen-Klosters in Dillingen.

Wie immer tagten wir von Freitagabend bis Sonntagnachmittag und nahmen dabei auch am liturgischen Programm des Hauses teil. Diesmal allerdings nur am Samstagabend an der Feier der Vesper, denn am Freitag gestalteten wir selbst eine Andacht zum Gedenken an den einige

Tage zuvor datierten Nationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Die Feier der Eucharistie am Fest der Darstellung des Herrn im Tempel feierten wir in der großen Dillinger Basilika St. Peter.

An der Arbeitssitzung nahmen sechs Mitglieder und ein Gast teil. Da im Jahr 2020 weder ein Katho-

likentag noch ein evangelischer Kirchentag stattfanden, war die Tagesordnung überschaubar und wir konnten bereits erste Überlegungen für den 3. Ökumenischen Kirchentag 2021 in Frankfurt diskutieren. Da bis dahin aber noch wenigstens zwei Treffen unseres Kreises stattfinden werden, haben wir es fürs Erste bei einer Ideensammlung belassen. Und wie so oft gab es auch diesmal wieder einen Änderungsantrag für den nächsten Bundestag.

Am späten Nachmittag bekamen wir von Schwester Michaela aus dem Konvent der Dillinger Franziskanerinnen einen interessanten Einblick ins Ordensleben und in die angeschlossenen Regens-Wagner-Stiftungen, die sich der Betreuung von aktuell rund 10.000 Menschen mit Behinderungen widmen. Auch gab es den üblichen Spaziergang, diesmal zur Donau. Und auf dem Rückweg besichtigten wir auch noch einige der zahlreichen Kirchen.

Unser nächstes Treffen ist für den 6. bis 8. November 2020 in Köln geplant – und kann hoffentlich auch stattfinden und muss nicht aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Interesse an unserem Arbeitskreis? Dann bitte melden unter: bakchristen@oedp.de (mw)



Foto: ÖDP-BAK Christen und Ökologie

Der BAK Christen und Ökologie traf sich Anfang 2020 im bayerisch-schwäbischen Dillingen an der Donau.

Moseler fordert umfassende Reform des Bundestagswahlrechts

(03.07.2020) „Wählen wir bei der Bundestagswahl im Herbst 2021 womöglich den größten Bundestag aller Zeiten?“, fragt ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler anlässlich der aktuellen Mitteilung des Bundeswahlleiters. Der Bundestag hat die Abgrenzung der 299



Foto: Makrodepecher/pixello.de

Direktwahlkreise endlich auf den Weg gebracht. Eine wirkliche Wahlrechtsreform ist damit nicht erfolgt. „Das liegt in den taktischen Spielchen der Bundestagsparteien, die das Problem der zahllosen Überhang- und Ausgleichmandate nicht sachgerecht gelöst haben. Anstatt regulär 598 Abgeordnete haben wir derzeit 709, und nach der nächsten Wahl wohl über 800“, erklärt Moseler weiter. Die ÖDP fordert daher, endlich Regeln einzuführen, um die Zahl der Überhang- und Ausgleichmandate wirksam und deutlich zu reduzieren. Eine Möglichkeit wäre die Reduzierung der Wahlkreise.

Zudem muss aus Sicht der ÖDP die undemokratische 5%-Hürde abgeschafft werden. Auch die Möglichkeit einer Alternativstimme könnte bei einem notwendigen „großen Wurf“ berücksichtigt werden. Darüber hinaus brauche es auch eine Debatte über die Senkung des Wahlalters: „Wir müssen die junge Generation stärker in politische Entscheidungen mit einbinden“, unterstreicht Moseler.

Angesichts der Corona-Pandemie steht die ÖDP neben anderen Parteien außerdem vor der Herausforderung, rund 30.000 Unterstützungsunterschriften für einen Wahlantritt zu sammeln, was angesichts von Abstandsregeln und Versammlungsbeschränkungen ein riesiges Problem darstelle. „Die ÖDP fordert eine

spürbare Verringerung der Anzahl zu sammelnder Unterschriften und zudem die Möglichkeit, die Unterstützungsunterschriften auch online abgeben zu können.“

Da mit diesen Unterschriften die „Ernsthaftigkeit einer Kandidatur“ nachgewiesen werden sollte, frage man sich ohnehin, warum die ÖDP davon noch betroffen sei. Mit der Vertretung im Europäischen Parlament, über 500 kommunalen Mandatsträgern und zahlrei-

chen Bürgermeistern sowie kontinuierlichen Wahlantritten bei fast allen überregionalen Wahlen im letzten Jahrzehnt habe man die Ernsthaftigkeit bereits mehr als ausreichend bewiesen. „Inzwischen sehe ich das wiederkehrende zehntausendfache Unterschriftensammeln als reine Schikane durch die Bundestagsparteien an“, so Moseler abschließend.

Buchner warnt vor Gesundheitsrisiken durch 5G-Ausbau

(03.07.2020) Der 5G-Ausbau scheint beschlossene Sache. Die Politik feiert die Inbetriebnahme der ersten Sendemasten und die Werbung für neue Telefone und Tarife verspricht die schnelle Welt des Internets. Die Mobilfunkunternehmen erhalten zum Aufbau unzähliger Sendestationen einen Freifahrtschein und der rasante Ausbau erfolgt ohne eine Technikfolgenabschätzung zu möglichen gesundheitlichen Risiken. Der ÖDP-Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner begleitet diese Entwicklung kritisch. Seiner Ansicht nach sind mögliche gesundheitliche Risiken nicht ausreichend erforscht und viel zu wenig öffentlich diskutiert.

Mit zwei Online-Veranstaltungen wollte er dem Thema mehr Aufmerksamkeit verschaffen und hatte dazu

an zwei Abenden fünf Experten zur Diskussion geladen. Über 500 Zuschauerinnen und Zuschauer haben die Möglichkeit genutzt, sich aktiv mit Fragen in die Diskussion einzubringen. „Die große Resonanz zeigt, dass das Thema 5G-Ausbau die Menschen in Deutschland und Europa bewegt“, zeigte sich Buchner zufrieden. Die Videoaufzeichnung sind auf YouTube abrufbar: <http://y2u.be/5ZRgE7z2z1c> und <http://y2u.be/8mz5C2kt9TA>

Buchner und Jahn kritisieren konsumorientierte Konjunkturprogramme

(01.07.2020) Der ÖDP-Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner und Jens-Eberhard Jahn, Mitglied im ÖDP-Bundesvorstand, warnen vor wachstumsorientierten Konjunkturprogrammen. Mit dem „Green Deal“ will die EU-Kommission Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Christdemokraten im Europaparlament stellen den „Green Deal“ infrage.

So hat der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber (CSU), erklärt, wir müssten die Industrie stabilisieren, bevor wir sie in eine klimaneutrale Zukunft führen. Diese Forderung ist nach Auffassung der ÖDP unverantwortlich und kurzsichtig. Jahn dazu: „Die angesichts des zu erwartenden Export-Rückgangs geforderte Stärkung der Binnennachfrage muss eine klare ökologische Modernisierungspriorität haben. Gleiches würde auch bei Investitionen der Städte und Gemeinde aus einem möglichen kommunalen Rettungsschirm gelten. Staatliche Konjunkturpakete müssen vorrangig zur Stärkung der Klimaschutzanstrengungen und des ökologischen Umbaus unseres Landes gestartet werden, nicht zu ökologisch und sozial fragwürdigem Konsum.“

Neuigkeiten der ÖDP: besser per E-Mail – der Umwelt zuliebe!

Weil wir Umweltschutz und Sparsamkeit groß schreiben, möchten wir so wenig wie möglich drucken und per Post verschicken. Stattdessen würden wir Sie gerne per E-Mail über das aktuelle Geschehen informieren. Leider liegt uns jedoch nicht von allen Mitgliedern eine aktuelle E-Mail-Adresse vor. Darum bitten wir Sie, kurz zu überprüfen, ob Sie in den letzten Monaten E-Mails von uns erhalten haben. Sollte dies nicht der Fall sein, schreiben Sie bitte mit Ihrer bevorzugten E-Mail-Adresse an Mariola Strobel von der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg: mariola.strobl@oedp.de

Buchner fordert, dass der „Green Deal“ nicht verschoben werden darf: „Die globale Überhitzung schreitet weiter voran, wenn wir nicht konsequent gegensteuern. Konjunkturprogramme, welche rückwärts-gewandte Technologien fördern und sich ausschließlich auf immer mehr Wachstum ausrichten, sind der falsche Weg. Die verantwortlichen Politiker müssen sich endlich trauen, Regularien und Richtlinien vorzugeben, um mehr Resilienz in allen Bereichen unseres Lebens zu erreichen. Der Markt alleine ist keine Lösung. Mensch vor Profit!“

Raabs fordert schärfere Abstands- und Hygieneregeln für Politiker

(19.06.2020) Der ÖDP-Bundesvorsitzende Christoph Raabs hält die gesetzlichen Regelungen gegen Korruption in Deutschland für unzureichend. Die Affäre um Firmenbeteiligungen des CDU-Politikers Philipp Amthor habe zum wiederholten Male die Schwachpunkte der geltenden Gesetze schonungslos aufgedeckt. Amthor stehe am vorläufigen Ende einer Reihe von Politikern, die es nicht verstanden haben, ihr Mandat von geschäftlichen Interessen zu trennen. „Um in der Sprache dieser Monate zu bleiben: Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung konsequente Abstands- und Hygieneregeln in Politik und Wirtschaft einführt, um einer Infektion namhafter Politiker mit dem Korruptionvirus in Zukunft besser vorzubeugen“, so Raabs. Die ÖDP nimmt seit ihrer Gründung satzungsgemäß keine Unternehmensspenden an. Sie fordert zudem immer wieder bessere Regeln gegen den Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik.

„Es ist beschämend zu sehen, wie schlecht gerade Deutschland im internationalen Vergleich abschneidet, wenn es um die Verquickung zwischen Politikern und Kapital geht“, verweist Raabs auf eine Rüge des Antikorruptionsgremiums des Europarats (GRECO). Dessen Report für 2019 kommt zu dem Schluss, dass Deutschland nicht genügend Vorkehrungen gegen Bestechung treffe und dringend nachbessern müsse. „Es ist bezeichnend, dass sich in der Vergangenheit ausgerechnet die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gegen alle Regelungen für mehr Transparenz und bessere Korruptionsprävention gesperrt hat. Man darf daher auch gespannt sein, wie die Union in Mecklenburg-Vorpommern der breiten Öffentlichkeit erklären will, was genau Philipp Amthor zum Vorsitzenden des CDU-Landesverbands prädestiniert“, so Raabs abschließend.

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im April, im August und im Dezember. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Oktober 2020**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 404 86-0
Fax: (09 31) 404 86-29
www.oedp.de

Verantwortlicher Redakteur

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Jan Altnickel, Lars C. Arnold, Dr. Björn Benken, Ulrike Brandhorst (ub), Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP, Angelika Demmerschmidt, Matthias Dietrich, Dr. Herbert Einsiedler, Sebastian Högen, Jens-Eberhard Jahn, Claude Kohlen, Urban Mangold, Tobias Montag, Dr. Claudius Moseler, Thomas Prudlo, Christoph Raabs, Manuela Ripa, Theo Sarikas, Markus Stamm, Ulrich Stein, Martin Weinmann (mw)

Externe Autoren

Josef Schmid, Rüdiger Sinn, Dr. Christine Tölle-Nolting

Interviewpartner

Agnes Becker, Dr. Martin Düchs, Erwin Engeßer, Dr. Peter Manusch, Stefan Schwarzer

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (061 31) 67 98 20
presse@oedp.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Dezember 2020



Foto: Andi Graf/ixabay.com

Wirtschaft ohne Wachstumszwang?

Wachstum lautet das zentrale Dogma moderner Volkswirtschaften. Sozial- und umweltgerechte Rahmenbedingungen gelten als Wachstumshemmnisse und haben es entsprechend schwer. Begründet wird der Wachstumszwang meist mit den Arbeitsplätzen, doch es profitiert davon vornehmlich die Oberschicht. Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt stetig zu. Die ÖDP steht dem angeblichen Wachstumszwang skeptisch gegenüber. Im Januar 2020 führte sie dazu ein hochkarätig besetztes Symposium in Coburg durch. Dann kam die Corona-Pandemie. Die Wirtschaft schrumpfte und der Staat verschuldete sich in Rekordhöhe, um sie wieder „anzukurbeln“.

TERMINE

Sa.–So. 29.–30.08.2020	Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen (in Osnabrück)
Sa. 05.09.2020	Landesparteitag der ÖDP Thüringen (in Apfelstädt)
So. 13.09.2020	Kommunalwahl in Nordrh.-Westfalen
Fr.–So. 18.–20.09.2020	ÖDP-Bundesparteitag (in Bad Neustadt an der Saale)
Herbst 2020	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Schwandorf)
Sa. 17.10.2020	Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern (in München)
Sa.–So. 28.–29.11.2020	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Ulm)
Sa.–So. 23.–24.01.2021	2. ÖDP-Symposium „Wachstumskritik“ (in Coburg)



Karikatur: Christiane Pfohlmann